

Stenographisches Protokoll

81. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 23. September 1992

Tagesordnung

Bericht über den Antrag 387/A der Abgeordneten Schwarzenberger, Wolf und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1986 geändert wird, sowie über den Antrag 391/A der Abgeordneten Mag. Schreiner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1986 geändert wird

Inhalt

Personalien

Verhinderungen (S. 8987)

Geschäftsbehandlung

Absehen von der 24stündigen Frist für das Auflegen des schriftlichen Ausschlußberichtes 664 d. B. gemäß § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung (S. 9006)

Annahme des Antrages der Abgeordneten Dr. Fuhrmann, Dr. Neisser und Dr. Haider, die Redezeit zu beschränken (S. 9007)

Tatsächliche Berichtigungen

DDr. Niederwieser (S. 9031)

Auer (S. 9031)

Fragestunde (34.)

Bundeskanzleramt (S. 8987)

Dr. Nowotny (236/M); Dkfm. DDr. König, Rosenstingl

Gratzer (245/M); Mag. Terezija Stoisits, Dr. Ilse Mertel

Franz Stocker (248/M); Mag. Peter, Ing. Tychtl

Mag. Terezija Stoisits (241/M); Piller, Kiss, Mag. Karin Praxmarer

Dr. Schranz (237/M); Hofer, Schöll, Christine Heindl

Mag. Waltraud Schütz (238/M); Mag. Schreiner, Mag. Marijana Grandits

Aktuelle Stunde (13.)

Thema: „Privilegienabbau“

(auf Verlangen der Abgeordneten Dr. Haider und Genossen)

Redner:

Dr. Haider (S. 8998),
Dr. Nowotny (S. 8999),
Ingrid Korosec (S. 9000),
Dr. Madeleine Petrovic (S. 9001),
Scheibner (S. 9001),
Eleonora Hostasch (S. 9003),
Dr. Feurstein (S. 9003),
Mag. Terezija Stoisits (S. 9004) und
Mag. Schweitzer (S. 9005)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 9006)

Verhandlungen

Bericht des Finanzausschusses über den Antrag 387/A der Abgeordneten Schwarzenberger, Wolf und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1986 geändert wird, sowie über den Antrag 391/A der Abgeordneten Mag. Schreiner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1986 geändert wird (664 d. B.)

Berichterstatter: Dkfm. DDr. König (S. 9007)

Redner:

Schwarzenberger (S. 9007),
Wolf (S. 9009),
Mag. Schreiner (S. 9010),
Wabl (S. 9011),
Schwarzböck (S. 9013),
Staatssekretär Dr. Ditz (S. 9016),
Achs (S. 9017),

Huber (S. 9018),
Christine Heindl (S. 9020),
Auer (S. 9022),
Hannelore Buder (S. 9024),
Ing. Murer (S. 9025),
Edeltraud Gatterer (S. 9027),
Anna Elisabeth Aumayr (S. 9028),
Dipl.-Ing. Kaiser (S. 9029),
Hildegard Schorn (S. 9030),
DDr. Niederwieser (S. 9031)
(tatsächliche Berichtigung),
Auer (S. 9031) (tatsächliche Berichtigung),
Freund (S. 9032),
Vonwald (S. 9033) und
Ing. Kowald (S. 9034)

Berichterstatte: Dkfm. DDr. König
(Schlußwort) (S. 9034)

Entschließungsantrag der Abgeordneten
Huber und Genossen betreffend über-
fällige Reparatur des österreichischen
Agrarsystems (S. 9019) — Ablehnung
(S. 9035)

Entschließungsantrag der Abgeordneten
Wabl und Genossen betreffend eine um-
fassende Ökologisierung der Landwirt-
schaft (S. 9021) — Ablehnung (S. 9035)

Annahme (S. 9034)

Eingebracht wurden

Bericht (S. 9006)

vom Rechnungshof

III-94: Bericht über Wahrnehmungen hinsicht-
lich der AIDS-Maßnahmen des BKA-
Gesundheit sowie hinsichtlich der dem
Verein „Österreichische AIDS-Hilfe“
zur Verfügung gestellten Mittel des
Bundes und über Wahrnehmungen be-
treffend die Gebarung der Elin Union
Aktiengesellschaft für elektrische Indu-
strie, Wien

Anfragen der Abgeordneten

Huber, Ing. Murer, Anna Elisabeth Aumayr,
Dr. Haider, Mag. Schreiner und Genossen an
den Bundesminister für Land- und Forstwirt-
schaft betreffend Engpaß bei österreichischer
Milch (3507/J)

Dr. Haider, Mag. Haupt, Fischl und Genos-
sen an den Bundesminister für Gesundheit,
Sport und Konsumentenschutz betreffend
Blutuntersuchungen in Arnoldstein (3508/J)

Mag. Haupt, Klara Motter, Edith Haller und
Genossen an den Bundesminister für Gesund-
heit, Sport und Konsumentenschutz betref-
fend Bäderhygiene und -sicherheit (3509/J)

Edith Haller, Klara Motter, Fischl, Mag.
Haupt und Genossen an den Bundesminister
für Gesundheit, Sport und Konsumenten-
schutz betreffend Mißbildungen nach Früh-
diagnostik (3510/J)

Fischl, Mag. Haupt, Ute Apfelbeck, Edith
Haller, Klara Motter und Genossen an den
Bundesminister für Gesundheit, Sport und
Konsumentenschutz betreffend hohe Infek-
tionsrate in Krankenhäusern (3511/J)

Edith Haller, Mag. Haupt, Huber und Ge-
nossen an den Bundesminister für Gesund-
heit, Sport und Konsumentenschutz betref-
fend Salmonellenbefall bei Geflügel (3512/J)

Dr. Haider, Mag. Haupt, Mag. Schreiner
und Genossen an den Bundesminister für Fi-
nanzen betreffend Projekte der Siedlungswas-
serwirtschaft (3513/J)

Mag. Haupt, Ing. Murer und Genossen an
die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und
Familie betreffend Subventionsvergabe an
den WWF für das Jagdgebiet Seebachtal
(3514/J)

DDr. Niederwieser, Dr. Seel, Dr. Müller,
Strobl, Mag. Guggenberger und Genossen an
den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Konsequenzen aus der 2. berufli-
chen Anerkennungsrichtlinie der EG (3515/J)

DDr. Niederwieser, Dr. Seel, Dr. Müller,
Strobl, Mag. Guggenberger und Genossen an
den Bundesminister für Wissenschaft und
Forschung betreffend Konsequenzen aus der
zweiten beruflichen Anerkennungsrichtlinie
der EG (3516/J)

Haigermoser, Böhacker und Genossen an
den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft
und Verkehr betreffend Umbaumaßnahmen
der Post und der ÖBB am Salzburger Haupt-
bahnhof im Zuge der Tieferlegung der Lokal-
bahn (3517/J)

Beginn der Sitzung: 17 Uhr 25 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. **Fischer**,
Zweiter Präsident Dr. **Lichal**, Dritte Präsidentin
Dr. Heide **Schmidt**.

Präsident Dr. **Lichal**: Die Sitzung ist eröffnet.

Verhindert sind die Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Matzenauer, Resch, Bayr, Dr. Gaigg, Dr. Keimel, Steinbauer, Vetter und Moser.

Fragestunde

Präsident Dr. **Lichal**: Wir gelangen zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt — um 17 Uhr 25 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundeskanzleramt

Präsident Dr. **Lichal**: Die 1. Anfrage, die Anfrage 235/M des Abgeordneten Schieder (*SPÖ*), wurde zurückgezogen.

Wir kommen daher zur 2. Anfrage (236/M): Abgeordneter Dr. Nowotny (*SPÖ*) an den Bundeskanzler.

Bitte, Herr Abgeordneter, wiederholen Sie Ihre Frage.

Abgeordneter Dr. **Nowotny**: Danke schön. — Herr Bundeskanzler! Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft hat in letzter Zeit große Beachtung gefunden, auch von seiten der OECD, der internationalen Wirtschaftsorganisation.

Meine Frage lautet daher:

236/M

Wie sieht die OECD die Entwicklung der Wirtschaftslage in Österreich?

Präsident Dr. **Lichal**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der letzte Prüfungsbericht der OECD über die Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft wurde im April 1992 veröffentlicht und basiert auf der Analyse der Daten für die Periode 1991/92. Dieser Bericht weist darauf hin, daß die allgemeine Wirtschaftslage in Österreich trotz internationaler Konjunkturabschwächung weiterhin günstiger war als in den meisten übrigen Mitgliedstaaten. Das Wirtschaftswachstum war höher, es betrug 3 Prozent gegenüber 1 Prozent im gesamten OECD-Raum. Die Inflationsrate blieb eine der niedrigsten, und

die Arbeitslosenzahlen zeigen sich im Gesamtzusammenhang ebenfalls als nur mäßig.

Ich möchte aber hier nicht nur die positiven Indikatoren hervorheben, sondern auch sagen, daß die OECD zwar bescheinigt, daß die kurzfristigen Ziele im großen und ganzen erreicht werden, daß auch die mittelfristigen nach wie vor in Reichweite sind, daß sie aber hinsichtlich der Budgetkonsolidierung noch zu größeren Anstrengungen aufruft, daß sie empfiehlt, an der langfristig praktizierten Wechselkurspolitik und auch an einer gesamtwirtschaftlich orientierten Einkommenspolitik festzuhalten. Man rechnet damit, daß der EWR-Vertrag den strukturpolitischen Reformbemühungen in Österreich zusätzlichen Schwung verleihen wird.

Präsident Dr. **Lichal**: Herr Abgeordneter! Wünschen Sie eine Zusatzfrage? — Bitte schön.

Abgeordneter Dr. **Nowotny**: Herr Bundeskanzler! Wir haben in den letzten Tagen turbulente Entwicklungen im Weltwährungssystem erlebt. Wie werden sich diese Entwicklungen nach Ihrer Einschätzung auf die österreichische Wirtschaft auswirken?

Präsident Dr. **Lichal**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Hinsichtlich der sehr bewegten Entwicklungen auf den internationalen Devisenmärkten ist zunächst einmal festzustellen, daß das österreichische Geld- und Kreditssystem nicht drastisch davon beeinflusst wurde, aber doch immerhin in einem Ausmaß, daß nach Österreich aufgrund der Festigkeit des Schillings und aufgrund des Zinsniveaus Nettozuflüsse erfolgt sind. Es mußten im Kreditapparat durch geeignete Maßnahmen diese Nettozuflüsse abgesaugt werden, um nicht eine inflationäre Aufblähung der Geldmenge zuzulassen, und so blieb der Außenwert des Schilling unberührt und unbeeinflusst. Das ist damit gleichzeitig die wichtigste Bemerkung, die man dazu machen kann und machen muß. Sicherlich wird die Exportwirtschaft überall dort, wo Währungsrelationen verändert worden sind, mit geänderten Situationen zu rechnen haben.

Präsident Dr. **Lichal**: Zweite Zusatzfrage. — Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. **Nowotny**: Herr Bundeskanzler! Sie haben aus dem OECD-Bericht zitiert, daß die Wettbewerbslage Österreichs positiv eingeschätzt wird. Welche Maßnahmen sind jetzt von seiten der Bundesregierung geplant, um die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft weiter zu stärken?

Präsident Dr. Lichal

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Herr Abgeordneter! Die Strukturpolitik muß selbstverständlich immer wieder neue Akzente bekommen. Einer der wesentlichen Akzente wird die nächste Etappe der Steuerreform sein, wo wir in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen auf der einen Seite für die Aufrechterhaltung der kaufkräftigen Nachfrage und auf der anderen Seite für die Entlastung der investierenden Wirtschaft Vorsorge treffen werden müssen.

Es wird darüber hinaus in einer Reihe von wichtigen Infrastrukturbereichen die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand fortgesetzt und gesteigert werden müssen. Das sind die Verkehrsinfrastrukturinvestitionen — Straße, Bahn, Wasser, Kraftwerk —, das sind aber auch und vor allem — das wird sehr wichtig sein — die Investitionen in den Bildungs- und Ausbildungsbereich parallel zu einer Neuordnung des österreichischen Förderungswesens.

Hier ist, was die Wettbewerbsfähigkeit betrifft, besonders hervorzuheben, daß nach der Ostöffnung ja für etliche Branchen und Bereiche durch die niedrigeren Kosten eine zusätzliche Wettbewerbsbedrohung eintritt, und wir wollen dieser neuen Wettbewerbsbelastung entgegentreten, und zwar nicht durch Subvention dieser Betriebe, um ein Billiglohnland zu simulieren, sondern durch das Entwickeln neuer Strategien, neuer Produkte, durch das Aufschließen neuer Märkte.

Präsident Dr. Lichal: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. König. Bitte schön.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Wir werden trotz des EWR-Vertrages aufgrund der Assoziierungsverträge der EG mit den Oststaaten in wichtigen Wirtschaftszweigen gravierende Nachteile haben, die eigentlich sicher erst mit dem Beitritt beseitigt werden können.

Nun hat die britische Präsidentschaft sich dafür ausgesprochen, daß mit Österreich Verhandlungen ab 1993, wie vorgesehen, beginnen sollen. Außenkommissar Andriessen hingegen hat seine Meinung kundgetan und gemeint, daß man hier doch noch länger zuwarten müsse, bis auch die Dänen soweit wären.

Wird nun die österreichische Bundesregierung mit allem Nachdruck das Verlangen stellen, daß die Verhandlungen mit Österreich, die die Kommission in Aussicht gestellt hat, das am längsten von allen wartet, mit 1. Jänner 1993 auch tatsächlich beginnen?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Bundesregierung ist in diesem Zusammenhang zweifach tätig geworden und wird auch tätig bleiben.

Zum ersten: Um negativen Auswirkungen des Freihandelsabkommens der EG mit den drei genannten Staaten entgegenzuwirken, wurde der Wirtschaftsminister beauftragt, auch in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern in Brüssel Verhandlungen aufzunehmen.

Zweitens werden wir sicherlich bei der Linie bleiben, um mit allem Nachdruck, der uns möglich ist, den baldigen Beginn der Verhandlungen Anfang 1993 zu erreichen.

Präsident Dr. Lichal: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Rosenstingl. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Rosenstingl (FPÖ): Herr Bundeskanzler! Dr. Nowotny hat den Konjunktüreinbruch schon angesprochen. Sie haben darauf geantwortet, daß eine der Maßnahmen die Steuerreform sein könnte. Wie vereinbaren Sie den Aufschub der Steuerreform bis zum 1. Jänner 1994 mit dem Konjunktüreinbruch, der ja jetzt ganz dramatisch erfolgt?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt keinen Aufschub der Steuerreform. Denn aufgeschoben kann nur etwas werden, was vorher schon vereinbart war, und es hat niemand den 1. Jänner 1993 — den meinen Sie wahrscheinlich — zugesagt oder vereinbart oder mit irgend jemandem eine diesbezügliche Übereinkunft getroffen.

Daher ist jedenfalls die Marschroute so, daß aus fiskalischen und aus einer Reihe anderer Gründe das Datum 1. Jänner 1994 einmal als Verhandlungsausgangsbasis vorgesehen ist. Die Reform des Förderungswesens wird schon früher in Angriff genommen und schon früher in die Praxis umgesetzt werden.

Im übrigen ist ja insbesondere dort, wo es um die Unternehmensbesteuerung geht, die erste Etappe der Steuerreform wirksam geworden. Die erste Etappe der Steuerreform hat zu einem maßgeblichen Absenken des Körperschaftsteuersatzes geführt, wie Sie ja sicherlich wissen, sodaß also hier nicht bei dem Punkt Null begonnen werden muß.

Präsident Dr. Lichal: Diese Anfragebeantwortung ist erledigt.

Präsident Dr. Lichal

Die 3. Frage, die Anfrage (244/M) der Frau Abgeordneten Dr. Heide Schmidt (FPÖ), wurde zurückgezogen.

Damit kommen wir zur 4. Anfrage, 245/M, eine Anfrage des Abgeordneten Gratzner (FPÖ) an den Herrn Bundeskanzler.

Herr Abgeordneter Gratzner! Bitte die Frage zu wiederholen und dann eventuell Ihre Zusatzfragen zu stellen. Bitte schön.

Abgeordneter **Gratzner**: Herr Bundeskanzler! Meine Frage an Sie lautet:

245/M

Wie stehen Sie dazu, daß die Bundesregierung Lohn- und Gehaltsverhandlungen nicht mit den demokratisch gewählten Personalvertretern, sondern mit der nicht demokratisch legitimierten Gewerkschaft öffentlicher Dienst führt?

Präsident Dr. **Lichal**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Herr Abgeordneter! Die Lohn- und Gehaltsverhandlungen werden von der Bundesregierung mit den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für alle Bundesbediensteten und die anderen von den die Bediensteten vertretenden Gewerkschaften geführt. Diese Verhandlungen sind somit nicht auf den Wirkungsbereich eines Ressorts beschränkt, sondern umfassend.

Der Wirkungsbereich der Personalvertretungen ist gemäß Bundes-Personalvertretungsgesetz die Vertretung aller Dienststellen des Ressorts, für die der Zentralausschuß der jeweiligen Personalvertretung errichtet ist. Ein ressortübergreifender Verband, eine Organisation, Dachorganisation oder ähnliches der Zentralausschüsse ist nicht vorgesehen. Vielmehr wird durch das Bundes-Personalvertretungsgesetz vorgesehen, daß der Aufgabenbereich anderer gesetzlicher und auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhender Berufsvereinigungen nicht berührt ist; also zum Beispiel die Gewerkschaft öffentlicher Dienst.

Die Bundesregierung führt daher diese Verhandlung mit den durch Gesetz und damit demokratisch legitimierten Gewerkschaften. Ressortspezifische Angelegenheiten werden von den einzelnen Ressortchefs selbstverständlich, wie im Bundes-Personalvertretungsgesetz vorgesehen, mit den gewählten Organen der Personalvertretung im Ressort diskutiert und verhandelt.

Präsident Dr. **Lichal**: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Gratzner.

Abgeordneter **Gratzner**: Ich darf vorher noch erläutern, daß ich unter „demokratisch legitimiert“ nicht gemeint habe durch ein Gesetz, son-

dern eben durch demokratische Wahlen. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Herr Bundeskanzler! Ihr Staatssekretär Kostelka lehnt Verhandlungen mit der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher von vornherein ab, da er nur mit der FSG und FCG verhandelt. Die AUF wurde bei den letzten Personalvertretungswahlen in mehreren Bereichen zweitstärkste oder sogar stärkste Fraktion. Wie stehen Sie dazu, daß Ihr Staatssekretär mit demokratisch gewählten Mandataren im öffentlichen Dienst nicht einmal in Verhandlung tritt?

Präsident Dr. **Lichal**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Staatssekretär Dr. Kostelka verhandelt nicht mit FSG und FCG, sondern mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst. Wie diese Gewerkschaft öffentlicher Dienst fraktionell zusammengesetzt ist, ergibt sich aus den Personalvertretungswahlen, und daher hat der Staatssekretär keinen Einfluß auf die fraktionelle Zusammensetzung. Er könnte das auch gar nicht anders tun. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und ich wiederhole noch einmal, daß Verhandlungen oder Angelegenheiten, die innerhalb der einzelnen Ressorts zu regeln sind, mit den Personalvertretern, die in den Ressorts gewählt werden, ressortspezifisch erfolgen.

Präsident Dr. **Lichal**: Zweite Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Gratzner.

Abgeordneter **Gratzner**: Ich möchte anmerken, Herr Bundeskanzler, daß Sie sehr wohl wissen, daß die AUF in der Gewerkschaft nicht anerkannt wird, und es daher im Bereich der Sicherheitswache, wo wir über 30 Prozent haben, zu der Situation kommt, daß wir nicht anerkannt sind und daher nicht die Möglichkeit haben, mitzuverhandeln. (*Abg. Adelheid Praher: Das ist Ihr Pech!*)

Aber zu meiner Zusatzfrage. Herr Bundeskanzler! Für die Personalvertreter der FSG und FCG wird für Schulungen, also Personalvertreterschulungen, Dienstfreistellung gewährt. Für Personalvertreter, die jetzt Unabhängige oder Freiheitliche sind, gibt es in den meisten Ressorts diese Dienstfreistellung nicht.

Ich frage Sie daher: Sehen Sie ein gleichheitsrechtliches Problem darin, wenn rote und schwarze Personalvertreter für Personalvertreterschulungen dienstfrei erhalten (*Abg. Dr. Schranz: Das hat aber mit der Frage überhaupt nichts zu tun!*), während unabhängige und freiheitliche Personalvertreter sich für dieselben Schulungen Erholungsurlaub nehmen müssen?

Präsident Dr. Lichal

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Zunächst, Herr Abgeordneter: Wenn Sie gesagt haben, daß in der Sicherheitsexekutive die von Ihnen genannte Fraktion diese und jene Rolle spielt, dann, nehme ich an, wird das so sein, und Sie werden sicherlich recht haben. Ich bin nur überhaupt nicht zuständig dafür und kann keinerlei Einfluß derart nehmen, aus welchen Fraktionen in einzelnen Dienststellen die Personalvertretung zusammengesetzt ist.

Was Ihre andere Frage hinsichtlich Erholungsurlaub betrifft, bin ich gern bereit, die Ressortkollegen einmal mit dieser Frage zu konfrontieren. Mehr kann ich Ihnen im Augenblick leider nicht sagen.

Präsident Dr. Lichal: Nächste Zusatzfrage: Frau Abgeordnete Stoisits. Ist das richtig? Bleiben Sie dabei? — (*Abg. Mag. Terezija Stoisits: Ja!*) Bitte dann immer um ein Zeichen mit der Hand, wenn jemand dabei bleibt, damit ich das auch sehe.

Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Terezija Stoisits (Grüne): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Werden Sie sich für eine gesetzliche Verankerung eines Mindestlohnes einsetzen, wenn es auch in Zukunft dabei bleiben sollte, daß aufgrund gewerkschaftlicher Unfähigkeit die außerparlamentarische Durchsetzung eines garantierten Mindestlohns in Österreich scheitert? (*Abg. Dr. Schranz: Das hat mit der Frage überhaupt nichts mehr zu tun! Das gehört da überhaupt nicht dazu!*)

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Frau Abgeordnete! Ich bin ein Anhänger der Tarifautonomie der Tarifpartner in Österreich, ich bin ein Anhänger dessen, daß Lohn- und Gehaltsabschlüsse auf der Grundlage von Verhandlungen der Sozialpartner zustande kommen sollen, und bin daher kein Anhänger eines gesetzlich festgelegten Mindestlohnes. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

Präsident Dr. Lichal: Meine Damen und Herren! Ich darf bitten, nur Zusatzfragen im Zusammenhang mit der gestellten Frage zu stellen. Bitte das vielleicht hinkünftig zu beachten.

Zu einer weiteren Zusatzfrage hat sich Frau Abgeordnete Dr. Ilse Mertel gemeldet. Bitte schön.

Abgeordnete Dr. Ilse Mertel (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Allein auf Bundes-

ebene haben wir 51 Zentralpersonalvertretungen, demokratisch legitimierte Gremien. Hiezu kommen die für Landesdienste, für Gemeindedienste, für die Bundesbediensteten und für die Postbediensteten.

Meine Frage: Bestehen daher aufgrund der Anfrage des Herrn Abgeordneten Gratzner Überlegungen, entgegen den Bestimmungen, auch solcher über die kollektivvertragsfähigen Parteien innerhalb von einzelnen Verwaltungskörpern, nur für diese jeweils bestellte Personalvertreter, und wenn ja, welche aus dieser riesigen Zahl, zu einer überbetrieblichen Vertretung für Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst zu legitimieren?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, die Fragestellung soll natürlich eine Frage betreffen und nicht ein ganzes Bouquet.

Bitte aber trotzdem, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Solche Überlegungen bestehen aufgrund der Anfrage des Herrn Abgeordneten Gratzner nicht und losgelöst von der Anfrage des Herrn Abgeordneten Gratzner auch nicht.

Präsident Dr. Lichal: Damit ist diese Anfrage erledigt.

Da, meine Damen und Herren, die Anfrage 247/M um 17.15 Uhr zurückgezogen wurde, kommen wir zur Anfrage 248/M: Abgeordneter Franz Stocker (*ÖVP*) an den Herrn Bundeskanzler.

Ich darf bitten, Herr Abgeordneter, die Frage zu wiederholen.

Abgeordneter Franz Stocker: Herr Bundeskanzler! Meine Frage lautet:

248/M

Durch welche Maßnahmen werden Sie in der Bundesregierung sicherstellen, daß die im Arbeitsübereinkommen vereinbarten Privatisierungsschritte bei den ÖIAG-Betrieben eingehalten werden?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Angelegenheiten der verstaatlichten Unternehmen fallen — von Ausnahmen abgesehen — gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes grundsätzlich in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr.

Ich möchte Ihnen aber trotzdem natürlich gerne zur Verfügung stehen und die Gelegenheit be-

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

nützen, festzustellen, daß die im Regierungsabkommen enthaltene Absicht aufrecht ist, in der Gruppe der Austrian Industries AG auch andere private Investoren zu interessieren und damit Privatisierungsschritte zu setzen, mittelfristig durchaus auch über die 50-Prozent-Grenze hinaus, wobei es mir darum geht, österreichische Interessen zu wahren.

Erklärtes Ziel ist die Beibehaltung eines österreichischen Industriekonzerne, und erklärtes Ziel ist selbstverständlich auch, nicht nur einen Beschluß vorrätig zu haben, zu privatisieren, sondern vor allem die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen in den Unternehmungen, daß das überhaupt möglich ist, daß sich private Investoren überhaupt dafür interessieren. Das ist jetzt Gegenstand der Beratungen und der Veranlassungen des zuständigen Ministers mit der Konzernspitze.

Präsident Dr. Lichal: Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Stocker.

Abgeordneter Franz Stocker: Herr Bundeskanzler! Im Arbeitsübereinkommen ist vorgesehen, daß die Austrian Industries für 1992/93 junge Aktien ausgeben und in weiterer Folge dann alte Aktien im Verhältnis 3:1 — drei junge, eine alte Aktie — ausgegeben werden. Dadurch, durch diesen Verkauf und die Dividenden, sollen 4,5 Milliarden Schilling in der Gesetzgebungsperiode aufgebracht werden.

Nun hört man, daß sich der Börsengang verzögern wird oder möglicherweise nicht stattfinden kann. Wie stehen Sie dann zu der vereinbarten Summe von 4,5 Milliarden Schilling?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube, habe das schon mehrmals gesagt und stehe auch nicht an, das wieder zu wiederholen, daß so längerfristig oder mittelfristig gefaßte Beschlüsse, Börsengänge zu unternehmen, nicht der Weisheit letzter Schluß sind, denn man kann Börsensituationen ja nicht über mehrere Jahre vorhersehen und daher auch nicht wirklich einigermaßen verlässliche Privatisierungserlöse veranschlagen.

Trotzdem stehe ich zu dem im Arbeitsübereinkommen festgeschriebenen Betrag, der an das Bundesbudget abzuführen ist. Ich habe jetzt nicht die genaue Zahl im Kopf, aber es ist ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Summe schon überwiesen worden, und wir halten weiter an der Absicht und an dem Vorhaben fest, in dieser Gesetzgebungsperiode den von Ihnen genannten Betrag aufzubringen.

Präsident Dr. Lichal: Zweite Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Franz Stocker: Herr Bundeskanzler! Sie haben in Ihrer Anfragebeantwortung darauf verwiesen, daß mittelfristig auch ein Verkauf von über 50 Prozent denkbar wäre, daß es aber ein Anliegen der Bundesregierung ist, die österreichischen Interessen dabei entsprechend zu wahren.

Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um dieses Vorhaben, vor allem auch im Bereich des EWR und der EG, einhalten zu können?

Präsident Dr. Lichal: Herr Bundeskanzler, bitte.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Maßnahmen, die man dabei vorsehen kann, sind in erster Linie folgende: nach Wiederherstellung der wirtschaftlichen Gesundheit dieser Unternehmungen österreichische Investoren zu interessieren und ihnen dabei vor allfälligen ausländischen Investoren den Vorzug zu geben.

Präsident Dr. Lichal: Eine Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Peter. Bitte schön.

Abgeordneter Mag. Peter (FPÖ): Herr Bundeskanzler! Im Zweiten Verstaatlichtengesetz wird normiert, daß eine ganze Reihe von Firmen nicht über 49 Prozent privatisiert werden kann.

Sind Sie bereit, im Licht der Entwicklung des Jahres 1992 diese Bestimmung aufzuheben, damit auch eine volle Privatisierung dieser Firmen möglich ist?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Herr Abgeordneter! Ich bekenne mich grundsätzlich zu einer kapitalmarktorientierten Politik, und wenn das daher angezeigt ist zur Verwirklichung, dann wird man auch die notwendigen gesetzlichen Beschlüsse fassen müssen.

Präsident Dr. Lichal: Weitere Zusatzfrage: Bitte schön.

Abgeordneter Ing. Tychtl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Wenn die Diskussion um die verstaatlichte Industrie läuft, wird auch immer die Forderung erhoben, daß diese Betriebe auch Eigenleistungen zu erbringen hätten.

Ich darf Sie daher fragen, ob es solche Eigenleistungen bereits gibt beziehungsweise in welchen Größenordnungen solche Eigenleistungen von den Betrieben bereits erbracht wurden.

Präsident Dr. Lichal

Präsident Dr. **Lichal**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Eigenleistungen, die der ÖIAG-Konzern bisher erbracht hat, nämlich seit Verabschiedung des Finanzierungsgesetzes 1987 durch das Hohe Haus, sind ganz beträchtliche. In Summe — wenn ich jetzt nur die Erlöse aus der Veräußerung von Aktiva addiere — sind seit 1987 Eigenleistungen in Höhe von 17 Milliarden Schilling erbracht worden.

Präsident Dr. **Lichal**: Damit ist die Anfrage Nummer 248/M erledigt.

Wir kommen zur Anfrage Nummer 241/M, eine Anfrage der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits (*Grüne*), und ich darf Sie bitten, Frau Abgeordnete, die Frage zu wiederholen.

Abgeordnete Mag. Terezija **Stoisits**: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine Frage an Sie lautet:

241/M

Welche konkreten Schritte zur Unterstützung und Durchsetzung der Anliegen der österreichischen Volksgruppen wird die Bundesregierung noch in diesem Jahr setzen?

Präsident Dr. **Lichal**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie wissen ja als bewährte Gesprächspartnerin in diesem Zusammenhang, daß ich mich — aber nicht nur ich, sondern auch andere — schon seit längerem intensiv um die Konstituierung der Volksgruppenbeiräte als den wichtigsten Gesprächsforen zwischen Bundesregierung und Volksgruppen bemühe. Es handelt sich im einzelnen um die Konstituierung des ungarischen Beirates sowie um die erstmalige Konstituierung des kroatischen und tschechischen Beirates. Ich bin zuversichtlich, daß die Konstituierung einiger dieser Volksgruppenbeiräte noch heuer möglich sein wird.

Ein Gesprächsforum ist im übrigen vor einigen Monaten auch für die Roma und Sinti eingerichtet worden. Die Prüfung der Frage der Anerkennung der Roma und Sinti als Volksgruppe wird fortgesetzt.

Neben vielen anderen Vorteilen wird die Konstituierung der Beiräte auch eine weitere spürbare Erhöhung der Volksgruppenförderung mit sich bringen.

Was die Förderungsmittel betrifft, so bemühe ich mich um eine Erhöhung nicht zuletzt auch für die slowenische Volksgruppe.

Außerdem wird durch die vom Europarat erarbeitete Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen eine umfassende Neuregelung auf dem Gebiet des Sprachenrechts eintreten. Ich glaube, davon ausgehen zu können, daß Österreich diese Charta in den nächsten Monaten unterzeichnen wird.

Der Vollständigkeit halber möchte ich schließlich noch den Schulbereich erwähnen, wo — ohne mich hier im Detail über die Maßnahmen im Wirkungsbereich des Unterrichtsministers verbreitern zu wollen — als großes legislatives Vorhaben die Neuordnung des burgenländischen Volksgruppenschulrechts unter Einbeziehung des vor wenigen Tagen in Oberwart eröffneten Volksgruppengymnasiums zu nennen ist.

Präsident Dr. **Lichal**: Eine Zusatzfrage, Frau Abgeordnete? — Bitte.

Abgeordnete Mag. Terezija **Stoisits**: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Eine zweigeteilte Frage.

Einerseits freut es mich, daß die Bundesregierung so viele Schritte unternehmen wird. Ich vermisse allerdings eine Aussage zur Förderung der Volksgruppe der Slowenen in der Steiermark, die schon seit vielen Jahren ihre Anliegen im Bundeskanzleramt deponiert, aber bisher nie beachtet wurde. Ist daran gedacht, die Volksgruppe der Slowenen in der Steiermark zu fördern, eventuell auch einen Beirat für die Volksgruppe der Slowenen in der Steiermark zu installieren?

Präsident Dr. **Lichal**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es ist auch ein ziemlich häufig diskutiertes Thema, daß zwischen der Errichtung von Volksgruppenbeiräten auf der einen und der Zuwendung finanzieller Mittel auf der anderen Seite ein Zusammenhang besteht, und dieser Zusammenhang wird auch in der Zukunft bestehen müssen. Wenn ich vorhin von der Erhöhung der Slowenenförderung gesprochen habe, so muß ich sagen, würde ich die Slowenen in der Steiermark einbeziehen, sofern die Voraussetzungen dafür bestehen. Ich bin auch sehr gerne bereit, weil Sie vorhin gesagt haben, daß diese schon öfter vorgeschlagen haben oder es versucht haben, dafür zu sorgen, daß aus dem Versuch etwas mehr wird.

Präsident Dr. **Lichal**: Zweite Zusatzfrage? — Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag. Terezija **Stoisits**: Herr Bundeskanzler! In Kärnten ist in den letzten Tagen eine Diskussion in Gang gebracht worden — zu gegebenermaßen von Medien —, wo es darum geht, den 10. Oktober zu einem sogenannten

Mag. Terezija Stoisits

Landesfeiertag, der ein arbeitsfreier Tag sein sollte, zu erheben. Diese Forderung und diese Kampagne in den Medien sind ja unabdingbar auch mit einem volksgruppenpolitischen Aspekt verbunden.

Ich meine, daß es in einer Zeit nationalistischer Konflikte in Europa kein positives Zeichen ist, wenn ein nationaler Mythos gepflegt wird, daß er sogar in den Status eines Landesfeiertages erhoben wird.

Wie stellen Sie sich zu dieser Frage des arbeitsfreien Landesfeiertages in Kärnten?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Offensichtlich doch in einer gewissen Abweichung zu Ihrer Auffassung, Frau Abgeordnete, meine ich, daß man schon auch Verständnis haben kann für dieses Begehren der Kärntner. Ich meine das aber nicht im Zusammenhang mit Volksgruppenfragen, sondern ich meine das in allererster Linie im Zusammenhang damit, daß sich in einer schwierigen geschichtlichen Epoche unseres Landes die Kärntner Bevölkerung — um die es hier geht — für eine demokratische Republik Österreich entschieden hat und offensichtlich von einer anderen Alternative, die es auch gegeben hätte, nicht so eingenommen war und sich daher für die Zugehörigkeit zu Österreich entschieden hat. Es ist damit sicherlich auch über Kärnten hinausgehend ein Signal gesetzt worden, daß sich eben dieser Teil der Republik in einer Zeit, in der die Republik ja wirklich in sich nicht gefestigt war, integriert hat, was im Verständnis des Staatsganzen positiv zu beurteilen ist. Sicherlich sind wirtschaftliche Fragen zu prüfen. Die Sozialpartner werden zweifellos auch noch ihre Stimme erheben. Aber alles in allem sage ich Ihnen, weil Sie mich das gefragt haben: Ich habe Verständnis für diese Initiative.

Präsident Dr. Lichal: Zu einer Zusatzfrage hat sich Herr Abgeordneter Piller gemeldet. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Piller (SPÖ): Herr Bundeskanzler! Sie haben in der Beantwortung der Anfrage der Kollegin Stoisits schon ausgeführt, daß es heuer bereits zu wesentlichen Fortschritten in der Volksgruppenpolitik der Bundesregierung im Hinblick auf die Ausweitung des Volksgruppenbeirates für die Ungarn, auch für die Wiener Ungarn, gekommen ist. Wir alle hoffen auch, daß es heuer gelingen wird, den kroatischen Volksgruppenbeirat zu konstituieren. Das bedingt natürlich auch eine Erhöhung der Förderungsmittel.

Herr Bundeskanzler! Meine Frage: Wird es bereits 1993 eine Erhöhung der Förderungsmittel für die Volksgruppen geben?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich beurteile auch den Hinweis auf den ungarischen Beirat als sehr positiv. Ich habe Auftrag gegeben, daß man trotz der budgetären Enge alles unternehmen soll, um zumindest eine gewisse Erhöhung der Zuwendungen an die kroatische Volksgruppe für 1993 zu erreichen.

Präsident Dr. Lichal: Herr Abgeordneter Kiss, bitte eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Kiss (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Es ist denkbar, daß Sie in den letzten Tagen mitverfolgt haben, daß es in Neuberg im südlichen Burgenland bei der Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln — Novagora und Neuberg — Diskrepanzen in der Bevölkerung gegeben hat über diesen Schritt des Kroatischen Kulturvereins.

Meine Frage an Sie, Herr Bundeskanzler: Wie stehen Sie grundsätzlich zur Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln nach dem Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Ja, ich habe auch davon Kenntnis erhalten, aber ich habe grundsätzlich eine zustimmende Haltung zur Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln. *(Beifall bei der SPÖ und bei den Grünen.)*

Präsident Dr. Lichal: Zusatzfrage: Frau Abgeordnete Praxmarer. Bitte.

Abgeordnete Mag. Karin Praxmarer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Die derzeitige Volksgruppenpolitik sieht eine Förderung autochthoner Volksgruppen in ihrem angestammten Rahmen, Lebensrahmen vor.

Meine Frage: Bleibt die Bundesregierung bei ihrem Standpunkt, auch in Zukunft eben diese Volksgruppen in ihrem eigenen Bereich zu fördern, oder beabsichtigt sie auch eine spezielle Förderung dieser Volksgruppen, die durch Zuwanderung neu entstanden sind?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es gilt das Grundprinzip, daß — wie ich schon der Frau Abgeordneten Stoisits sagen konnte — die Förderung mit der Errich-

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

tung von Volksgruppenbeiräten Hand in Hand gehen soll. Alles andere würde nicht nur juristisch, sondern — wie ich glaube — auch politisch sehr problematisch sein. Mit der Errichtung der Volksgruppenbeiräte sind aber nicht nur formale Erfordernisse, sondern auch inhaltliche, nämlich eine geordnete Diskussion über die Anliegen, Wünsche und Vorstellungen der Volksgruppen, sichergestellt, und ich möchte dieses Prinzip auch auf das von Ihnen angesprochene neu gebildete Spezifikum in der Zukunft anwenden.

Präsident Dr. Lichal: Damit kommen wir zur 8. Anfrage, 237/M: Abgeordneter Dr. Schranz (SPÖ) an den Herrn Bundeskanzler.

Ich darf bitten, Herr Dr. Schranz, die Frage zu wiederholen.

Abgeordneter Dr. Schranz: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine Frage lautet:

237/M

Wie ist der gegenwärtige Stand der in der Regierungserklärung angekündigten zügigen Fortsetzung der Arbeiten zur Umsetzung einer zeitgemäßen Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ende 1990 hat die im Bundeskanzleramt eingerichtete Arbeitsgruppe für Fragen der Neuordnung der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung, die sogenannte Strukturreformkommission, einen umfassenden Bericht vorgelegt, der Empfehlungen für eine Neuordnung der Aufgabenverteilung im Bundesstaat enthält. Die Strukturreformkommission setzt sich aus Vertretern des Bundes, der Länder, des Städtebundes, des Gemeindebundes sowie wissenschaftlichen Experten zusammen.

Im November 1991 hat die Landeshauptmännerkonferenz den Entwurf einer Vereinbarung über die Neuordnung vorgelegt und die Bundesregierung ersucht, darüber Verhandlungen aufzunehmen. Anlässlich der Sitzung der Landeshauptmännerkonferenz am 9. Oktober — demnächst — wird diese politische Vereinbarung, die mittlerweile vorbereitet wurde, vom Vorsitzenden der Landeshauptmännerkonferenz und von mir unterzeichnet werden. Es ist das eine politische Absichtszusage, Verwendungszusage aller Gebietskörperschaften — es ist keine Vereinbarung im Sinne des Artikels 15a Bundes-Verfassungsgesetz — und beinhaltet die möglichst weitgehende Beseitigung bestehender Kompetenzzersplitterungen, die weitgehende Übertragung der mittelbaren Bundesverwaltung an die Länder, die Reduzierung der detaillierten bundesverfassungsgesetzlichen Bindungen der Länder, die Fortent-

wicklung der bestehenden unabhängigen Verwaltungssenate in den Bundesländern und eine Reform des Bundesrats im Sinne einer Stärkung seiner Funktion als Länderkammer.

Präsident Dr. Lichal: Erste Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Schranz, bitte.

Abgeordneter Dr. Schranz: Wie wird es dann, bitte, in der Praxis weitergehen?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Herr Abgeordneter! In der Praxis wird es so weitergehen, daß die Grundsätze, die in dieser Erklärung enthalten sind, die dann am 9. Oktober unterschrieben werden wird, Grundlage für Verhandlungen zwischen den Gebietskörperschaften sein werden und am Ende in Form einer Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz als Regierungsvorlage dem Parlament vorgelegt werden.

Präsident Dr. Lichal: Noch eine Zusatzfrage? — Bitte.

Abgeordneter Dr. Schranz: Werden Sie den Österreichischen Städtebund und den Österreichischen Gemeindebund in die Verhandlungen einbeziehen?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Die Antwort ist: Ja, Herr Abgeordneter.

Präsident Dr. Lichal: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hofer. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Hofer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Man hatte ursprünglich vorgesehen, den Wasserwirtschaftsfonds in die Obhut der Länder zu übertragen. Das ist letztendlich daran gescheitert, daß sich der Herr Finanzminister mit der Dotierung etwas zurückziehen wollte. So gesehen bleibt jetzt diese Kompetenz beim Bund. Es geht letztendlich darum: Werden für den Wasserwirtschaftsfonds, auch wenn er einer Bankengruppe übertragen werden sollte im Sinne der Durchführung, die Finanzmittel aufrechtbleiben?

Meine Frage daher: Herr Bundeskanzler! Können Sie als Chef dieser Bundesregierung sicherstellen, daß zum Schutze der Gemeinden und der Finanzierbarkeit der Gemeinden diese 2,7 Milliarden Schilling jährlich aus dem Bundesbudget zugeschossen werden?

Präsident Dr. Lichal: Herr Bundeskanzler, bitte.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die finanzielle Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds wird – und ich unterstreiche alles, was Sie vorhin gesagt haben mit der unterbliebenen Verlängerung – Gegenstand der zum Abschluß zu bringenden Finanzausgleichsverhandlungen sein. Und zusätzlich zur Absicherung der finanziellen Mittel wird es auch um eine Neuformulierung der Vergaberichtlinien der Mittel aus dem Wasserwirtschaftsfonds gehen. Das sollte nach meiner Vorstellung so geregelt werden, daß die bis zum Ende des Jahres 1991 eingereichten Projekte noch nach den alten Richtlinien abgewickelt und finanziert werden sollten und für 1992 und später bereits die neuen Richtlinien gelten sollen. Frau Bundesministerin Feldgrill-Zankel ist zurzeit in Verhandlungen mit den Landesregierungen über die Ausarbeitung dieser neuen Vergaberichtlinien, sodaß dann, wenn der Finanzausgleich fertigverhandelt ist und die finanziellen Mittel sichergestellt sind, auch hinsichtlich der Förderungsrichtlinien Klarheit sein sollte.

Präsident Dr. Lichal: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Schöll. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Schöll (FPÖ): Herr Bundeskanzler! Im Verlaufe der Debatte über die 15a-Vereinbarungen und die Verlängerung des Grundverkehrs im heurigen Frühjahr wurde mehrfach auf die Notwendigkeit der Erstellung eines gesamtösterreichischen Raumordnungskonzeptes hingewiesen.

Ich frage Sie nun, Herr Bundeskanzler: Wann ist mit einer zeitgemäßen Aufteilung der Aufgaben zwischen Ländern, Gemeinden und Bund auf dem Sektor „Erstellung eines gesamtösterreichischen Raumordnungskonzeptes“ zu rechnen?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ein gesamtösterreichisches Raumordnungskonzept ist in diesem Jahr erarbeitet und vor dem Sommer der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Es wird dieses gesamtösterreichische Raumordnungskonzept, an dem sämtliche Vertreter in der ÖROK, in der Österreichischen Raumordnungskonferenz, mitgearbeitet haben, nun mit den Ergebnissen der Strukturreformkommission harmonisiert, sodaß wir sowohl ein neues Raumordnungskonzept nicht nur erstellt und entwickelt haben werden, sondern im Zuge der Beschlußfassung hier im Parlament dann auch in die Praxis umsetzen können.

Präsident Dr. Lichal: Weitere Zusatzfrage: Frau Abgeordnete Heindl, bitte.

Abgeordnete Christine Heindl (Grüne): Herr Bundeskanzler! Die derzeitige Verteilung zwischen Bund und Ländern bringt bei der Umsetzung mancher gesellschaftspolitisch wichtiger Anliegen große Schwierigkeiten. Wir erleben das momentan bei der Diskussion um das Gleichbehandlungspaket, weil in diesem Fall drei wichtige Bereiche leider nicht in der Kompetenz des Bundes sind.

Ich frage Sie daher: Welche konkreten Maßnahmen und Schritte werden Sie als Chef der österreichischen Bundesregierung setzen, damit eine qualitätsvolle flächendeckende Einrichtung auch von Kinderbetreuungseinrichtungen, damit ganztägige Schulformen in ganz Österreich realisiert werden? Und wie wollen Sie die Mindeststandards bei der Sozialhilfe in Angriff nehmen? Das sind drei Punkte, die im Gleichbehandlungspaket der Frauen enthalten sind.

Präsident Dr. Lichal: Herr Bundeskanzler, bitte.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Frau Abgeordnete! Über den Inhalt und die Problematik der Verhandlungen, die derzeit abgewickelt werden, brauchen wir hier wohl nicht zu reden.

Ich bin sehr aufgeschlossen für Kompetenzentwirrungen und -entflechtungen und für die Schaffung klarer Verhältnisse. Nur, das wird nicht so sein können – das sage ich schon auch in aller Offenheit –, daß der Bund nur deshalb, weil er mit den Bundesländern in etlichen Bereichen – siehe Kinderbetreuungseinrichtungen – nur schwer zu Rande kommt, dann alle Kompetenzen zu sich selbst verlagert und übernimmt. Ich bleibe schon dabei, daß der Weg eingeschlagen werden muß, daß den Ländern die Verantwortung keineswegs abgenommen werden kann, ihre Kompetenzen wahrzunehmen, und daß im Zuge etwa von Finanzausgleichsverhandlungen die finanzielle Ausstattung dafür gesichert werden muß, daß das auch wahrgenommen werden kann.

Ich weiß so wie Sie, daß so manche Länder gar nicht darüber nachdenken, ob sie ausreichend Geld dafür haben, weil nicht alle gleichermaßen vom gesellschaftlichen Stellenwert dieser Einrichtungen überzeugt sind. Aber ich kann trotzdem nicht einer Politik das Wort reden, in der sämtliche Kompetenzen dort, wo es gesellschaftlich hapert, auf den Bund übergehen.

Präsident Dr. Lichal: Wir kommen nunmehr zur letzten heute zum Aufruf gelangenden Anfrage an den Herrn Bundeskanzler, und zwar 238/M: Abgeordnete Mag. Waltraud Schütz (SPÖ).

Ich bitte Sie, Frau Abgeordnete, die Frage zu wiederholen.

Mag. Waltraud Schütz

Abgeordnete Mag. Waltraud **Schütz**: Herr Bundeskanzler! Ich möchte Sie fragen:

238/M

Wie ist der aktuelle Stand der Vorbereitungsarbeiten für das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz?

Präsident Dr. **Lichal**: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Seit 20 Jahren, genauer genommen seit 1974, arbeiten wir mit dem mehr oder weniger gleichgebliebenen Entwicklungshilfegesetz. Wir müssen den Veränderungen, die seither eingetreten sind, Rechnung tragen. Dazu kommt, daß wir als Geberland Erfahrungen gesammelt haben, was die Schwerpunkte und die Abwicklung von Entwicklungshilfeprojekten betrifft.

Es ist jetzt soweit, daß wir für diese neuen Ansprüche das Gesetz adaptieren. Ich möchte vorausschicken, daß ein neues Entwicklungszusammenarbeitsgesetz nicht allein Angelegenheit des Bundeskanzleramtes ist, sondern daß davon mehrere Ressorts betroffen werden, vor allem das Bundesministerium für Finanzen und jenes für auswärtige Angelegenheiten.

Jetzt zum Zeitplan: Mitte Oktober, also im nächsten Monat, wird im Bundeskanzleramt die Diskussion zwischen den beteiligten Ressorts und den Vertretern der nichtstaatlichen Organisationen stattfinden, die die Grundlage für die endgültige Ausformulierung des Entwurfes bilden wird.

Welches sind die Kriterien? Im Vergleich zum Entwicklungshilfegesetz 1974 erfolgt die Orientierung an der Armutsbekämpfung, der Umwelterhaltung sowie der Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Gleichzeitig soll dadurch aber auch der organisatorische und administrative Rahmen besser und effizienter gestaltet werden. Nach Fahrplan, so wie er jetzt vorliegt, sollte die Regierungsvorlage etwa zu Beginn des Jahres 1993 fertig sein und kann dann dem Parlament vorgelegt werden.

Präsident Dr. **Lichal**: Bitte, Frau Abgeordnete: erste Zusatzfrage.

Abgeordnete Mag. Waltraud **Schütz**: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Darf ich gleich bei einem Punkt einhaken. Sie haben erwähnt, daß auch die Menschenrechtslage in das Gesetz einbezogen werden kann. Es ist eine traurige Tatsache, daß in vielen Ländern, mit denen wir Entwicklungszusammenarbeit betreiben, die Menschenrechte verletzt werden.

Ich möchte Sie in die Richtung fragen: Wie stellen Sie sich vor, daß wir verstärkt dahin gehend

Einfluß nehmen, daß wir keine Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern machen, in denen Menschenrechte aufs schwerste verletzt werden? Ich nehme als konkretes Beispiel für Österreich Indonesien, mit dem wir Entwicklungszusammenarbeitsprojekte haben, das aber nicht nur Menschenrechte verletzt, sondern zudem auch noch nach wie vor Osttimor völkerrechtswidrig besetzt hält.

Präsident Dr. **Lichal**: Herr Bundeskanzler, bitte.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Frau Abgeordnete! Es ist natürlich ein wichtiges Kriterium für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit, daß die volle Gewährung der Menschenrechte in den Partnerländern gegeben ist; unsere Exponenten thematisieren das ja auch immer wieder. Ich komme aber nicht darum herum, anzumerken, daß berücksichtigt werden muß, daß es sich bei fast allen Partnerländern um Übergangsgesellschaften auf dem Weg zur Demokratie handelt und daß die Durchsetzung insbesondere wirtschaftlicher und sozialer Menschenrechte nur möglich sein wird, wenn es gelingt, die dort herrschende Armut zu überwinden.

Das heißt, es ist ein zweifacher Weg einzuschlagen: auf der einen Seite zu thematisieren und unter Umständen die Beziehungen ruhen zu lassen, auf der anderen Seite aber gerade durch die Bekämpfung der Armut die wesentlichen Voraussetzungen für die Einhaltung der Menschenrechte zu schaffen.

Präsident Dr. **Lichal**: Eine zweite Zusatzfrage? – Bitte.

Abgeordnete Mag. Waltraud **Schütz**: Herr Bundeskanzler! Die Bundgetverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es ist ja eine langjährige Forderung, die Entwicklungshilfe zu erhöhen. Es gibt internationale Versprechungen, die Österreich gemacht hat, und auch Beschlußfassungen des Parlaments, also diese Wunschvorstellung von 0,7 Prozent des BIP an Entwicklungshilfe haben wir ja noch nicht erreicht.

Wie wird es im nächsten Budget mit einer Erhöhung der Entwicklungshilfeleistungen aussehen?

Ich möchte die Frage auch in eine andere Richtung stellen: Es ist bekannt, daß es ja auch qualitative Mängel gibt, Mängel, die vor allem in der Struktur, also in der Abwicklungskapazität liegen.

Meine konkrete Frage daher: Wie sieht es aus mit einer quantitativen, aber auch mit einer qualitativen Verbesserung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit?

Präsident Dr. Lichal

Präsident Dr. Lichal: Also die letzte Frage ist die, die Sie wissen wollten. — Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Ich trage nur noch nach, daß die Beispiele für solche Projekte mit Menschenrechtsbezug folgende sind: die Unterstützung bei der Durchführung von allgemeinen freien Wahlen; etwa Nicaragua oder Kenia. Weiters: Stipendienprogramme für Studenten aus dem südlichen Afrika, die Hilfe für die Rückkehr von Flüchtlingen ins südliche Afrika, nach Südafrika, weiters Maßnahmen oder Aktionen, wie die Unterstützung beim Drucken von Gesetzbüchern, wie wir das in Uganda gemacht haben.

Sie haben recht, Frau Abgeordnete, daß der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am österreichischen Sozialprodukt hinter dem international geforderten Anteil nachhinkt, daß diesbezüglich in den letzten Jahren aber doch eine Verbesserung erzielt werden konnte. 1987 waren es 0,17 Prozent gemessen am BIP, und wir sind schrittweise, bis zum Jahre 1991, auf 0,37 Prozent gekommen. Das ist der bisher höchste erreichte Prozentsatz — auch wenn man fairerweise einschränkend hinzufügen muß, daß für 1991 außerordentliche Faktoren maßgeblich waren, wie zum Beispiel die Kapitalaufstockung bei internationalen Finanzinstitutionen. Aber dennoch ist dieser Trend gegeben, und wir werden alles unternehmen, um das auch in den nächsten Jahren so fortzusetzen. — Das zur quantitativen Seite.

Zur qualitativen Seite: Hier ergeben sich Verbesserungen durch einen höheren Anteil der budgetfinanzierten Entwicklungshilfe an der Gesamthilfe, Verbesserungen der Konzessionalität und erhöhte österreichische Leistungen an die ärmsten Entwicklungsländer, Maßnahmen, die im übrigen auch von der OECD als Qualitätssteigerung anerkannt wurden.

Als weitere Qualitätssteigerung sollen ab nächstem Jahr, also ab 1993, aus den EH-Mitteln keine Kredite, sondern nur mehr Zuschüsse gewährt werden, was das Volumen der zu fördernden Projekte erhöht. Die geplante Ausgliederung von Teilen des Aufgabenbereichs aus der zuständigen Sektion im Bundeskanzleramt soll zu mehr Effizienz bei Projektbearbeitung und -bewilligung führen.

Präsident Dr. Lichal: Zu einer Zusatzfrage hat sich weiters gemeldet Herr Abgeordneter Mag. Schreiner. — Bitte.

Abgeordneter Mag. Schreiner (FPÖ): Herr Bundeskanzler! Wird bei dem ins Auge gefaßten neuen Entwicklungs-Zusammenarbeitsgesetz beachtet werden, daß keine Doppelgleisigkeiten mehr vorkommen bei der Abwicklung von Entwicklungshilfe durch verschiedenste Institutio-

nen, und wird zweitens auch Bedacht darauf genommen werden, daß in dieses Gesetz eine verpflichtende Effizienzkontrolle Eingang findet?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Herr Abgeordneter, meine Antwort ist ja. Wir werden bei der Regierungsvorlage so vorsorgen, und es wird sicher Gelegenheit sein, auch hier im Parlament darüber zu reden.

Präsident Dr. Lichal: Eine Zusatzfrage? — Bitte, Frau Abgeordnete Grandits, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Mag. Marijana Grandits (Grüne): Herr Bundeskanzler! Es ist äußerst begrüßenswert, daß es endlich zur Reform dieses Gesetzes kommt. Erfreulicherweise werden anscheinend auch die Strukturen der Abwicklung davon betroffen sein; die Maria-Theresianische Verwaltung war in dieser Hinsicht ein großes Hindernis dabei.

Meine konkrete Frage: Gibt es Überlegungen, diesem Kompetenzwirrwarr ein Ende zu setzen und das alles beispielsweise zusammen in einem Staatssekretariat zu vereinigen? Wie Sie ja bereits erwähnt haben: Finanzministerium, Außenministerium und Ihr Ressort sind für diese Frage zuständig, und das erhöht natürlich den Verwaltungsanteil. Es könnte ja unter anderem auch gewichtigen Fragen wie der Verschuldung ein entwicklungspolitischer Aspekt gegeben werden. — Was halten Sie davon, Herr Bundeskanzler?

Präsident Dr. Lichal: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Werte Frau Abgeordnete! Den Finanzminister kann ich diesbezüglich nicht exkludieren, denn ihn brauche ich hinsichtlich der Zuwendungen, den Außenminister kann ich nicht exkludieren, da sich die Entwicklungszusammenarbeit ausschließlich im Ausland abspielt, und ein neues Staatssekretariat werde ich für diesen Zweck nicht gründen.

Aber, um Ihren Gedanken positiv und konstruktiv aufzugreifen: Ich möchte vor allem mit der Ausgliederung in eine eigene, in eine spezialisierte Institution möglichst viel von dem, was Ihnen hier an Effizienzwegen untergekommen ist, abfangen, sodaß das dann dort wirklich konzentriert ist und verantwortlich von dort aus gearbeitet werden kann.

Präsident Dr. Lichal: Es sind somit alle Fragen beantwortet. Damit ist die Fragestunde beendet.

Präsident Dr. Lichal**Aktuelle Stunde**

Präsident Dr. Lichal: Wir gelangen nunmehr zur Aktuellen Stunde mit dem Thema:

„Privilegienabbau“

Präsident Dr. Lichal: Ich mache darauf aufmerksam, daß sich in einer Aktuellen Stunde jeder Abgeordnete nur einmal zu Wort melden kann und die Redezeit jedes Abgeordneten fünf Minuten nicht übersteigen darf.

Zum Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Dr. Haider. — Bitte, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

18.17

Abgeordneter Dr. **Haider** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die freiheitliche Fraktion nimmt die Ankündigung einer bevorstehenden Erhöhung von Sozialversicherungsbeiträgen im kommenden Jahr zur Finanzierung des Sozialbudgets, wie sich das etwa in einem Artikel im „Standard“ vom 22. September wiederfindet, in dem von einer deutlichen Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung im Jahre 1993 die Rede ist, zum Anlaß, um daran zu erinnern, daß bereits vor vier Jahren in diesem Hohen Haus ein Entschließungsantrag verabschiedet wurde, der im Gefolge eines freiheitlichen Volksbegehrens gegen Privilegien beschlossen wurde, der den Inhalt hatte, zwischen den Gebietskörperschaften und dem Bund weitere Maßnahmen des Privilegienabbaus — insbesondere in den Bereichen der Politik, aber auch der Sozialversicherungen — möglich zu machen.

Mittlerweile sind vier Jahre verstrichen, ohne daß diesbezüglich etwas geschehen wäre. Eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge steht ins Haus, und gleichzeitig sehen wir in einem Bericht des Rechnungshofes etwa über die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, wie die Direktoren dort mit unseren Zwangsbeiträgen umgehen. Da fahren die beiden Generaldirektoren um jährlich 2 bis 3 Millionen Schilling durch die Lande, von Fernasien bis in die europäischen Gefilde; sie nehmen an einer Behinderten-Olympiade teil, wofür man — first class „natürlich“ — 83 000 S an Fahrtkosten nach Honkong verbraucht, aber die Behinderten werden in der Normalklasse mit 20 000 S für Fahrtkosten abgespeist. (*Abg. Marizzi: Wie war das denn mit dem Freiheitlichen Bildungswerk? Reisen nach Rio de Janeiro und so weiter!*)

Wir haben eine Oesterreichische Nationalbank, die 83 Milliarden Schilling Mindestreserven von österreichischen Banken und Kreditinstituten kassiert, die zum Teil nicht verzinst sind. Das bedeutet, daß die Nationalbank natürlich über gewaltige Vermögenswerte verfügt und es sich lei-

sten kann, daß in dieser geschützten Werkstätte des Privilegienrittertums allein 24 leitende Mitarbeiter jährlich 100 Millionen Schilling an Gehaltsaufwendungen verursachen.

Folge dieser nicht gerechten Verzinsung der Mindestreserven ist, daß der kleine Sparer in Österreich im Schnitt um 10 000 S an Zinsen weniger pro Jahr akquirieren kann.

Drittes Beispiel: Die verstaatlichte Industrie ist wieder einmal sanierungsbedürftig, sie ist pleite. Milliardenpleiten stehen ins Haus, aber gleichzeitig werden gescheiterte Manager mit Millionenbeträgen freigesetzt. So wurde etwa der Ex-ÖMV-Generaldirektor mit einem „Körpergeld“ von 30 Millionen Schilling seiner beruflichen Verpflichtungen enthoben oder wird der nun zweifach gescheiterte Ex-Direktor der Länderbank und der Gaskoks, Cordt, mit 20 Millionen Schilling in den nächsten fünf Jahren spazierengeschickt. Gleichzeitig, obwohl es eine Verstaatlichtenpleite gibt und eine neuerliche Sanierung notwendig ist, erhöhten laut jüngstem Rechnungshofbericht die Austrian Industries die Bezüge der Manager um 27 Prozent, was nunmehr ein Niveau von durchschnittlich 5,3 Millionen Jahresverdienst ergibt.

In der Landwirtschaft verbietet man den heimischen Bauern, ordentlich Milch zu produzieren, weil es Überschüsse gibt — aber die Manager im Milchwirtschaftsfonds haben kurzfristig eine Erhöhung ihrer Gehälter um 129 Prozent verfügt.

Das müssen Sie erst erklären. Der Rechnungshofbericht zeigt auf, daß man das vor einer Umwandlung machen wollte!

Das alles sind Dinge, die die Menschen erschrecken, deshalb haben wir Freiheitlichen den Antrag eingebracht, etwa im Bereich der Sozialversicherung einen wirklichen Schritt in Richtung Privilegienabbau vor neuerlichen Erhöhungen zu setzen, indem man etwa die 28 Sozialversicherungsanstalten nach ökonomischen Gesichtspunkten zusammenlegt, die Privilegien der 27 000 Bediensteten ordentlich ordnet und 800 „ehrenamtliche“ Funktionäre tatsächlich wieder zu ehrenamtlichen Funktionären macht, indem sie nicht bis zu 51 000 S an Gehältern als „Ehrenamtliche“ kassieren und nach einigen Jahren „ehrenamtlicher“ Tätigkeit auch noch einen Pensionsanspruch mit maximal 80 Prozent — neben ihren sonstigen Bezügen — kassieren können. Unser Ziel ist es, aus diesem Institut ein kostengünstig und ökonomisch geführtes Institut zu machen. Das ist also mit ein Schwerpunkt unserer Initiativen — neben des Abbaues der Privilegien für die Angestellten der Nationalbank.

Ich darf Sie ersuchen, nach vier Jahren des Stillstandes unserem Antrag zu folgen, und diese

Dr. Haider

Gemeinsamkeit, die wir schon 1988 gefunden haben, daß es nämlich wirksame Schritte in diesen Bereichen geben muß, endlich in die Tat umzusetzen und den Antrag von uns Freiheitlichen auf Privilegienabbau in diesen Bereichen zu unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ.)* 18.23

Präsident Dr. Lichal: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Nowotny. — Bitte, Herr Abgeordneter.

18.23

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Als Sozialdemokrat möchte ich eingangs gleich folgendes feststellen: Es fällt uns Sozialdemokraten hier nicht im Traum ein, irgendwelche ungerechtfertigte Einkommen, irgendwelche Privilegien zu verteidigen. Ich meine aber, eine Debatte über hohe Einkommen und Privilegien ist nur dann sinnvoll zu führen, wenn man eine solche wirklich ehrlich und umfassend führt. Es ist aber nicht sinnvoll, nur einzelne Bereiche herauszupicken, sondern man muß bereit sein, die gesamte Struktur der Einkommen in Österreich — einschließlich der hohen Einkommen — zu diskutieren.

Und da muß ich vor einem Ansatz doch sehr dringend warnen: Ich glaube nicht, daß es sinnvoll ist, die Privilegiendebatte immer nur bei der Arbeitnehmerseite ansetzen zu lassen, und die Begünstigungen im Unternehmensbereich, die gewaltigen Honorare bei Freiberuflern und andere Möglichkeiten der Gewinnsteuerung hier völlig zu vernachlässigen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin gegen jegliches Pauschalurteil, aber es ist für mich unerträglich, wenn die Diskussion hier so geführt wird, als ob bei der Sozialversicherung ein Sachbearbeiter ein Privilegienritter oder eine Sachbearbeiterin eine Privilegienritterin wäre, dagegen ein Primarius, der öffentlich bezahlte Leistungen des Krankenhauses nutzt und Millionen nach Hause bringt, der Leistungsträger ist, über den man nicht mehr sprechen darf. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte hier ganz deutlich sagen: Ich bin gegen jeden Neidkomplex; gute Leistung soll gut bezahlt werden — aber das muß für alle gelten, und nicht nur für die tatsächlich Privilegierten in unserer Gesellschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu jenen zwei Bereichen, die hier im Zentrum stehen: Es wird die Kollegin Hostasch speziell zum Sozialversicherungsbereich noch einige Anmerkungen machen; zum Bereich Notenbank sind ja hier zwei Punkte genannt worden.

Erstens zur Frage Mindestreserven. Es hat sich leider gezeigt — der Kollege Haider hat immer so gerne Beispiele aus der Schule —, daß er ein sehr

langsamer Lerner ist. Es wurde ihm schon von mehreren Seiten zu erklären versucht, daß die Frage der Mindestreserven eine Frage der Geldpolitik ist. Folgen des Vorschlages, den er gemacht hat, würden ein Aufblähen der Geldmenge in Österreich und somit inflationäre Gefahren bedeuten.

Gerade die letzten Tage haben gezeigt, daß es gut ist, daß die Oesterreichische Nationalbank eine andere Politik betreibt als jene, die Herr Haider ihr vorschlägt. Alle Österreicher profitieren von dieser Politik! *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Was den personalpolitischen Bereich betrifft, so hat die Oesterreichische Nationalbank vor einem Jahr eine tiefgreifende Reform eingeleitet, und die FPÖ versucht in dieser Frage, sozusagen auf einen fahrenden Zug aufzuspringen, um Kleingeld für ein Volksbegehren zu gewinnen, das sie eingeleitet hat.

Diese Reform ist inzwischen beschlossen worden: Es gibt deutliche Kürzungen an der Spitze, es gibt eine straffere Organisation, es gibt keine fixen Bilanzgelder mehr. Das heißt, alles das, was in einzelnen Punkten des Forderungskataloges des Volksbegehrens der FPÖ bezüglich Nationalbank enthalten ist, ist in Wirklichkeit im wesentlichen erfüllt.

Das Direktorium wird in Verhandlungen mit dem Betriebsrat gehen. *(Abg. Dr. Haider: Der Cap hat gesagt, das ist zuwenig!)*

Herr Haider, auch das gehört zur Kultur in Österreich, daß man dort, wo es um Arbeitnehmerrechte geht, auch mit dem Betriebsrat spricht und nicht sozusagen von oben her Dinge diktiert, wie das Sie in Ihrer Partei machen. Gott sei Dank ist dieser Stil woanders nicht üblich! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, daß diese Reformen daher weitergehen werden, aber wichtig ist dabei: Es liegt in unser aller Interesse, daß die Funktionsfähigkeit der Oesterreichischen Nationalbank erhalten bleibt. Gerade in den letzten Wochen hat sich sehr deutlich gezeigt, wie wichtig eine gut funktionierende Notenbank für ein Land ist und daß wir hier in Österreich zufrieden sein können mit der Arbeit, die die Notenbank in diesem Land für uns alle leistet. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Letzter Punkt: Ich glaube, es ist doch etwas eigenartig, wenn hier eine Partei als Antiprivilegienpartei auftritt — unter Führung eines Mannes, der, ohne irgendeinen Finger zu rühren, Forstgüter geerbt hat, für die er dann durch geschickte Manipulationen 14 S an Steuer zahlt. — Aber das ist natürlich kein Privileg, und das ist

Dr. Nowotny

daher nicht Gegenstand der Diskussion. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dkfm. Holger Bauer: Er hat sich nicht aus der Kasse der Öffentlichkeit bedient!)* 18.28

Präsident Dr. Lichal: Als nächste zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Ingrid Korosec. — Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

18.29

Abgeordnete Ingrid Korosec (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Privilegienabbau ist eine viel zu ernste Angelegenheit, als sich hier in vordergründiger Polemik zu ergen.

Privilegien kosten den Steuerzahlern, den Versicherten und auch den Konsumenten von öffentlichen Leistungen Geld, daher ist der Privilegienabbau ein ständiger Prozeß und eine ernste Aufgabe für jeden politischen Verantwortungsträger, aber auch für jeden Manager im öffentlichen Bereich.

Herr Dr. Haider, man kann doch hier nicht so tun, als ob man mit Artikel 15a-Verträgen, wie das in Ihrem Entschließungsantrag zu lesen ist, oder mit einem sonstigen Paukenschlag alle Privilegien abschaffen könnte. — Das ist doch eine vordergründige Show und kein ernstes Angehen dieser Sache. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Natürlich ist auch in der Vergangenheit diesbezüglich einiges geschehen. Aus Zeitmangel kann ich das nicht aufzählen, aber Sie wissen das ohnehin alle. Selbstverständlich ist aber, daß noch sehr viel in dieser Frage zu geschehen hat. In den letzten Monaten sind ja einige weitere Weichenstellungen erfolgt.

Kollege Nowotny hat die Nationalbank angeführt, und ich werde Ihnen etwas sagen, Herr Dr. Haider: Eine Frau, und zwar die Frau Dr. Schaumayer, hat die Initiative ergriffen und hat freiwillig auf Bezüge verzichtet. *(Abg. Dr. Haider: Wir sind gerührt!)* Ich danke von dieser Stelle aus Frau Dr. Schaumayer, daß sie diesen Schritt gesetzt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Dr. Haider! Ich war heute sehr gerührt, daß Sie das 10-Punkte-Programm des Dr. Erhard Busek heute hier und auch in der Pressekonferenz vorgelesen haben. *(Abg. Dr. Haider: Warum stört Sie, daß wir Ihre Ideen akzeptieren?)* Deshalb, weil Sie offenbar übersehen haben, Herr Dr. Haider, daß drei der zehn Punkte in der Zwischenzeit vom Hauptverband bereits beschlossen wurden, und daß es Veränderungen geben wird bei der Funktionärspension, beim 13. und 14. Bezug, ... *(Abg. Dr. Haider: „Wird“! Das ist alles Zukunftsmusik!)* Das ist bereits im Juni beschlossen worden. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Wir werden diese sieben Punkte in den anderen Bereichen auch verwirklichen, und wir haben Gespräche mit unserem Koalitionspartner geführt.

Was wir aber nicht wollen, das sage ich auch ganz offen: Wir wollen kein Mammutunternehmen, keine Mammutorganisation bei der Sozialversicherung ... *(Zwischenruf bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Lichal: Entschuldigung, Frau Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Darf ich vielleicht ersuchen: Der Redner hat nur fünf Minuten Redezeit im Rahmen der Aktuellen Stunde, bitte vielleicht kann man ihm wenigstens die fünf Minuten Aufmerksamkeit schenken.

Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ingrid Korosec *(fortsetzend)*: Wir wollen keine Mammutorganisation der Sozialversicherung, weil sich natürlich sehr wohl die berufsständische Gliederung bewährt hat, und wir auch die Versichertennähe wollen. Das heißt, man soll das Kind nicht mit dem Bad ausschütten.

Aber eines ist für die Österreichische Volkspartei auch sehr klar: Der Abbau — und da, bitte, hören Sie auch zu, Herr Dr. Haider — von Privilegien ist einer der Gründe, warum wir uns für die Privatisierung einsetzen. In privatwirtschaftlich geführten Unternehmen und Organisationen kann diese Art von Privilegien ja gar nicht entstehen, weil man nämlich dort erst das Geld erwirtschaften muß, das man dann eventuell für Privilegien ausgeben kann. Also diesbezüglich, glaube ich, sind wir uns durchaus einig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind gegenüber den Bürgern verpflichtet, möglichst rasch etwas und auch viel zu tun, aber es ist schon ein Unterschied, ob man tatsächlich Privilegien abschafft oder ob man auf dem Klavier der Emotionen spielt, Herr Dr. Haider, den Neidkomplex anstachelt *(Abg. Dr. Haider: Na geh! Bei der Nationalbank ist es ein Neidkomplex!)* und auch die Politik heruntermacht.

Ich bin nicht für Privilegien, ich bin auch nicht für Privilegien der Politiker, ich will aber, daß sie ordentlich und anständig bezahlt werden, sonst kann nämlich wirklich nur einer in die Politik gehen, der zufällig eine große Erbschaft macht *(Abg. Dr. Haider: Das ist ja auch nichts Schlechtes, wenn man unabhängig ist!)* und einen großen Grundbesitz hat. Nein, Herr Dr. Haider, aber es wäre demokratiepolitisch bedenklich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Dr. Haider! Die Österreichische Volkspartei hat ganz konkrete Vorschläge gemacht, wir laden Sie ein und wir laden alle Parteien ein, an deren Realisierung mitzuwirken. *(Beifall bei der ÖVP.)* 18.34

Präsident Dr. Lichal

Präsident Dr. **Lichal**: Nächste auf der Rednerliste: Frau Abgeordnete Dr. Petrovic. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

18.34

Abgeordnete Dr. Madeleine **Petrovic** (Grüne): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema „Privilegien und Privilegienabbau“ ist ein Thema, das wohl nie ausdiskutiert sein wird, und es ist wirklich ärgerlich, daß man immer wieder draufkommen muß, auch dort ist eine Privilegienhochburg, auch da sind Leute auf Kosten der öffentlichen Hand auf Reisen gegangen, auch da müßte der Steuerzahler herhalten, um etwas zu finanzieren, wovon er eigentlich rein gar nichts hat.

Es ist sehr ärgerlich, ganz egal, ob es in den Kammern, in den öffentlichen Dienststellen, im Bereich der politischen Parteien, aber auch im privaten Bereich passiert, und es ist nicht so, Frau Abgeordnete Korosec, daß der private Bereich ausgenommen wäre, denn Sie wissen sehr genau, es gibt ein Feld von Anbietern, die eine monopolistische oder oligopolistische Stellung haben. Weite Bereiche der Bauwirtschaft gehören dazu, es sitzen auch einige Vertreter, fast könnte man sagen Lobbyisten, in diesem Hause, die sehr wohl dieselbe Form von Privilegienwirtschaft betreiben können, weil sie von der öffentlichen Hand immer wieder großzügig mit Aufträgen bedient werden.

Aber ich würde doch allen hier, auch den Damen und Herren von der FPÖ, vorschlagen, wenn Sie schon dieses Thema angeregt haben, wenn Sie schon diese Aktuelle Stunde durchführen, gehen wir doch mit gutem Beispiel voran.

Es gibt doch hier in diesem Haus, unter den Personen, die hier im Raum sitzen, eine ganze Zahl von Leuten, die Privilegien in Anspruch nehmen, auch bei Ihnen von der FPÖ (*Abg. Dkfm. Holger Bauer: Wer denn?*) — kommt schon noch —, und ich glaube, wir sollten jetzt doch ein sehr klares Wort sprechen und den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern signalisieren, daß wir das, was wir hier sagen, auch ernst nehmen, und ich werde dann auch sagen, wie die Grünen dazustehen, man soll ja immer beginnen, vor der eigenen Türe zu kehren. (*Abg. Dr. Haider: Die teuerste Klubeinrichtung!*)

Es gibt jede Menge von Personen in diesem Hause, die neben ihrem Abgeordnetenbezug noch ein Einkommen haben. Ich glaube, man kann leben von diesem Abgeordnetenbezug, auch wenn man noch an die Partei irgendwelche Abgaben leisten muß, und diese Personen — ich habe versucht, sie gelb anzustreichen (*zeigt den Plan des Sitzungssaales des Nationalrates vor*) — sollten einmal Rechenschaft ablegen, wie sie denn das schaffen, trotz einer immer intensiver werdenden

Gesetzgebungsarbeit, unter der alle schon so sehr stöhnen.

Man liest es in den Medien: Der Frust im Hohen Haus hat sich breit gemacht, die Abgeordneten gehen unter in Arbeit, es ist so viel geworden, und aufgrund des EWR müssen über 100 Gesetze angepaßt werden. Wir werden — Herr Dr. Haider, Sie haben das ja heute auch befürwortet in der Präsidiäle — vermehrt Sitzungstermine brauchen, es wird, und wir sollten hier sehr ehrlich sein, dieser Beruf zu einem Vollzeitberuf (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Dagegen bin ich!*), und ich glaube, das österreichische Volk ... (*Abg. Dr. König: Weil Sie die Geschäftsordnung mißbrauchen!*)

Wenn Sie es als einen Mißbrauch der Geschäftsordnung ansehen, daß wir über Themen, die das Schicksal dieses Staates bestimmen, ernsthaft diskutieren, dann glaube ich, entlarven Sie Ihre Haltung zur Demokratie! (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Aber Demokratie ist das nicht!*) Sagen Sie doch, was Sie beispielsweise gestern getan haben, als Sie dieses Abkommen abgeschlossen haben, das dazu führen wird, daß der Gesetzgeber woanders sitzt.

Aber bitte, die hier gelb angestrichenen Damen und Herren beziehen öffentliche Einkünfte, und die sollen doch einmal sagen, wie ihr Alltag aussieht, wie sie zwei, drei, vier derart verantwortungsvoller Posten unter einen Hut bekommen. Das Geld dafür einstecken ist leicht. Solche öffentlich Bedienstete gibt es ja auch im Bereich der FPÖ: die Abgeordneten Moser, Frischenschlager, Partik-Pablé, Schweitzer, Gratzner, Praxmarer. Beziehen Sie Ihr Einkommen oder beziehen Sie es nicht daneben? Machen Sie einen Fulltimejob wie alle anderen Österreicherinnen und Österreicher oder nicht?

Und wir von den Grünen? Wir von den Grünen sind bereits mit gutem Beispiel vorangegangen, wir haben auch öffentlich Bedienstete in unseren Reihen, die keinen Schilling von diesen ihren öffentlichen Bezügen für sich beanspruchen und einstecken. — Danke schön. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Dr. Haider: Wieviel hat der Voggenhuber Abfertigung kassiert?*) 18.40

Präsident Dr. **Lichal**: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Scheibner.

18.40

Abgeordneter **Scheibner** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur ein Wort zu Ihnen, Frau Klubobfrau Petrovic, weil mehr, glaube ich, sollte ich Ihnen hier nicht widmen: In der FPÖ gibt es selbstverständlich öffentlich Bedienstete, es gibt, glaube ich, kein Berufsverbot für diese Berufsklasse. Aber seien Sie versichert,

Scheibner

daß in der FPÖ kein arbeitsloses Einkommen in Anspruch genommen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Kollege Nowotny! Wachen Sie auf! Sie haben heute wieder in Ihrer Rede den Pfründeschungel verteidigt, von dem Ihre Partei und Ihr Lager seit Jahrzehnten wunderbar profitierten. *(Abg. Marizzi: Lesen Sie den „Trend“!)* Wir hätten uns erwartet, daß Sie wenigstens zugeben, daß es das gibt, daß Sie wenigstens so tun, als ob Sie gegen die Privilegien auftreten würden. Sie haben wie üblich in die unterste Schublade gegriffen und Ihre Privilegienritter verteidigt. Machen Sie nur so weiter! Der Wähler wird Ihnen die Rechnung dafür präsentieren! *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Nowotny: Sie haben nicht zugehört!)*

Frau Kollegin Korosec! Daß Sie hier auch mitspielen, das enttäuscht mich eigentlich sehr. Sie und auch Ihr Herr Parteiobmann haben hier angekündigt, großartige Programmatiken zum Abbau der Privilegien im Sozialversicherungsbereich vorzulegen. Diese Punkte haben wir in unser Volksbegehren miteinbezogen. Die Realität sieht leider anders aus! Wenn wir bei Ihnen die Nagelprobe machen, fallen Sie wieder um und zeigen, daß Sie nur weiterhin der Blinddarm der Sozialisten in diesem Parlament und in Österreich sind! *(Beifall bei der FPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich merke schon, daß Sie das nervös macht, denn nach einem ruhigen Tag meldet sich jetzt plötzlich wieder heftig die Opposition zu Wort! *(Abg. Marizzi hebt das Titelbild des „Trend“ in die Höhe, auf dem Abg. Haider abgebildet ist.)* Herr Kollege Marizzi! Das ist ein wunderbares Bild, wir danken dem „Trend“, daß unser Parteiobmann einen Monat lang in allen Kiosken zu sehen ist, das ist eine wunderbare Werbung. *(Abg. Marizzi: Was steht darunter? Schauen Sie sich das an!)*

Meine Damen und Herren! Wir haben seit 1986 vehement gegen die Privilegien, gegen dieses Raubrittertum im öffentlichen und im politischen Bereich gekämpft. Wir haben 1987 ein sehr erfolgreiches Volksbegehren zum Privilegienabbau gemacht. Sie von den Regierungsparteien haben eine ganze Reihe von Versprechungen gemacht, was Sie im Privilegienbereich reformieren, was Sie ändern werden. Nichts ist passiert. Kein einziger wichtiger Punkt ist reformiert worden. Deshalb sehen wir uns gezwungen, das zweite Privilegien-Volksbegehren einzubringen und zu eröffnen, damit Sie wieder einmal gezwungen sind, der Öffentlichkeit, den Steuerzahlern Rechenschaft abzulegen über die Gelder, die Sie in Ihrem Bereich verschwenden.

Meine Damen und Herren! Nach sechs Jahren Privilegiendebatte gibt es noch immer keine Ob-

jektivierung in der Posten- und Wohnungsvergabe, gibt es noch immer keine Unvereinbarkeit zwischen Nationalratsmandat und Regierungsfunktion. *(Abg. Wolf: Schaut einmal bei euch in der Partei!)* Was ist denn mit Herrn Staatssekretär Ditz, der hier jetzt Platz genommen hat? Finden Sie Mandatarsfunktion und Regierungsfunktion vereinbar? Unserem Demokratieverständnis widerspricht das absolut. *(Beifall bei der FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Marizzi.)*

Herr Kollege Maderthaler! Wo ist er? — Er hat angekündigt, eine Kammerreform zu machen, und gleichzeitig sagt er, drei, vier, fünf, sechs Posten nebenbei seien durchaus zu vereinbaren, und das solle auch ordentlich bezahlt werden.

Meine Damen und Herren! Wir haben den Grundsatz, eine bezahlte politische Funktion muß ausreichen, denn nur so kann der Politiker auch eine entsprechende Leistung bringen. Da wird halt auch ein Herr Kammerpräsident Maderthaler unglaublich, wenn er dann meint, daß diese Ämterkumulierung durchaus positiv ist.

Im Sozialversicherungsbereich — Klubobmann Haider hat es schon gesagt — ist das Sozialsystem nicht mehr finanzierbar. Sie sprechen von Beitragserhöhungen und wollen auf Kosten der Sozialversicherten wieder Ihre Tintenburgen behalten und für die Zukunft sichern.

Meine Damen und Herren! Das ist unserer Meinung nach ein modernes Raubrittertum, das wir selbstverständlich nicht akzeptieren werden. Deshalb haben wir unser Volksbegehren eingebracht, mit dem wir uns vor allem um die Nationalbank, um den Bereich der Sozialversicherung und auch um den Abbau der Politikerprivilegien kümmern.

Frau Kollegin Korosec! Selbstverständlich soll der Politiker ordentlich bezahlt werden. Selbstverständlich brauchen wir gute Leute in der Politik — aber keine ungerechtfertigten Bezahlungen. Es soll eine Funktionsentschädigung für die Zeit seiner Tätigkeit in der politischen Funktion sein, aber Sie können dem Bürger nicht erklären, wie eine hohe Abfertigung — höher als bei den ASVG-Versicherten, bei den „normalen“ Angestellten und Arbeitnehmern — und eine Pensionsregelung, die ihn massiv bevorzugt, zu rechtfertigen sind. Das sind die Dinge, die wir abschaffen wollen. Für gute Leistung soll man gut bezahlt werden, aber ungerechtfertigte Privilegien sollen der Vergangenheit angehören. Dafür werden wir kämpfen, und da werden wir Sie nicht aus der Ziehung lassen. *(Beifall bei der FPÖ.) 18.44*

Präsident Dr. Lichal: Die nächste auf der Rednerliste ist Frau Abgeordnete Eleonora Hostasch. Bitte, Frau Abgeordnete. *(Abg. Kraft: Wie war das wirklich mit den 500 000? — Abg. Marizzi:*

Präsident Dr. Lichal

Das war ein Ruhegeld? — Abg. Kraft: Waren das öffentliche Gelder oder private Gelder von Haider? — Weitere Zwischenrufe.)

18.44

Abgeordnete Eleonora **Hostasch** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Scheibner! Vielleicht ist es nicht Ihre Art, Politik zu machen. Unsere ist es auf jeden Fall nicht, scheinheilig etwas vorzugeben, was wir nicht tun (*Beifall bei SPÖ und ÖVP*), sondern wir prüfen, wir bewerten, wir entscheiden, und dann stehen wir zu unseren Entscheidungen, zu denen wir uns auch bekennen können, weil sie sachlich richtig sind. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich auf die meiner Meinung nach nicht sehr qualifizierten und zum Teil auch polemischen Angriffe eingehen und doch mit einigen Sachargumenten zur Sozialversicherung einiges aufklären, was in der öffentlichen Diskussion viel zuwenig bekannt ist, und von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren der Freiheitlichen Partei, auch immer verzerrt und falsch dargestellt wird.

Sie beklagen die hohen Kosten des Verwaltungsapparates. Wenn Sie diesen mit anderen Industrieländern vergleichen, dann stellen Sie fest, daß er bei uns in Österreich weit unter dem Durchschnitt vergleichbarer Länder liegt. Mit 2,7 Prozent der Gesamtausgaben liegt die österreichische Sozialversicherung weit unter dem von privaten Versicherungsanstalten, aber auch unter dem der Schweiz, denn diese hat zum Beispiel einen Kostensatz in der Höhe von 12 Prozent! (*Abg. Scheibner: 13. und 14. Monatsgehalt für Funktionäre! — Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Hören Sie sich das bitte an, auch wenn Ihnen diese Argumentation nicht recht ist, aber es sind Zahlen, die wir beweisen können und die auch Sie nachlesen können, wenn Sie dazu willens sind. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es werden die hohen Aufwendungen der Selbstverwaltung beklagt. Ich glaube, Sie wissen nicht, von welchen Aufwendungen Sie reden. Es sind Aufwendungen in der Höhe von 0,02 Prozent des Gesamtaufwandes. Die Kosten der Selbstverwaltung erreichen also Promillegröße! (*Abg. Dr. Haider: Das sagt selbst Staatssekretär Stummvoll, daß das zusammengelegt werden muß! 8,7 Millionen sind zuviel! — Weitere heftige Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Legen Sie Herrn Staatssekretär Stummvoll nicht Worte in den Mund, die er nicht verwendet hat. Nehmen Sie die Zahlen so, wie sie sind und

wie sie nachzulesen und zu beweisen sind. (*Abg. Dr. Haider: Sie wollen nichts ändern, nicht?*)

Ich wage zu behaupten, daß Sie nicht sagen können, daß 34 000 S pro Monat Aufwandsentschädigung für den Präsidenten des Hauptverbandes, der persönlich für ein Gebahrungsvolumen von 300 Milliarden Schilling verantwortlich ist, der hohe Qualifikation benötigt, um dieser Verantwortung nachzukommen, ein Privileg sind. (*Abg. Dr. Haider: Wozu hat der denn einen Generaldirektor?*) Ich möchte nicht wissen, welche Forderungen Sie für die Privatwirtschaft stellen würden, wenn jemand diese Verantwortung zu übernehmen hätte, die Herr Dr. Leutner zum Beispiel als Präsident des Hauptverbandes hat. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die Versichertenvertreter, die sich permanent mit der komplizierten Materie der Sozialversicherung auseinanderzusetzen haben, bekommen als Mittler zwischen den Versicherten und den Sozialversicherungsträgern eine geringfügige Aufwandsentschädigung in der Höhe von 440 S pro Sitzung. — Die Sitzungen sind zweimal im Jahr. Das ist ein minimales Äquivalent für die Art des individuellen Einsatzes, für den Idealismus, den man hierfür braucht. Aber ich glaube, Idealismus ist kein Begriff, der Ihnen geläufig ist. Uns ist er geläufig. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der FPÖ! Ich kann mir vorstellen, daß Ihr Verhältnis zur Sozialversicherung gestört ist, und ich kann mir auch vorstellen, daß Ihr Verhältnis zur Selbstverwaltung gestört ist, denn beides sind Institutionen einer Demokratie, auf die wir stolz sind. Denn gerade die Selbstverwaltung ist ein urdemokratisches Modell, bei dem eben jene, die die Mittel in die Versicherungsträger einbringen, auch mitbestimmen und mitentscheiden. (*Abg. Dr. Haider: Ich habe noch nie einen Versicherungsvertreter mitwählen dürfen, wir zahlen!*) Die Schwächung der Selbstverwaltung würde mehr Staat bedeuten und würde bedeuten, die Verantwortung und Entscheidung auf einige wenige zu übertragen. Wir kennen noch jene Zeiten, in denen die Selbstverwaltung ausgeschaltet wurde, in denen Gewerkschaften diskriminiert, verboten wurden. Das waren jene Zeiten, die wir nicht wieder zurückhaben wollen! (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) 18.49

Präsident: Ich erteile nunmehr Herrn Abgeordneten Dr. Feurstein das Wort.

18.50

Abgeordneter Dr. **Feurstein** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Diese heutige Diskussion wurde über weite Strecken nicht zum Thema „Privilegien“ geführt, da viele das Bedürfnis hatten, ihren Neidkomplex wieder einmal abzureagieren.

Dr. Feurstein

Herr Abgeordneter Scheibner! (*Abg. Dkfm. Holger Bauer: Kollege Nowotny!*) Es ist falsch, wenn Sie hier behauptet haben, Staatssekretär Ditz würde ein Gehalt als Nationalratsabgeordneter beziehen. Er bekommt kein Gehalt als Nationalratsabgeordneter, sondern er bezieht lediglich (*Abg. Dr. Haider: Das hat er nicht gesagt!*) sein Gehalt als Staatssekretär. Sein Gehalt als Abgeordneter ruht, und das ist hier einmal festzustellen. (*Zwischenrufe.*)

Was die Abgeordneten der Grünen betrifft, die natürlich auch den Neidkomplex ansprechen — Frau Abgeordnete Petrovic und andere grüne Abgeordnete —, die eine Funktion als Beamte oder öffentlich Bedienstete innehaben, ist es zwar richtig, daß sie ihr Gehalt nicht für sich verwenden, aber der Steuerzahler hat dieses Geld trotzdem zu bezahlen. (*Abg. Mag. Terezija Stoisits: Nein!*) Sicher! Der Steuerzahler bezahlt es, und Sie verwenden es für andere Zwecke. Anstatt korrekt zu informieren, schüren auch Sie immer wieder nur den Neidkomplex, meine Damen und Herren. (*Abg. Dr. Madeleine Petrovic: Sie sind schlecht informiert!* — *Abg. Mag. Terezija Stoisits: Wieviel kriegen Sie als Landesbeamter?* — *Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Ich sage noch einmal: Das beste Mittel gegen Privilegien ist die Privatisierung. Selbst Sie von der FPÖ wissen, daß es FPÖ-Vertreter gibt, die wenn sie zum Beispiel in der Nationalbank in Funktionen kommen, sehr wohl bei solchen Dingen mitbestimmen, die dann unsere Kritik erzeugen.

Mein Vorschlag: stärker zu privatisieren. Daher fordern wir heute wiederum, im Bereich der verstaatlichten Industrie und im Bereich der Austrian Industries zu privatisieren, denn dann werden wir solche Dinge nicht mehr zu diskutieren haben. (*Zwischenruf der Abg. Klara Motter.*)

Frau Abgeordnete Motter! Sie können nicht bestreiten, daß Vizepräsident Rüschi mitgestimmt hat. (*Abg. Mag. Karin Praxmarer: Und Sie als Landesbeamter, beziehen Sie Gehalt oder nicht?*) Ich stelle das nur fest, mehr nicht.

Wir müssen daher unseren Worten Taten folgen lassen. Die Frau Abgeordnete Korosec hat bereits darauf verwiesen, daß das 10-Punkte-Programm von Vizekanzler Busek Taten aufzeigt. Auf einzelnen Gebieten haben wir Erfolge gehabt, verschiedene Dinge sind schon geändert worden.

Ich erinnere nur an die Pensionen der Funktionäre im Bereich der Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger, die abgeschafft worden sind. Ich erinnere auch daran, daß es zu einer Verringerung der Anzahl der Mitglieder in den Hauptversammlungen und anderer Gremien der Sozial-

versicherungsträger kommen soll. Das sind sicherlich keine großen Einsparungen, aber es sind Zeichen, die aufzeigen, wo Geld eingespart werden kann. Es wird aber noch weitere solche Maßnahmen geben, meine Damen und Herren, bei denen wir Einsparungen vornehmen werden.

Das, was der Rechnungshof immer wieder festgestellt hat, nämlich unkorrektes Verhalten von Funktionären, haben wir abzustellen. Das ist unsere Aufgabe! Und es wäre mein Wunsch, daß uns bei jeder solchen Gelegenheit alle unterstützen. Ich stelle immer wieder fest, daß man nur auf den anderen schaut, aber sich selbst völlig vergißt. (*Abg. Mag. Karin Praxmarer: Sind Sie Landesbeamter oder nicht?*)

Ich spreche jetzt auch nicht davon, was in dieser Woche im „Trend“ steht: „Die Millionen der FPÖ: Wer finanziert Jörg Haider?“ Es steht aber auch drinnen — ich kann es nicht nachprüfen, ob es stimmt —: „Seit 1986 verdreifachte die FPÖ die Budgets der Bundes- und Landesfraktionen der Blauen.“ (*Heftige Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Der „Trend“ sagt, woher das Geld kommt.

Ich möchte aber gar nicht darüber reden und werde daher auch nicht darauf eingehen (*Abg. Ing. Meischberger: Wollen Sie das auch nicht?*), aber ich stelle fest, daß so etwas hier drinnen steht.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß meiner Ausführungen: Herr Dr. Haider! Trotz aller guten Ansätze, die zum Teil im Antrag der FPÖ vom 8. Juli enthalten sind, können wir diesem Antrag nicht zustimmen, denn er enthält auch einen Schritt, der nur noch mehr Privilegien schaffen würde. Herr Dr. Haider! Wenn Sie der Meinung sind, die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung sollte aufgelöst werden und die gesamte Sozialversicherung sollte dem Sozialminister unterstellt werden, dann werden Sie damit keine Verbesserung erreichen, sondern nur die Selbständigkeit einschränken. Und das wäre ein Weg, der sicher nur dazu beitragen würde, neue Privilegien zu ermöglichen. Einen solchen Weg, wie Sie ihn vorgeschlagen haben, können wir sicher nicht mitgehen, den lehnen wir strikt ab. (*Beifall bei der ÖVP.*) 18.54

Präsident: Als nächste gelangt Frau Abgeordnete Stoisits zu Wort. Ich erteile ihr dieses.

18.55

Abgeordnete Mag. Terezija Stoisits (Grüne): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Dr. Haider! Ich sehe es durchaus ein, daß Sie sich heute bei Ihrer eigenen Aktuellen Stunde ein bißchen in einer mißlichen Lage befinden. Ich denke etwa an die Gelder für das Freiheitliche Bildungswerk, die für Reisen von FPÖ-Funktionären, Dienstautos und ähnliche Dinge verwen-

Mag. Terezija Stoisits

det wurden. Diese wurden zwar — zugegeben — reumütig zurückgezahlt, aber erst, nachdem das der Rechnungshof aufgedeckt und kritisiert hatte. Und daher würde ich, auf gut österreichisch gesagt, den Mund nicht so voll nehmen, sehr geehrter Herr Dr. Haider. *(Beifall bei den Grünen sowie bei SPÖ und ÖVP.)*

Ich würde an Ihrer Stelle den Mund nicht so voll nehmen, trotz aller Kritik, die ich auch teile, wenn es um die Nationalbank geht *(Abg. Dr. Haider: Da haben Sie wieder einen Gutpunkt bei den Sozialisten!)*, denn Ihr Mitglied in der Nationalbank hat über Jahre hindurch mitgestimmt und alles gewußt. Warum haben Sie sich als Obmann nicht vorinformieren lassen und bereits seit Jahren diesen Privilegienwucher aufgedeckt? Das ist primär meine Frage und die haben Sie hier unbeantwortet gelassen.

Meine Damen und Herren! Wenn es in der heutigen Aktuellen Stunde um Privilegien geht, und das Thema ist ja nicht näher spezifiziert, dann, habe ich mir gedacht, wird es wohl ein Anliegen aller Kolleginnen und Kollegen sein, einen Succus und einen Schluß aus dieser Diskussion zu ziehen, der auch von der Öffentlichkeit positiv aufgenommen wird.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir kurz ausgerechnet, daß zirka 18 Millionen Schilling im Jahr an Gehältern und Bezügen in diesem Haus von Menschen aus dem Steuertopf als arbeitsloses Einkommen bezogen werden. Dieses arbeitslose Einkommen beziehen all jene, die das unsagbare Privileg genießen, eine Funktion als öffentlich Bediensteter oder als Angestellter einer öffentlichen Körperschaft mit Pflichtmitgliedschaft zu haben. Ich bin aber der Meinung, daß diese Leute auch nicht mehr tun können, wie meine Frau Kollegin Petrovic, die als Parlamentarierin Tag und Nacht unterwegs und tätig ist, um ihr Mandat auszufüllen.

Meine Damen und Herren! Als öffentlich Bedienstete bekommen Sie 18 Millionen Schilling im Jahr, können aber auch nicht gleichzeitig auf zwei Kirtagen tanzen. Das heißt, entweder sind Sie Mandatar und nehmen dieses auch ernst, oder Sie sind kein Mandatar. Es klagen ja alle über den Sitzungswucher, über die zahlreichen Ausschusssitzungen und über die Hunderten Gesetze, die auf uns zukommen. Ich frage mich, wie machen Sie das?

Darum meine ich, daß es doch ein Erfolg der heutigen Aktuellen Stunde wäre, wenn wir uns darauf einigen könnten, daß dieses Privileg, das zirka 70 Abgeordnete dieses Hauses haben, vorerst kritisch hinterfragt, aber später auch schlicht und einfach abgeschafft wird.

Die Kollegin Petrovic, meine Wenigkeit und andere Mitglieder meiner Fraktion haben es Ihnen ja vorgeführt, wie es funktioniert. Ich bin auch öffentlich Bedienstete und beziehe keinen Schilling aus meiner Tätigkeit, weil ich als Mandatarin ohnehin ein ordentliches Gehalt bekomme. Es geht in die Zigtausende Schilling, und ich kann nur sagen, die österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler würden sich ganz schön wundern, wüßten sie, wie viele Mann- und Frauenstunden hier versessen werden.

Meine Damen und Herren! Hinsichtlich dieser 18 Millionen Schilling im Jahr fordere ich jeden auf, still in sich zu gehen, zu überlegen und sich dann dem Vorschlag der grünen Fraktion anzuschließen, denn so könnte eine gemeinsame Initiative zur Abschaffung dieses Privilegs gesetzt werden, das durch nichts zu rechtfertigen ist, vor allem aber jenen Österreicherinnen und Österreichern absolut nicht vermittelbar ist, von denen Sie sagen, sie seien politikmüde, hätten kein Vertrauen zu Politikerinnen und Politikern. Ich kann dazu nur sagen, bei diesen 18 Millionen, die im Jahr an Sie alle verschwendet werden, wundere ich mich nicht darüber. *(Beifall bei den Grünen.)*
19.00

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Schweitzer. Ich erteile ihm das Wort.

19.00

Abgeordneter Mag. **Schweitzer** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollegin Stoisits hat vergessen daß auch in den Reihen der Grünen zwei Kollegen sitzen, denen es bis heute nicht gelungen ist, auf ihr arbeitsloses Einkommen zu verzichten, und das sind die Herren Kollegen Wabl und Anschöber. Und das trifft auch auf die Lehrer in den Reihen der Freiheitlichen Partei zu! Das sollte man nicht vergessen *(Beifall bei der FPÖ)*, wenn man die einen verurteilt und über die anderen schweigt, meine beiden Kolleginnen von der grünen Fraktion!

Nun aber noch, bevor ich zu etwas Erfreulichem komme, ein paar Schmankerln aus der Österreichischen Nationalbank. Diese Österreichische Nationalbank besitzt 800 Wohnungen in Wien und vermietet sie an ihre Angestellten um einen Quadratmeterpreis in der Höhe von 15 S — man höre: 15 S! — bei einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis für Mieten von etwa 100 S. Es gibt zum Beispiel einen OeNB-Arzt, der ein Einkommen in der Höhe von 2,3 Millionen Schilling bezieht und in einer solchen Wohnung wohnt. Es gibt einen Herrn Direktor Mündl mit einem Einkommen in der Höhe von 4,3 Millionen Schilling mit einer ähnlichen Wohnung in Währing. Und dann gibt es noch einen Herrn Direktor Berger mit einem Einkommen in der Höhe von 3,7 Millionen Schilling, und dieser zahlt ebenfalls 15 S für einen Quadratmeter seiner Wohnung, die er

Mag. Schweitzer

in Wien-Mauer besitzt. Am Rande sei erwähnt, es gibt in Wien auch noch einen Gerd Bacher, der für eine 150-Quadratmeter-Wohnung in Schönbrunn einen Friedenszins in der Höhe von 350 S bezahlt. Ich glaube, das sind wunderbare Beispiele, die aufzeigen, daß noch einiges an Privilegien zu beseitigen ist.

Aber nun zu etwas Erfreulicherem, meine Damen und Herren! Diese Aktuelle Stunde bietet eine willkommene Gelegenheit, das Anti-Privilegien-Volksbegehren der burgenländischen FPÖ anzusprechen. Aufgrund dieses Volksbegehrens ist es der burgenländischen FPÖ heuer gelungen, gemeinsam mit ÖVP und SPÖ ein neues Bezügegesetz durchzusetzen, ein Bezügegesetz, das, wie ich meine, für alle anderen österreichischen Bundesländer vorbildlich sein könnte, das aber auch auf Bundesebene Vorbildwirkung haben könnte.

Dieses Bezügegesetz bringt im konkreten die Abschaffung der Politikerabfertigungen und der Politikerpensionen, die bisher ein Ausmaß bis zu 55 000 S monatlich erreicht haben. All das wird nun mittels einer Übergangsregelung ab 1996 abgeschafft. Dieses neue Bezügegesetz, das auf Initiative der FPÖ zustande gekommen ist, beseitigt die Reisekostenpauschalen für Regierungsmitglieder, die pro Monat bis zu 21 000 S bezogen haben, trotz Dienstwagen und Chauffeur. Auch dieses Reisekostenpauschale wird in Hinkunft abgeschafft sein.

Kollegin Stoitsits und Kollegin Petrovic! Ich wünsche mir jetzt Ihre Aufmerksamkeit. Dieses Bezügegesetz beseitigt zur Gänze auch arbeitsloses Einkommen dienstfrei gestellter Beamter. Für Landtagspräsidenten Dax von der ÖVP und Landtagspräsidenten Frasz von der SPÖ waren das immerhin bis zu 40 000 S pro Monat.

Weiters sieht dieses Bezügegesetz vor, daß aus Mehrfacheinkommen ein maximaler Betrag in der Höhe von 85 000 S brutto bezogen werden darf.

Meine Damen und Herren! Nun gilt es, diesen Modellentwurf für den Abbau von Politikerprivilegien österreichweit, also auf Ebene der Bundesländer und auch auf Bundesebene, durchzusetzen. Ich glaube, dieses Modell ist zur Nachahmung empfehlenswert. So sieht Privilegienabbau à la FPÖ aus! *(Beifall bei der FPÖ.) 19.04*

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Die Debatte ist geschlossen. Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich folgenden Ausschüssen zu:

dem Bautenausschuß:

Antrag 392/A (E) der Abgeordneten Anschöber und Genossen betreffend Pyhrn Autobahn;

dem Finanzausschuß:

Antrag 393/A der Abgeordneten Dr. Haider und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Nationalbank-Gesetz geändert wird;

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Antrag 394/A der Abgeordneten Schwarzenberger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz geändert wird;

dem Ausschuß für Arbeit und Soziales:

Antrag 395/A (E) der Abgeordneten Edeltraud Gatterer und Genossen betreffend Schaffung eines arbeitsfreien Landesfeiertages für Kärnten,

Antrag 396/A (E) der Abgeordneten Leikam und Genossen betreffend Landesfeiertag in Kärnten am 10. Oktober;

dem Handelsausschuß:

Antrag 397/A (E) der Abgeordneten Mag. Bar Müller und Genossen betreffend Erstellung einer Detailstudie über eine industrielle Produktion von Photovoltaikanlagen.

Den eingelangten Bericht des Rechnungshofes

über Wahrnehmungen hinsichtlich der AIDS-Maßnahmen des BKA-Gesundheit sowie hinsichtlich der dem Verein „Österreichische AIDS-Hilfe“ zur Verfügung gestellten Mittel des Bundes und über Wahrnehmungen betreffend die Gebarung der Elin Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie, Wien (III-94 der Beilagen)

weise ich dem Rechnungshofausschuß zu.

Absehen von der 24stündigen Aufliegefrist

Präsident: Um nunmehr den Bericht des Finanzausschusses über die Anträge 387/A der Abgeordneten Schwarzenberger, Wolf und Genossen sowie 391/A der Abgeordneten Mag. Schreiner und Genossen, jeweils betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfonds-Gesetz geändert wird (664 der Beilagen) in Verhandlung nehmen zu können, ist es gemäß § 44 Absatz 2 der Geschäftsordnung erforderlich, von der 24stündigen Aufliegefrist für den Ausschußbericht Abstand zu nehmen.

Präsident

Ich bitte jene Damen und Herren, die der Abstandnahme von der Auflegefrist für diesen Ausschußbericht ihre Zustimmung geben — dafür ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich —, um ein entsprechendes Zeichen. — Der Antrag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen. Damit können wir von der Auflegefrist Abstand nehmen.

Bericht des Finanzausschusses über den Antrag 387/A der Abgeordneten Schwarzenberger, Wolf und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1986 geändert wird, sowie über den Antrag 391/A der Abgeordneten Mag. Schreiner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1986 geändert wird (664 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen daher in die Tagesordnung ein und gelangen zu folgendem Punkt: Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz geändert wird.

Berichterstatte r ist Herr Abgeordneter Dr. König. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichterstatte r Dkfm. DDr. **König:** Herr Präsident! Hohes Haus! Durch die vorliegende Novelle zum Katastrophenfondsgesetz 1986 soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, daß die Mittel, die die Länder selbst in Wahrnehmung ihrer Kompetenz zur Hilfestellung an die unmittelbar durch die Dürrekatastrophe in der Landwirtschaft Geschädigten zur Verfügung stellen, erheblich durch Mittel aus dem Katastrophenfonds aufgestockt werden können. Die bisherige Vorgangsweise der Abwicklung der Schäden im selbständigen Wirkungsbereich der Länder hat sich bei der Abwicklung der Hochwasserschäden bereits seit Jahrzehnten bestens bewährt und soll beibehalten werden.

Weiters haben die Abgeordneten Mag. Schreiner und Genossen am selben Tag den Antrag 391/A eingebracht.

Der Finanzausschuß hat die gegenständlichen Initiativanträge in seiner Sitzung am 23. September 1992 in Verhandlung genommen. In der Debatte ergriffen außer dem Berichterstatte r die Abgeordneten Schwarzenberger, Wolf, Mag. Schreiner, Wabl, Alois Huber, Dipl.-Ing. Riegler, Schwarzböck, Dipl.-Ing. Kaiser und Achs sowie Staatssekretär Dr. Ditz das Wort.

Die Abgeordneten Schwarzenberger und Wolf brachten einen Abänderungsantrag ein.

Der Abgeordnete Wabl legte einen Entschließungsantrag vor, der nicht die Zustimmung der Ausschußmehrheit fand.

Bei der Abstimmung wurde der Initiativantrag 387/A in der Fassung des oben erwähnten Abänderungsantrages einstimmig angenommen. Der Antrag 391/A gilt als miterledigt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem Ausschußbericht die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte fortzusetzen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatte r für seine Ausführungen.

Redezeitbeschränkung

Präsident: Bevor ich dem ersten gemeldeten Redner das Wort erteile, gebe ich bekannt, daß mir ein Dreiparteienantrag der Abgeordneten Dr. Fuhrmann, Dr. Neisser und Dr. Haider vorliegt, der darauf abzielt, die Redezeit eines jeden Abgeordneten auf 15 Minuten zu begrenzen, mit Ausnahme der Erstredner.

Ich lasse sogleich über diesen Dreiparteienantrag abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag Folge leisten wollen, um ein Zeichen. — Das ist mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß den Bestimmungen des § 57 Abs. 4 der Geschäftsordnung die Erstredner eine Redezeit von 20 Minuten zur Verfügung haben.

Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Schwarzenberger. Ich erteile es ihm.

19.10

Abgeordneter Schwarzenberger (ÖVP): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Hohes Haus! Die katastrophale Dürre in weiten Teilen Österreichs im Sommer dieses Jahres hat in der Land- und Forstwirtschaft zu Schäden geführt, die existenzgefährdende Ausmaße erreichten. Das Ausmaß dieser Dürrekatastrophe in den einzelnen Teilen unseres Landes war die direkte Folge der fehlenden Niederschläge in diesem Jahr. So gab es in den Sommermonaten im Wiener Becken, im Weinviertel, in der Oststeiermark, im Südburgenland und im Klagenfurter Becken nur 40 bis 90 mm Gesamtniederschlag. Aber auch im Mühlviertel, im Waldviertel und im Grazer Becken waren es nur knapp über 100 mm Niederschlag.

Das durch das Landwirtschaftsministerium festgestellte Schadensausmaß beträgt im Grünlandbereich — dies war eine Momentaufnahme in der letzten Augustwoche — 4,8 Milliarden Schilling, bei Mais 2,1 Milliarden Schilling sowie bei Alternativfrüchten, Kartoffeln und Zuckerrüben mehr als 1 Milliarde Schilling. Schäden bei mehr-

Schwarzenberger

jährigen Kulturen, wie etwa bei Wein und Obst, sowie in der Forstwirtschaft sind derzeit nicht abschätzbar.

Die bäuerlichen Interessenvertreter haben deshalb bereits anfangs August eine Entschädigungslösung gemäß dem Katastrophenfondsgesetz verlangt. Nach den geltenden Bestimmungen des Katastrophenfondsgesetzes kann der Bund den Ländern eine finanzielle Hilfestellung für Beihilfen an Geschädigte nur bei außergewöhnlichen Schäden, verursacht durch jene Arten von Naturkatastrophen, die im Katastrophenfondsgesetz taxativ aufgezählt sind, gewähren. Dort sind insbesondere Hochwasserschäden, Vermurungen, Orkan, Bergstürze und so weiter erwähnt.

Einbußen in der Landwirtschaft, die durch außergewöhnliche Trockenheit entstanden sind, waren nach den bisherigen Bestimmungen des Katastrophenfondsgesetzes leider nicht entschädigbar. Aufgrund der katastrophalen Dürre dieses Sommers hat die Landwirtschaft österreichweit Schäden erlitten, die in ihrem Ausmaß weit über das normale Unternehmensrisiko hinausgegangen sind. Durch die nun vorliegende Novelle zum Katastrophenfondsgesetz soll daher die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, daß auch solche Schäden aus Mitteln des Katastrophenfonds abgegolten werden können. *(Präsidentin Dr. Heide Schmidt übernimmt den Vorsitz.)*

Die bisherige Vorgangsweise der Abwicklung der Schäden im selbständigen Wirkungsbereich der Länder sollte beibehalten werden, weil sie sich in der Vergangenheit auch bei anderwärtigen Katastrophenschäden bewährt hat.

Mit der Änderung des Katastrophenfondsgesetzes und mit der in der Novelle vorgesehenen raschen Abwicklung — auch das ist wichtig, denn wer rasch hilft, hilft doppelt — hat man Vorsorge getroffen, daß den betroffenen Bauern sehr rasch Hilfe geleistet werden kann. Ich bedaure deshalb, daß es einige grün-alternative Abgeordnete abgelehnt haben, von der 24stündigen Auflagefrist abzusehen. Die Folge wäre gewesen, daß die Novelle in dieser Woche nicht mehr hätte beschlossen werden können, sondern erst bei der nächsten Sitzung Mitte Oktober. Und das hätte wieder eine Verzögerung von mehr als drei Wochen bei der Auszahlung der Gelder verursacht.

Bei der Beschlußfassung des Katastrophenfondsgesetzes in den sechziger Jahren lautete vor allem ein Argument, daß bei Trockenschäden schwierige Abschätzungsmöglichkeiten vorhanden sind, weil es natürlich sehr unterschiedliche Niederschlagsgebiete in Österreich gibt. Das war die eigentliche Ursache, warum man damals in den sechziger Jahren bei der Beschlußfassung des Katastrophenfondsgesetzes die Dürreschäden nicht verankerte.

Nun wurde aber eine entsprechende Regelung getroffen. Bis zu 30 Prozent der Schäden werden nicht vergütet beziehungsweise nicht erhoben, weil es selbstverständlich auch natürliche Ernteschwankungen gibt. Darüber hinaus wird ein Mindestschadenausmaß von 5 000 S pro Betrieb herangezogen. Schäden unter 5 000 S werden auch nach der Novellierung nicht abgegolten.

Wir wissen auch, daß Schäden im Weinbau nicht unter das Katastrophenfondsgesetz fallen. Trotzdem wurde eine Regelung gefunden, wonach wir aus Mitteln des Landwirtschaftsministeriums eine Notleseaktion durchführen. Sie hat bereits vor etwa einer Woche begonnen, nachdem sich Bund und Länder ebenfalls auf eine gemeinsame Entschädigung einigen konnten.

Darüber hinaus gibt es aber weitere Aktionen, wie etwa — ich möchte das erwähnen — eine Futtergetreideverbilligungsaktion, wonach rund 100 000 Tonnen verbilligt zur Verfügung gestellt werden, und zwar vor allem jenen Bauern in den Veredelungsbetrieben in den Grünlandgebieten, die aufgrund der Trockenheit wesentliche Mindererträge bei Futter im heurigen Jahr haben. Aber darüber hinaus gibt es auch die Möglichkeit ... *(Abg. Huber: Um wieviel verbilligt?)* Es werden 100 000 Tonnen Futtergetreide um 75 Groschen verbilligt abgegeben. Das bedeutet immerhin dann einen Preis zwischen 2,80 S und 3 S, sodaß der Getreidepreis durchaus mit dem Heupreis vergleichbar ist. Denn der Heupreis hat ebenfalls eine ähnliche Höhe erreicht. *(Abg. Ing. Murer: Die Exporteure kriegen 3 S!)*

Darüber hinaus — Herr Abgeordneter Murer, Sie werden das wahrscheinlich nicht mitbekommen haben — können auch Grünbracheflächen, obwohl die Bauern für die Grünbracheaktion die Prämie erhalten, zur Futtergewinnung herangezogen werden.

Weiters wurden auch Frachtkostenrückvergütungen für den Transport von Futterstroh von den östlichen Bundesländern zu den westlichen Bundesländern mittels Bund- und Länderfinanzierung verankert.

Auch wurde in der vergangenen Woche vom Vorstand der Sozialversicherungsanstalt der Bauern beschlossen, daß besonders stark durch die Dürre geschädigten Bauern die Möglichkeit einer Stundung der Sozialversicherungsbeiträge, und zwar zinsfrei, erhalten sollen.

Das ist sozusagen ein Paket von Maßnahmen, um den durch die Dürre geschädigten Bauern zu helfen. Die Bauern können damit die Solidarität unserer Gesellschaft in Anspruch nehmen.

Es ist uns allerdings klar, daß es vor allem auch in der Forstwirtschaft Folgeschäden geben wird,

Schwarzenberger

die derzeit überhaupt noch nicht abschätzbar sind. In Verbindung mit der Trockenheit gibt es natürlich auch zunehmenden Schädlingsbefall, weil die Bäume, vor allem die Fichten, die Flachwurzler, dann weniger widerstandsfähig sind.

Es ist auch eine Art Folgeschaden, daß im heurigen Jahr eine Rekordanlieferung auf unseren Märkten von den Rinderhaltern erfolgen wird. Wir schätzen im heurigen Jahr eine Marktbeflieferung von 770 000 Rindern, wobei nur etwa 400 000 Rinder in Österreich abgesetzt werden können und wir mit der Rekordzahl von 370 000 Rindern in den Export gehen müssen.

Aber auch im Obstbau wird es Folgeschäden geben, und zwar direkte, aber auch indirekte, denn dadurch, daß sich die Blütenknospen ja bereits in den Monaten Juli und August des Jahres für das nächste Erntejahr bilden, werden wahrscheinlich in vielen Gebieten auch nächstes Jahr sehr schlechte Obsternten zu erwarten sein.

Mit dieser Novelle des Katastrophenfondsgesetzes eröffnen wir immerhin eine Finanzierungsmöglichkeit, sodaß Beträge, die weit über 1 Milliarde hinausgehen werden, sowohl vom Bund als auch von den Ländern herangezogen werden können, um den Bauern wirklich ihre existenzgefährdenden Schäden abzugelten.

Mit dieser Katastrophenfondsgesetz-Novelle haben die Regierungsparteien bewiesen, daß sie auf große Probleme sehr rasch reagieren und sinnvolle Lösungen anbieten können. Meine Fraktion wird deshalb dieser Katastrophenfondsgesetz-Novelle gerne die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.) 19.20*

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wolf. Ich erteile es ihm.

19.21

Abgeordneter Wolf (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Ich kann mich im wesentlichen voll und ganz den Ausführungen meines Vorredners anschließen und möchte zum Ausdruck bringen, daß es diesen Konsens nicht nur innerhalb der Regierungsparteien gab, diese rasche Hilfe gesetzlich anbieten zu können, sondern daß es auch mit den beiden Oppositionsparteien heute im Finanzausschuß diesbezüglich keine Probleme gab und daß ein Konsens quer durch alle Parlamentsfraktionen möglich war, um diese Dürreschäden, die die österreichischen Bauern zum Teil sehr hart getroffen haben, in einigermaßen ansprechender Form abgelden zu können.

Meine Damen und Herren! Aber nicht nur hier im Parlament war ein Konsens möglich, sondern

es war auch ein Konsens zwischen dem Bund und den Bundesländern möglich, die ja einen wesentlichen Beitrag zu dieser Aktion zu leisten haben. Kollege Schwarzenberger hat schon darauf hingewiesen: Der Schlüssel, mit dem diese Abgeltung erfolgen soll, ist 60 Prozent Bundesanteil und 40 Prozent Landesanteil. Und es ist völlig richtig, wie Kollege Schwarzenberger gesagt hat, die ganze Administration wird über die Länder abgewickelt, der Bund wird 60 Prozent der Kosten refundieren.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, gerade diese rasche Lösung bringt gewisse Ausgleichseffekte innerhalb der betroffenen Landwirtschaft, und wir hoffen, daß die Erfassung entsprechend gerecht sein wird und daß mit diesen Maßnahmen das gesteckte Ziel auch erreicht wird.

Wir dürfen dabei nicht übersehen, daß wir gerade für die Weinwirtschaft eine Extralösung zustande gebracht haben — auch ein Konsens zwischen dem Bund und den betroffenen Bundesländern. Insbesondere davon betroffen sind Niederösterreich, das Burgenland und Teile der Steiermark. Hier ist es so, daß wir eine Notleseaktion mitfinanzieren. Das heißt, daß wir für jene, die sich an dieser Aktion beteiligen, pro Hektar 16 000 S zur Auszahlung bringen werden, um die entsprechenden Schritte vorgeben zu können.

Ich darf darüber hinaus feststellen, daß die Bundesregierung außerhalb dieser Gesetzesnovelle bereits Maßnahmen gesetzt hat: die zusätzliche Verbilligung von zirka 100 000 Tonnen Futtergetreide, die Nutzung des Aufwuchses bei Grünbracheflächen — das möchte ich hier ausdrücklich erwähnen — und auch die Vorziehung von 15 000 Rinderexportmöglichkeiten. Ich hoffe, daß die Möglichkeit der Ausschreibung von Rinderexporten, die aufgrund der neuen Marktordnung besteht, auch tatsächlich gefaßt wird. Und ich hoffe, daß der Kollege Kaiser diesbezüglich Verständnis haben wird und alles daransetzen wird, daß auch hier die bestmöglichen Ergebnisse durch diese Vorziehung von 15 000 Rinderexporten ermöglicht werden.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß gerade diese Ernteausfälle auch andere Perspektiven bei der Beurteilung des Problems mit sich bringen. Es ist ja kein Geheimnis, daß eines der großen Probleme bei der Erstellung des Agrarbudgets immer die Finanzierung der agrarischen Überschüsse ist. Diesbezüglich wird es im Rahmen des Agrarbudgets für das Jahr 1992 einen gewissen Spielraum geben, denn insbesondere beim Mais wird es das Überschußproblem nicht oder nur in reduzierter Form geben. Allein in diesem Bereich werden wir pro Tonne rund 2 300 S pro Tag Spielraum haben, die anderweitig eingesetzt werden können, zum Beispiel in Form von

Wolf

Direktzahlungen an die Bauern nach sozialen und regionalen Gesichtspunkten.

Insgesamt möchte ich feststellen: Es ist für uns, für die politisch Verantwortlichen, immer eine schwierige Sache: Haben wir eine gute Ernte, dann wird an den Staat die Hoffnung herangetragen, die Überschüsse zu finanzieren, haben wir einen katastrophalen Ernteausfall, wie es im Jahr 1992 durch die lang anhaltende Trockenheit der Fall ist, dann erwartet man vom Staat, daß er die Ausfälle, die dadurch entstehen, finanziert.

Ich möchte sagen: Insgesamt gesehen soll es unser Ziel sein, systematisch von der Überschußproduktion zu einer marktgerechten Produktion zu kommen. In dem Sinn wären auch die Möglichkeiten, daß die freiwerdenden Budgetmittel, die auf dieser Art und Weise zustande kommen, wie gesagt, in Form von Direktzahlungen an die Bäuerinnen und Bauern weitergeleitet werden können.

Namens der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion kann ich die Zustimmung zur vorliegenden Novelle zum Katastrophenfondsgesetz zum Ausdruck bringen. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)* 19.25

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Als nächster Redner zu Wort kommt Herr Abgeordneter Schreiner. — Bitte.

19.26

Abgeordneter Mag. Schreiner (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ich kann es sehr kurz machen, sehr viel ist von meinen Vorrednern bereits gesagt worden. Auch die freiheitliche Parlamentsfraktion wird dieser Novellierung des Katastrophenfondsgesetzes 1986 zustimmen. Wir glauben auch, daß die Raschheit der Beschlußfassung notwendig war, denn wer rasch hilft, hilft doppelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Dürreschäden des heurigen Sommers sind nach Meinung der Fachleute auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Einige meinen, daß eine europäische Klimaveränderung im Gang ist, weil die Dürreschäden vom Polarkreis bis nach Sizilien und von Westeuropa bis hinein nach Rußland aufgetreten sind. Ich glaube aber — das ist heute im Ausschuß auch schon angesprochen worden —, daß einige Ursachen dafür doch in Österreich liegen, denn man kann wirklich bemerken, daß es zum Beispiel durch gewisse Drainagierungen zu einem Absinken des Grundwasserspiegels gekommen ist und daß damit Dürreschäden provoziert worden sind.

Wenn ich mir manche Gebiete anschau, wo teilweise unter Mitwirkung der Beratung der Landes-Landwirtschaftskammer ein Wegebauprogramm verwirklicht worden ist, das einen sehr

starken Abfluß von Oberflächenwässern verursacht hat, die wiederum keine Möglichkeit der Absickerung in das Erdreich finden konnten, so muß ich sagen, daß wir uns teilweise auch selbst, binnenstaatlich, bei der Nase nehmen müssen. Denn ich glaube, daß wir gewisse Dürreschäden in extremer Form hätten vermeiden können, wenn wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht so sorglos vorgegangen wären.

Ich möchte Ihnen noch eines berichten, was mir Fachleute, Klimatologen, gesagt haben: daß zum Beispiel das Gebiet des unteren Kamptals in Niederösterreich mit rund 250 Millimeter Niederschlag beinahe so wenig Niederschlag gehabt hat wie die Sahelzone. Und das ist wirklich ein Alarmsignal für die Zukunft, und ich begrüße es daher, daß diese Dürreschäden nun als Katastrophe gewertet werden und in das Katastrophenfondsgesetz Eingang finden.

Wir sind heute im Ausschuß mit einem Abänderungsantrag konfrontiert worden, der es erst ermöglicht hat, daß die freiheitliche Fraktion hier zustimmt, er ist nämlich unseren Intentionen insofern entgegengekommen, als man pro Betrieb eine 5 000-S-Grenze für die Entschädigung eingezogen hat. — Sie lag zuerst bei 10 000 S. Uns wäre es lieber gewesen, wir wären überhaupt auf Null Schilling heruntergekommen, weil es nicht einsehbar ist, daß Klein- und Kleinstbetriebe keine Entschädigung bekommen, denn auch für die sollte der Steuertopf des Katastrophenfonds herhalten können.

Es ist schon erwähnt worden, daß die Landwirtschaft mit Ausnahme des Weinbaus in diesem Abänderungsantrag berücksichtigt worden ist. Wir begrüßen es, daß zumindest die forstwirtschaftlichen Jungkulturen Eingang gefunden haben, denn zuerst, beim ursprünglichen Antrag, war die ganze Forstwirtschaft ausgenommen. Diese forstwirtschaftlichen Jungkulturen der Herbstpflanzung 1990 sind natürlich auch betroffen von den Dürreschäden.

Es ist bereits erwähnt worden, daß es beim Weinbau eine Sonderaktion gibt und diese Sonderaktion in eine Notleseaktion mündet und damit verbunden ist.

Herr Staatssekretär! Erlauben Sie mir eine Anmerkung. Ich habe Sie heute im Ausschuß konkret gefragt, ob es bereits möglich sei, die Kosten und natürlich vorher in etwa die Schäden abzuschätzen. Sie haben das glatt mit: Nein, das ist noch zu verfrüht, beantwortet. Herr Staatssekretär! Ich weiß nicht, ob das eine Nachlässigkeit von Ihnen war. Ich möchte wirklich nicht behaupten, das wäre quasi eine Nichtinformation der Opposition oder der Abgeordneten gewesen, denn es lag bereits vor — mir ist heute nachmittag eine Kopie zugegangen — eine Erhebung des Bundesmini-

Mag. Schreiner

steriums für Land- und Forstwirtschaft für den Zeitraum 20. bis 28. August 1992, als sehr wohl bereits 4 Milliarden Schilling an Schäden erhoben waren. Weitere werde noch hinzukommen.

Das heißt, wir hätten heute bereits im Finanzausschuß — das ist ja die Aufgabe eines Finanzausschusses — konkret über eine Größenordnung diskutieren können, und wir hätten dann vielleicht auch substantielle Abänderungsanträge einbringen können, und zwar gemeinsam, denn wir sind alle dafür, daß wir den Dürreschädenopfern helfen. Wir hätten also bereits auch von Zahlen reden können.

Und eines stimmt mich wirklich bedenklich: daß wir heute, obwohl es das im Katastrophenfondsgesetz 1986 nicht gab, einen 30prozentigen Selbstbehalt im Gesetz normieren. Früher war es immer so, daß quasi auf Verhandlungsebene der Selbstbehalt festgelegt wurde. Ich verweise: Bei den Tschernobyltopfern wurden 80 Prozent der Schäden abgegolten, das heißt, da hat es einen Selbstbehalt von 20 Prozent gegeben.

Wir lehnen diese Normierung wirklich ab, und wir haben in einem Abänderungsantrag, den wir dann noch einbringen werden, darauf verwiesen, daß diese Normierung aus dem Gesetz herausgestrichen werden soll. Meine Damen und Herren! Ich glaube wirklich, daß heute eine Vierparteieneinigung darüber hier stattfinden sollte. Wir müssen rasch helfen und aus dem Katastrophenfonds die nötigen Mittel freisetzen.

Ich möchte schlußendlich, bevor ich den Abänderungsantrag verlese, die Zustimmung unserer Fraktion noch einmal unterstreichen. Auch wenn wir im Ausschuß nicht alle Möglichkeiten vorgefunden haben, aufgrund der Raschheit der Beschlußfassung und wegen teilweisen Mangels an Informationen durch Sie, Herr Staatssekretär, stimmen wir der Novellierung dieses Katastrophenfondsgesetzes 1986 zu.

Ich möchte nun zu meinem Abänderungsantrag, den ich hier einbringe, kommen.

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Mag. Schreiner, Huber, Ing. Murer, Anna Elisabeth Aumayr betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1986 geändert wird, in der Fassung des Ausschußberichtes, 664 der Beilagen

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen den nachstehenden

Abänderungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Antrag 387/A der Abgeordneten Schwarzenberger, Wolf und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1986 geändert wird, in der Fassung des Ausschußberichtes, 664 der Beilagen, wird wie folgt geändert:

Im § 4 Z. 7 erster Satz ist nach dem Wort „gewährt“ anstelle des Beistriches ein Punkt zu setzen. Der Halbsatz „sofern bei der Schadensermittlung der Schaden je Fruchtart des Betriebes mit mehr als 30 vom Hundert und insgesamt je Betrieb mit mehr als 5 000 S festgestellt wurde“ entfällt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, daß Sie diesem Abänderungsantrag Ihre Zustimmung geben werden. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)* 19.34

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Der soeben eingebrachte Abänderungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht damit mit in Verhandlung.

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Wabl. Ich erteile es ihm.

19.34

Abgeordneter Wabl (Grüne): Frau Präsidentin! Herr Staatssekretär! Der Herr Landwirtschaftsminister ist leider nicht da. Meine Damen und Herren! *(Abg. Schwarzenberger: Er ist im Finanzausschuß!)* Na geh! Ich weiß schon, daß es hier auch um Geld gegangen ist, aber eigentlich ist es um die Existenz der Bauern und der Landwirtschaft gegangen, und deshalb, Herr Abgeordneter Schwarzenberger, bin ich der Meinung, daß der Landwirtschaftsminister sehr gut hierher gepaßt hätte. Aber gut. Eigentlich geht er mir nur ab, weil ihn für eine andere Geschichte bräuchte.

Meine Damen und Herren! Der vergangene Sommer hat für sehr viel Aufregung gesorgt, und ich war anfangs entsetzt über die Ausritte mancher Personen, die sich sozusagen in Lizitationen ergangen haben: Wer treibt mehr Geld für die Landwirtschaft, wer treibt mehr Geld für die Bauern auf? Es war so wie bei einem Pokerspiel. Der erste sagt: Ich setze 200 Millionen! Der zweite sagt: Ich setze 400! Der nächste sagt: Ich setze 900! Und wieder ein anderer ruft: Ich setze sogar eine Milliarde! So ist das fortgegangen. *(Abg. A c h s: Ist das ein Fehler?)*

Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob die Existenz der Bauern und der Landwirtschaft Opfer oder Mitspieler in einem Pokerspiel sein soll. Ich glaube, daß bei einem vernünftigen Gespräch und bei einer vernünftigen Diskussion der Verantwortlichen und jener, die die Finanzen der

Wabl

österreichischen Steuerzahler zu verwalten haben, durchaus eine vernünftige Lösung zu finden ist, und ich glaube, daß die Lösung, die hier gefunden worden ist, durchaus vernünftig ist. Aber das Geschrei, das ich mancherorts vernommen habe, war ziemlich überflüssig.

Meine Damen und Herren! Ich weiß schon, daß es eine Sternstunde für einen Politiker ist, wenn er in einer Katastrophensituation direkt vor Ort sozusagen den Staatsmann spielen und sagen kann, er werde dafür sorgen, daß die Taschen der Steuerzahler aufgemacht werden, und er werde dann richtig helfen. Das sind für sie immer die schönsten Augenblicke, wenn sie sich mit dem Hubschrauber einfliegen lassen oder bei sonstigen Katastrophen mit Flugzeugen kommen und dann sozusagen vor Ort ihren Mann stehen und erzählen, wie sie helfen werden. (*Abg. Dr. Puntigam: Du kommst ja auch nicht mit dem Rad!*)

Meine Damen und Herren! Sie sollen diese Freude haben. Ich komme übrigens meistens mit dem Radl, aber das steht jetzt nicht zur Debatte. Ich glaube, daß diese Hektik in einem ganz anderen Sinn viel mehr angebracht wäre. Ich halte die Katastrophe des letzten Sommers für sehr, sehr gravierend und für keine alltägliche Katastrophe. Ich glaube, daß alles getan werden muß, daß die Schäden der Bauern abgegolten werden. Das habe ich schon im Ausschuß zum Ausdruck gebracht, und Abgeordneter Schreiner hat bereits gesagt, daß es in dieser Frage eine Vierparteieneinigung gegeben hat.

Es steht überhaupt außer Frage für die Grünen, daß da geholfen werden muß. Aber eines muß in dieser wirklich kritischen Situation, in welcher sich die österreichische Landwirtschaft befindet, auch gesagt werden: Ich hätte mir gewünscht, daß der Herr Landwirtschaftsminister oder ein anderer Agrarpolitiker den Mut aufgebracht hätte, in dieser schweren Stunde der Bauern und in dieser schweren Situation der österreichischen Landwirtschaft ein paar klare Worte über die schwierigen ökologischen Probleme zu sagen, die an dem unflexiblen Reagieren auf diese Trockenperiode mit beteiligt sind.

Ein Boden, eine Pflanze, eine Klimateinheit und ein Wald können sehr flexibel auf übermäßige Trockenheit reagieren, wenn diese Einheit ökologisch halbwegs in Ordnung ist. Die Möglichkeit einer Abfederung der Natur, die Möglichkeit, solche Launen der Natur in den Griff zu kriegen, wird allerdings geringer, wenn wir die Natur jahrzehntelang ausbeuten und ausrauben.

Meine Damen und Herren! Ich habe in der Steiermark zu diesem Thema eine Pressekonferenz gemacht, und natürlich sind sofort befugte und unbefugte Bauernvertreter aufgestanden und

haben gesagt: Das ist wieder typisch, der Wabl macht aus dem Elend noch politisches Kleingeld und bespricht Dinge, die nicht hierher gehören!

Meine Damen und Herren! Ich mache es mir nicht so leicht, daß ich sage: Die Bauern sind an dieser Geschichte schuld! Ich mache es mir auch nicht so leicht, daß ich sage: Die Politiker sind an dieser Geschichte schuld! Nur eines muß klargestellt werden: Es gibt Verantwortung für eine agrarpolitische Entwicklung, und es gibt Verantwortung für Wirtschaftsweisen, und diese Verantwortungen sind vielschichtig. Auch der Bauer trägt Verantwortung. Wir wissen aber, daß der Bauer nicht sozusagen aus purem Jux und aus purer Tollerei zur Massenproduktion übergegangen ist, daß der Bauer nicht aus reiner Freude und aus reinem Vergnügen Kunstdünger auf seine Wiesen und Äcker streut, daß der Bauer nicht aus reinem Spaß mit schweren Maschinen über sein Feld fährt und daß der Bauer nicht zum bloßen Gaudium große Stallungen bauen hat lassen und eine Technisierung und Chemisierung durchgeführt hat, was unter anderem zu schweren Schäden in der Natur, die wir jetzt vorfinden, geführt hat.

Aber, meine Damen und Herren, wir sind im Jahre 1992, und wir sollten den Mut haben, alles Mögliche zu tun, um zu erreichen, daß es für die Bauern eine finanzielle Abgeltung gibt. — Das ist zumindest in dem Ausmaß, das heute beschlossen wird, geschehen. Wir sollten aber in genau demselben Atemzug den Mut haben, in dieser Krise den Bauern, aber auch den Konsumenten zu sagen, daß diese Krise auch deshalb so brutale Auswirkungen gehabt hat, weil wir mit unserem Wirtschaften, insbesondere mit unserem Landwirtschaften offensichtlich in eine vollkommen falsche Richtung gegangen sind. (*Beifall bei den Grünen.*)

Meine Damen und Herren! Wer jahrzehntelang Feuchtbiootope ausräumt und Kleinklimazonen kaputtmacht, der trägt zwar nur ein ganz klein wenig bei zur Klimaveränderung, aber in der Summe ist es dann doch eine große Klimaveränderung. Ich sage Ihnen noch einmal: Es liegt mir fern, die Schuld bei den Bauern zu suchen, aber sie tragen die Mitverantwortung und sie haben nur dann die Möglichkeit, aus diesem Elend und aus dieser Spirale herauszukommen, wenn wir, alle gesellschaftlichen Schichten, ihnen dabei helfen, eine große Ökologisierung in Österreich durchzusetzen.

Ich weiß — das wiederhole ich hier immer wieder —: Es gibt viele, viele Ansätze von vernünftigen Bauern und Agrarpolitikern, etwas zu tun. Aber die Hektik, die im heurigen Sommer ausgebrochen ist, um sozusagen kurzfristig zu helfen, sollte — das würde ich mir wünschen — umgewandelt werden in eine ganz entschlossene Haltung, die Ökologisierung auch ordentlich zu do-

Wabl

tieren und mit Budgetmitteln auszustatten, damit den Bauern wirklich nicht nur eine kurzfristige Existenzhilfe, sondern eine langfristige Überlebenshilfe und Lebenshilfe gegeben wird.

Ich sage Ihnen: Es wird noch vieler Diskussionen in diesem Sektor bedürfen, aber wir haben viele, viele Ansatzpunkte, auch in anderen Politikfeldern. Immer wieder kommt es zur Diskussion über die CO₂-Steuer, die Energiesteuer, deren Einführung gerade den Bauern ungeheuer helfen und den landwirtschaftlichen Bereichen eine Entlastung bringen würde. Aber solange die fossilen Energieträger Öl, Kohle und Gas so billig sind, kann sich das für die bäuerliche Bevölkerung nicht rechnen. Ich weiß, daß viele unter Ihnen sind, gerade unter den Agrarpolitikern, die diese Steuer wünschen. Ich habe eine Zeitung vom 16. Februar 1990 ausgehoben. Damals sprachen die Sozialdemokraten bereits von einer Energieabgabe. Nowotny, SPÖ, meinte etwa: Ökosteuer zur Kompensation von Mehrwertsteuersenkung. Bei der ÖVP steht hingegen leider: Sie taktiert noch. — Und ich weiß, wodurch dieses Taktieren entsteht: daß es offensichtlich Gruppen innerhalb der ÖVP gibt, die das absolut nicht wollen, während andere das wieder massiv wollen.

Ich würde mir wünschen, daß Sie mit demselben Nachdruck und mit derselben Geschwindigkeit, wie Sie hier das Katastrophenfondsgesetz geändert haben, auch die Durchsetzung dieser Steuern angehen und versuchen, Ihre Kollegen davon zu überzeugen. Sie wissen genauso gut wie ich, daß das ein positiver Beitrag zur gesamten Steuerreformdebatte wäre und daß es möglich wäre, da positive Akzente zu setzen. Es gibt hervorragende Vorschläge, wie man mit dem Geld, das auf diesem Gebiet als Steueraufkommen hereinkommt, positive Akzente setzen könnte, etwa anhand einer geringeren Besteuerung der Arbeitskraft oder der Senkung der Lohnsteuer. Man könnte dieses Geld heranziehen, um Innovationen im Bereich der Biomasse durchzuführen, und könnte so den Bauern dabei helfen, in einem Sektor Fuß zu fassen, der im Augenblick vollkommen zusammengebrochen ist.

Sie wissen, daß es aufgrund der Trockenheit und der Dürre massive Schädigungen in den Waldbeständen gibt. Sie wissen, daß heuer die Schädlinge gerade aufgrund der besonderen Begünstigung durch die klimatischen Verhältnisse besonders viel Brut gehabt haben, vor allem beim Borkenkäfer war das der Fall. Sie wissen, daß deshalb der Holzpreis bei der Fichte für den Festmeter bei ungefähr 700 S liegt. Das war schon ewig nicht mehr da. Das muß für die Bauern und deren Existenz zu einer bedrohlichen Situation werden. Wenn wir in diesem Sektor nicht bereit sind, ganz konkret, intensiv und energisch die notwen-

digen Dinge durchzusetzen, dann sehe ich in diesem Bereich keine sehr positive Entwicklung.

Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Schwarzenberger und Herr Abgeordneter Molterer! — Herr Abgeordneter Riegler ist momentan nicht da. — Sie müssen sich irgendwann einmal entscheiden. Sie können noch einen Monat warten, vielleicht auch noch ein halbes Jahr oder ein Jahr. Aber bereits im Jahre 1989 wurde das von Ihnen verlangt. Im Jahre 1990 wurde das sogar schon zum Programm erhoben — auch von der SPÖ, und ich glaube, daß Sie einen wesentlichen Beitrag leisten könnten, die Spielräume im Budget zu vergrößern. Sie wissen ganz genau, daß aufgrund der Vorstellung der Regierung, eine Budgetkonsolidierung fortzusetzen, die Spielräume im Budget immer kleiner werden. Die Möglichkeit zur Disponierbarkeit ist bei Milliardenbeträgen eine sehr geringe. Das bewegt sich im Prozentbereich zwischen einem und zehn Prozent, maximal. Ich glaube aber gar nicht, daß es zu diesen Prozentsätzen kommen würde. Es besteht überhaupt kein Spielraum mehr im Budget, um politische Schwerpunkte zu setzen.

Eine ökologische Steuer könnte da Spielräume schaffen, sodaß wir wieder politische Akzente setzen könnten, die gerade für die Bauern und für die Landwirtschaft so notwendig sind. Es wird zwar wieder Dürreperioden und Hitzeperioden geben, aber diese werden sich dann ganz anders auf unsere Landwirtschaft auswirken, und es wird anders darüber geredet werden, als in den letzten Monaten darüber geredet worden ist.

Nochmals: Ich würde mir wünschen, daß es noch nicht zu spät dazu ist, daß Sie als Regierungsvertreter oder Regierungsparteien darüber klare Worte finden, und daß vielleicht Herr Minister Fischler darüber auch einen klaren Satz verliert. Wenn Sie ernst genommen werden wollen mit Ihren Beteuerungen, daß es Ihnen wirklich um das Überleben und das Leben der österreichischen Bauern geht, dann dürfen Sie nicht nur kurzfristige Hilfen geben, die selbstverständlich notwendig sind und zu denen ich voll stehe, sondern dann müssen Sie auch langfristig die budgetären Spielräume und die budgetären Möglichkeiten schaffen, um zu erreichen, daß die Ökologisierung breit greifen kann. — Ich danke schön.
(Beifall bei den Grünen.) 19.48

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schwarzböck. Ich erteile es ihm.

19.48

Abgeordneter Schwarzböck (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit sechs Jahren gehöre ich nun schon dem Nationalrat an. Bei keiner Vorlage war ich als Bauernvertreter aber so froh

Schwarzböck

und zugleich nachdenklich. Froh bin in angesichts dieser Novelle zum Katastrophenfondsgesetz darüber, daß ich erstmals einer wichtigen Gesetzesnovelle, die die Landwirtschaft betrifft, beiwohnen kann, über welche großteils Einvernehmen herrscht. Es hat sich schon im Ausschuß eine einstimmige Annahme und Verabschiedung dieser Novelle abgezeichnet. Und nachdenklich bin ich deshalb, weil anscheinend eine Katastrophe kommen muß, um diese Übereinstimmung und diesen Gleichklang zu erzielen.

Wir haben gerade in einer sehr schwierigen Phase der Umorientierung und der Neubewertung der Stellung der Bauernschaft und der Landwirtschaft in einer modernen, sich dynamisch verändernden Industriegesellschaft sehr viele Bereiche, in welchen wir Übereinstimmung bei den Interessen unserer Bäuerinnen und Bauern dringend brauchen würden.

In vielen Regionen unserer Republik können sich auch die ältesten Mitbürger nicht daran erinnern, daß es eine derart lange Hitzeperiode ohne Regen gegeben hat. Es sind tatsächlich Milliarden an Einkommensausfällen für die Landwirtschaft im heurigen Jahr zu verkraften, es ist aber zum Glück möglich gewesen, sehr rasch zwischen den Regierungsparteien Konsens darüber zu erzielen, daß diese Novelle vorbereitet werden soll.

Dennoch hat es da oder dort in der Öffentlichkeit Diskussionen und einige Leserbriefe in Tageszeitungen gegeben, in welchen man die Frage stellte, ob das denn der richtige Weg sei und ob es nicht für eine unternehmerisch organisierte und eingestellte Landwirtschaft eine Selbstverständlichkeit sein müßte, daß mit entsprechender Flexibilität und mit mittelfristiger Wirtschaftsweise im Hinblick auf Rücklagenbildung und ähnliches derartige Einkommens- und Ertragsschwankungen, die von der Natur ausgehen, ausgeglichen werden können.

Aus der Sicht eines unselbständig Erwerbstätigen ist eine derartige Haltung aufgrund von Unkenntnis der Situation irgendwo noch verständlich, denn man nimmt an, daß 30 Prozent Einkommensverlust in unvorhergesehenen Situationen ganz einfach bewältigt werden müssen. Übersehen wird dabei, daß dort, wo auf den Gesamtbetrieb bis 30 Prozent Schaden keine Erhebungen und damit keine Antragsmöglichkeit vorgesehen ist, dieser 30prozentige Rohertragsverlust in verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft heute einem totalen Einkommensausfall gleichkommt, weil gerade im sehr kapitalintensiven Ackerbau heute die wenigsten Bauern 30 Prozent Einkommen vom Rohertrag erwirtschaften können. Und wenn dann die Einnahmen um 30 Prozent zurückgehen, dann geht es nicht um eine Einkommensminderung von 30 Prozent, sondern womöglich sogar um einen totalen Einkommensaus-

fall. Und auch dieser wird nicht zur Gänze ausgeglichen, sondern erst bei einem weitergehenden Schaden wird es mit dieser Novelle zu einer Hilfe des Staates, des Bundes und der Länder kommen können.

Ich glaube, damit ist eindeutig klar, daß diese Novelle notwendig ist, um der Landwirtschaft das Durchstehen einer derartigen Durststrecke und existenziellen Bedrohung zu erleichtern. Man darf auch nicht vergessen, daß der Zeitpunkt dieser Dürrekatastrophe auch für uns äußerst ungünstig kommt. Wir haben im Jahre 1991 — der Grüne Bericht, der in wenigen Wochen im Hohen Haus diskutiert werden wird, wird das bestätigen — 7,1 Prozent des Einkommens in der Landwirtschaft verloren. Und es bedarf nicht vieler Phantasie, um voraussehen zu können, daß 1992 angesichts dieser Entwicklung trotz der Vergütung die Einkommensentwicklung ebenfalls alles andere als erfreulich für die Bauern sein wird.

Dabei — Kollege Schwarzenberger hat das bereits angesprochen — ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch gar nicht möglich, die Dauerschäden bei den Dauerkulturen in Bereichen wie Forst, Wein und Obst einigermaßen abzuschätzen. Man muß fürchten, daß beachtliche Schäden in diesen Dauerkulturen überhaupt erst nächstes Jahr, nach dem Winter, in vollem Ausmaß erkennbar und dann auch materiell bewertbar sein werden.

Ich glaube daher, daß wir uns über diesen Anlaßfall und diese Hilfe, die mit der Novelle zum Katastrophenfondsgesetz heute politisch ermöglicht wird, hinaus auch mit den Auswirkungen auf die agrarpolitische Situation schlechthin auseinandersetzen sollen. Es ist selbstverständlich, daß man hier als Bauernvertreter, aber, wie ich glaube, auch aus der Sicht desjenigen, dem die Landwirtschaft ein Anliegen ist, klar sagen muß, daß wir bei den agrarpolitischen Maßnahmen der nächsten Wochen und Monate, aber auch bei der Budgeterstellung für 1993 diese Situation werden berücksichtigen müssen.

Wir befinden uns in einem sehr schwierigen Anpassungsprozeß im Hinblick auf die Internationalisierung und auf die Entwicklung im Osten und Westen. Es gab aber mit der Marktordnungsgesetz-Novelle und der Reform der Marktordnung im heurigen Sommer eine Vorgabe, die uns in vielen Bereichen mit stärkerer Ermöglichung der Eigenverantwortung durchaus bessere Möglichkeiten gibt, sich auf diese Situation vorzubereiten, als dies mit Rahmenbedingungen der Vergangenheit der Fall war. Es gibt natürlich auch sehr ehrgeizige Vorgaben, die den Bauern einiges abverlangen, wenn sie diese Reformschritte bewältigen wollen. Ich glaube daher, daß es angesichts des Einkommensausfalls, der 1992 droht, selbstverständlich aller Bemühungen bedürfen

Schwarzböck

wird, um die Einkommenspolitik mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten so weiterentwickeln zu können, daß ein weiterer Anpassungsprozeß in Richtung Internationalisierung zu Zeitpunkten vorgenommen werden kann, zu denen wir auch wieder positive Einkommensentwicklungen in der Landwirtschaft feststellen können.

Es ist selbstverständlich notwendig, daß wir uns hier nicht nur mit der Hilfe beschäftigen, sondern auch Überlegungen dahingehend anstellen, ob diese immer häufiger werdenden Trockenperioden, die es nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa und auch woanders auf der Welt gibt — erst vor zwei oder drei Jahren gab es noch viel größere Trockenkatastrophen in den Vereinigten Staaten von Amerika, vor allem im Mittelwesten — nicht doch auf globalen Klimaveränderungen basieren.

Kollege Wabl hat diese grundsätzliche Thematik angesprochen, und wenn man die Meinungen der Wissenschaftler, vor allem der Meteorologen und Klimaforscher, die sich sehr intensiv auch mit diesem heißen Sommer, den es heuer in Österreich gab, beschäftigt haben, mitverfolgt hat, dann kann man eigentlich bei objektiver Betrachtung nicht sagen, die eine Seite hätte zu Recht gemeint, das wäre eine normale Klimaschwankung, die wir auch in vergangenen Jahrhunderten bewältigen mußten, und die andere hätte geirrt, als sie sagte, das wären bereits die Vorzeichen einer globalen Klimaveränderung. Richtig ist wahrscheinlich, daß das tatsächlich bereits Anzeichen einer Klimaveränderung als Folge unseres exzessiven Verbrauches von nicht erneuerbaren Ressourcen, vor allem im Energiebereich, sind.

Man muß eigentlich besorgt die Frage stellen — da bin ich durchaus mit Kollegen Wabl einer Meinung —: Was tun wir, wenn das noch nicht Folgen einer Klimaveränderung sind und wir diese noch vor uns haben, mit unter Umständen noch dramatischeren Auswirkungen als denen einer derartigen Schwankung, wie wir sie heuer erlebt haben?

Und daher ist klar, daß wir — da stimme ich vollkommen mit Kollegen Wabl überein — eine sehr deutliche Änderung unserer Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik vornehmen müssen. Ich gebe durchaus zu, daß diesbezüglich quer durch die Regierungsparteien keine einhellige Meinung herrscht. Es ist notwendig, der breiten Gesellschaft klarzumachen, daß in diesem Bereich eine Kurskorrektur vonnöten ist, vor allem in einer ökologisch orientierten Steuerpolitik, die eines zum Ziel hat: daß steuerpolitisch jener belohnt wird, der in seinem privaten Konsumverhalten, aber auch in seinem ökonomischen Verhalten im Beruf einen Beitrag dazu leistet, daß wir zur Kreislaufwirtschaft zurückkehren können, mit

der Verantwortung, daß wir mit unserem Wirtschaften unsere nachkommenden Generationen nicht belasten und ihnen einen funktionierenden Lebensraum zurücklassen. *(Beifall bei der ÖVP und bei den Grünen.)*

Es sollte eine ökologische Steuerreform selbstverständlich auch dazu führen, daß jener, der Naturhaushalte strapaziert, Ressourcen schmälert und so exzessiv ausbeutet, daß wir an den Folgen unter Umständen davon schon in der Gegenwart zu leiden haben, ökonomische Nachteile durch dieses sein Wirtschaften erleidet.

Ich habe vor kurzem an einem internationalen Agrarkongreß teilgenommen, bei welchem der schwedische Landwirtschaftsminister ein grundsätzliches Programm zur Kursänderung in der Politik vorgelegt und gemeint hat, wir müssen uns, wenn es uns mit unserem Überleben und dem Leben unserer Nachkommen ernst ist, vor allem in Europa und in der gesamten hochindustrialisierten westlichen Welt dazu durchringen, eine Biogesellschaft zu entwickeln, in deren Mittelpunkt das Wohl der grünen Zelle und darauf aufbauend das Wohl des Menschen und der Tierwelt steht.

Ich kann nur hoffen, daß es uns in den nächsten Wochen und Monaten gelingen wird, ähnlich der internationalen Entwicklung — wobei ich sagen muß, daß wir in Österreich einiges Selbstbewußtsein in dieser Hinsicht an den Tag legen können — diese Dinge weiterzuentwickeln und damit letztendlich unserer Verantwortung gerecht zu werden.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte mit meinem Dank als Bauernvertreter für all jene, die dazu beigetragen haben, daß diese Novelle zustande gekommen ist, und damit auch Verständnis gezeigt haben, daß es dafür eines gesellschaftlichen Grundkonsenses bedurfte — diesen praktizieren wir ja heute im Hohen Haus —, zu einigen Ausführungen meiner Vorredner Stellung nehmen.

Lieber Kollege Wolf! Wenn Sie meinen, im Zusammenhang mit den Ersparnissen in der Exportverwertung zeigt sich, wie konsequent wir in der Überschußvermeidung fortfahren müssen, sollten Sie auch bedenken, wie nahe wir im heurigen Sommer an eine österreichische, aber auch an eine europäische, ja sogar weltweite Unterversorgung an Nahrungsmitteln herangekommen sind. Millionen Tonnen Getreideernteausfall in Europa haben dazu geführt — man sollte nicht allzu locker mit diesen Dingen umgehen —, daß wir seit Jahrzehnten weltweit über die geringsten Getreidelagerbestände verfügen. Wir haben nur mehr 20 Prozent Getreidereserven eines Jahresverbrauchs im Lager liegen.

Schwarzböck

Wenn man weiß, daß es ständig zu Ernteschwankungen in der dritten Welt, in klimatisch exponierteren Regionen mit Milliarden Weltbevölkerung kommt und es Reserven eigentlich nur in der westlichen industrialisierten Welt gibt, so ist erkennbar, daß wir der Gefahr einer Unterversorgung gefährlich nahegekommen sind.

In Österreich müssen wir in aller Offenheit sagen: Bei einer normalen Gesamtgetreideernte von 5,5 Millionen Tonnen und einer Marktleistung zwischen 2 und 2,5 Millionen Tonnen macht im heurigen Sommer der Überschuß nur mehr 10 Prozent aus. Daraus geht klar hervor, daß es, wenn wir Sicherheit in der Versorgung haben wollen, eines bestimmten Prozentsatzes an Exportproduktion bedarf. Nur so können Unsicherheiten in Hinkunft vermieden werden.

Die Ausführungen des Kollegen Schreiner muß ich in einem Punkt berichtigen — er ist leider Gottes nicht im Saal —: Über die Entschädigung für geschädigte forstliche Jungkulturen bestand eigentlich von Beginn an Konsens zwischen den Regierungsparteien. Im heutigen Abänderungsantrag ist es nur mehr darum gegangen, eine bessere sprachliche Formulierung zu finden, da die ursprüngliche Formulierung unter Umständen leichte Zweifel an der Absicht aufkommen hätten lassen können. Dies wollten wir ausräumen und völlig klarstellen, daß bei Schäden an forstlichen Jungkulturen Hilfen aus dem Katastrophenfonds bereitgestellt werden.

Den Hinweis, daß es in diesem Falle keines unternehmerischen Selbstbehaltes bedürfe, hört ein Interessenvertreter gerne. Nur bekenne ich mich auch als Bauer zu unternehmerischem Risiko.

Gestatten Sie mir aber, daß ich eine Klarstellung zum vorigen Tagesordnungspunkt vornehme, da ich glaube, daß es zur politischen Kultur gehört, aus Fairneß den Betroffenen gegenüber Richtigstellungen vorzunehmen. Dr. Haider hat gemeint, mit 129 Prozent Gehaltssteigerung im Milchwirtschaftsfonds werde eindeutig ein „Privilegienstadl“ geschaffen.

Ich habe den Rechnungshofbericht angeschaut — ich bitte, Frau Präsidentin, daß ich diesen Satz noch fertig ausführen kann —: Der Rechnungshof kritisiert nicht mit einem einzigen Wort die Praktiken des Milchwirtschaftsfonds in dieser Hinsicht. In einer Tabelle, die die Gehaltskosten aufgliedert, findet sich bei einem Geschäftsführer im Jahre 1990 der doppelte Gehaltsansatz von jenem im Jahre 1989. Wenn man nur einigermaßen objektiv an Information interessiert gewesen wäre, dann, muß ich sagen, hätte es nur eines Anrufes bedurft, um zu erfahren, daß es sich dabei um die Abfertigung des in Pension gehenden Geschäftsführers gehandelt hat, die ihm gesetzlich zusteht, also von Privilegien keine Spur. Ich glau-

be, daß es ein Gebot der Fairneß ist, diese Diskussion sauber zu führen. Daher war es mir wichtig, diese Klarstellung vorzunehmen. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)* 20.03

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Herr Staatssekretär Ditz hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

20.03

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dr. **Ditz**: Sehr geehrte Frau Präsident! Hohes Haus! Erlauben Sie mir, daß ich zur Novelle des Katastrophenfondsgesetzes Stellung nehme. Zunächst bedanke ich mich dafür, daß es möglich war, diese Novelle hier im Hohen Haus so rasch zu beschließen, weil ich überzeugt bin, daß der, der rasch hilft, doppelt hilft. In diesem Sinne ist die heutige Beschlußfassung sicher aus Sicht aller Betroffenen sehr begrüßenswert.

Ich glaube auch, daß hier ein zukunftsweisendes Modell gefunden wurde, wie man Dürreschäden abgelten kann. Ich muß in diesem Zusammenhang die Ausführungen des Abgeordneten Schreiner wirklich berichtigen, der mir hier vorgeworfen hat, ich hätte im Ausschuß nicht die jetzt vorliegenden geschätzten Zahlen genannt. Das ist unrichtig. Ich habe dort die Schätzungen, die vorliegen, genannt. Sie sind nicht in einer Größenordnung von 4 Milliarden, sondern von 8 Milliarden Schilling. Kollege Huber ist mein Zeuge dafür, daß diese Zahlen gefallen sind. Ich verstehe daher nicht, daß es jetzt diese Angriffe gab.

Ich habe das ausführlich diskutiert, habe dann auf Fragen gewartet, es sind keine Fragen mehr gekommen, also habe ich gemeint, Herr Abgeordneter Schreiner hätte es auch verstanden. Offensichtlich war das ein Mißverständnis, und daher wiederhole ich es: Das sind allerdings geschätzte Schäden. Die tatsächliche betriebliche Erhebung läuft. Somit habe ich gesagt, daß es daher noch kein endgültiges, definitives Ergebnis gibt, daß nur Schätzungen über die Größenordnung vorliegen. Diese Schäden stehen in direktem Zusammenhang mit der Entschädigung.

Wir mußten uns natürlich an die Bestimmungen des bisher geltenden Katastrophenfondsgesetzes halten, das eine in etwa gleiche Entschädigung wie bei Hochwasserschäden vorsieht. Es wäre nicht leicht verständlich, daß man sagt, Hochwasserschäden werden in dieser Höhe entschädigt, Dürreschäden in einer anderen.

Wir haben aber versucht, eine Modifikation vorzunehmen. Bei der Abgeltung von Hochwasserschäden war es bisher so, daß es einen Stellenwert von 30 Prozent gab. Wenn dieser überschritten wurde, wurden vom übersteigenden Betrag 30 Prozent entschädigt.

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dr. Ditz

Im Bereich von Dürreschäden gibt es nun ein neues Modell, daß man sagt: Jawohl, es gibt diesen Schwellenwert, und dann gibt es einen Selbstbehalt von 30 Prozent im Sinne eines unternehmerischen Risikos, das eigentlich alle Gruppen zu tragen haben. Aber darüber hinausgehende Schäden werden dann mit wesentlich höheren Prozentsätzen abgefunden. Der Sinn dieser Novellierung liegt darin, den wirklich stark Betroffenen effizient zu helfen.

Auf der anderen Seite werden Bagatelldfälle, also sehr geringe Schäden, die natürlich auch in diesen Schätzungen von 8 Milliarden enthalten sind, nicht berücksichtigt.

Als soziale Komponente — das halte ich für wesentlich und wichtig — ist zu sehen, daß versucht wurde, ab einem Schaden von 5 000 S je Betrieb zu entschädigen, sodaß auch Bauern mit kleinen Betrieben in den Genuß dieser Entschädigung kommen. Auch das halte ich für eine wesentliche und wichtige Vorgangsweise, die somit sichergestellt wurde.

Ich sehe es aber als unnötige Lizitation, wenn von der Freiheitlichen Partei gesagt wird, es dürfe überhaupt keinen Selbstbehalt geben. Also auch bei einem Schaden unter 5 000 S, aber auch wenn einer nur 100 S Schaden hat, müsse man aufnehmen, müsse man erheben. Das würde zu einer völligen Überforderung der Behörde führen, der ganze Vorgang würde wesentlich länger dauern, und im Endeffekt müßten die Bauern viel länger auf das Geld warten. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)* Das haben wir im Interesse der österreichischen Landwirtschaft nicht gemacht.

Ich bin davon überzeugt, daß es gemeinsam mit den Ländern, die ja die Abwicklung durchführen, gelingen wird, diese Aktion rasch und zielführend durchzuführen. Ich darf Ihnen versichern, daß im Katastrophenfonds genügend Geldmittel vorhanden sind, um alle Schäden abzudecken. — Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)* 20.08

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Achs. Ich erteile es ihm.

20.08

Abgeordneter Achs (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Staatssekretär! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Sommer 1992 wird der österreichischen Landwirtschaft sehr lange in Erinnerung bleiben. Der ungetrübte Sonnenschein der wochenlangen Hitzeperiode hat allmählich die Lebensgrundlage vieler heimischer Bauern zerstört.

Sofort nach Bekanntwerden des Ausmaßes der Katastrophe hat sich die Spitze der Bundesregie-

rung, der Herr Bundeskanzler, der Herr Vizekanzler und der Agrarminister, in die betroffenen Gebiete begeben, um sich an Ort und Stelle ein Bild von der Situation zu machen.

Der Bundeskanzler hat dabei das Versprechen abgegeben, eine Änderung des Katastrophenfondsgesetzes herbeizuführen und so den betroffenen Bauern finanzielle Hilfeleistungen zu gewähren. Die in Aussicht gestellten finanziellen Mittel scheinen umso notwendiger zu sein, als die Jahrhundertdürre die Bauernschaft in einem besonders ungünstigen Moment trifft, hat doch der unlängst dem Ministerrat vorgelegte Grüne Bericht für 1991 gezeigt, daß das Einkommen der österreichischen Bauern im Berichtsjahr um durchschnittlich 7 Prozent gesunken ist.

Zu diesem für sich allein betrachtet schon bedrohlichen Faktum kommt noch, daß die durch die heurige Dürre verursachten Ernte- und damit Einkommensausfälle für die Zukunft der österreichischen Bauern nichts Gutes erwarten lassen. Weiters sind die Folgeschäden an den Dauerkulturen und am Ökosystem des Waldes nicht absehbar. Um eine ungefähre Vorstellung über den Grad der Schäden zu vermitteln, soll kurz auf die Zahlen für das Burgenland laut Trockenschäden-erhebung verwiesen werden. So gibt es zum Beispiel bei Silomais einen Schaden in Höhe von 40 Millionen Schilling, bei Körnermais einen solchen von 184 Millionen Schilling, bei Grünland 78 Millionen Schilling, bei der Sojabohne 41 Millionen Schilling, bei Sonnenblume und Kartoffeln 12 Millionen Schilling und bei der Zuckerrübe 60 Millionen Schilling, also insgesamt weit über 400 Millionen Schilling Schaden im kleinen Burgenland.

Die Zahlen sind als vorläufig zu betrachten, wobei in der Aufstellung noch nicht einmal Zahlen über die Schäden an den für das Burgenland wichtigen Wein- und Gemüsekulturen enthalten sind. Obwohl, meine Damen und Herren die Gesamthöhe der Schäden noch nicht eindeutig quantifiziert ist, darf kein Zweifel daran bestehen bleiben, daß rasch, effizient und umfassend geholfen werden muß.

Mit der Freigabe der Grünbracheflächen zur Futtergewinnung, der Getreideverbilligungsaktion, der Wein-Notleseaktion und der in Anbetracht der Schäden im Grünlandbereich besonders wichtigen Forcierung der Rinderexporte wurde bereits ein Anfang gemacht.

Mit der heute anstehenden Novellierung des Katastrophenfondsgesetzes wird eine neue Finanzierungswelle zur Abdeckung der den Weiterbestand sehr vieler landwirtschaftlicher Betriebe bedrohenden Dürreschäden erschlossen. Für viele kleine Betriebe, meine Damen und Herren, ist es besonders wichtig gewesen, die Höhe des Scha-

Achs

dens, der die Grundvoraussetzung für die Gewährleistung von Fondsmitteln bildet, von 10 000 S auf 5 000 S zu reduzieren. Damit wird nun eine wirklich flächendeckende Hilfestellung für unsere Bauern gewährleistet.

Hiezu darf ich bemerken, daß die Verbesserung der Rahmenbedingungen, nämlich die Absenkung der Untergrenze, auf eine Initiative des Herrn Bundeskanzlers Dr. Franz Vranitzky zurückzuführen ist. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Bitte, können Sie mir das Gegenteil beweisen? — Das können Sie nicht, der Antrag kam von Dr. Franz Vranitzky. *(Abg. Auer: Positiv!)* Positiv, ja, das freut mich. Nein, das beweist, sagen wir, daß die Bundesregierung im allgemeinen Verständnis für die Probleme der Bauernschaft hat.

Es scheint in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, die Feststellung bedeutsam zu sein, daß neben dem Bund auch die einzelnen Bundesländer bereit sind, das Ihre zur Lösung der schwierigen Situation beizutragen. Nicht verwundert aber der Umstand, daß die FPÖ, wie schon so oft, politisches Kleingeld aus der Notsituation einer großen Bevölkerungsgruppe zu machen versucht. Dies ist die einzig mögliche Deutung jener Aussagen, die von der FPÖ im Laufe des Sommers in ihren Aussendungen immer wieder gebracht wurden.

An die Adresse der ÖVP-Agrarpolitiker gerichtet: Meine Damen und Herren! Es ist ein besonderes Anliegen der Sozialdemokratischen Partei, daß auch die kleinen Landwirte und Nebenerwerbslandwirte Nutznießer dieser Aktion sein werden. Es wird daher in den Detailregelungen dieser Novelle in weiterer Folge besonderes Augenmerk auf die Belange dieser Gruppe zu richten sein.

Meine Damen und Herren! Die österreichischen Bauern leisten mit ihrer Hände Arbeit enorm viel für unseren Staat, und sie verdienen sich daher die volle Solidarität aller Österreicher. Die Novellierung des Katastrophenfondsgesetzes ist daher ein Zeichen der Solidarität der Allgemeinheit mit der von den wirtschaftlichen Prioritäten ohnehin in Mitleidenschaft gezogenen österreichischen Bauernschaft. Sie ist Gradmesser und Signal zugleich, Gradmesser für die Problemlösungsfähigkeit der realen österreichischen Agrarpolitik, aber auch Signal für die EG-skeptische österreichische Bauernschaft. Es wird bei einem Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft auf die Belange unserer Bauern nicht vergessen werden dürfen.

Durch die heutige Beschlußfassung wird dem Stellenwert der österreichischen Bauern besondere Bedeutung beigemessen. Es ist mir daher ein besonderes Anliegen und ein besonderes Bedürf-

nis, dem Parlament, allen im Parlament vertretenen Parteien, der Bundesregierung und allen Landesregierungen für die rasche Bereitschaft, zu helfen, sehr, sehr herzlich zu danken. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)* 20.17

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Huber. Ich erteile es ihm.

20.17

Abgeordneter Huber (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Staatssekretär! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich darf gleich zu Beginn auch als Oppositionsabgeordneter mit Genugtuung feststellen, daß es möglich gewesen ist, die Abgeltung von Dürreschäden durch den Katastrophenfonds zu erreichen. Es bleibt zu hoffen, daß die Abwicklung und Auszahlung der jeweiligen Schadenssumme unbürokratisch, gerecht und rasch durchgeführt wird. Denn — das wurde heute schon des öfteren erwähnt — wer rasch hilft, der hilft doppelt.

Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Eine Dürrekatastrophe unvorstellbaren Ausmaßes hat diesen Sommer die österreichische Landwirtschaft heimgesucht. Meine Klubkollegen Probst und Fischl waren dem Obmann des Bauernbundes, Kollegen Schwarzenberger, geradezu dankbar, daß er als Ursache für die Dürreschäden das Ausbleiben von Niederschlägen erwähnt hat. Das war wirklich eine lobenswerte Aufklärung. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Schwarzenberger: Weil der Schreiner gesagt hat: weil alles drainagiert und entwässert worden ist!)* Aber zu diesen Ursachen kommen noch die sonst bekannten Schwierigkeiten hinzu. Dadurch sind Tausende Bauernhöfe in ihrer Existenz gefährdet. Beinahe alle bäuerlichen Betriebe, gleichgültig, ob groß oder klein, ob am Bergeshang oder in Tallage, ob Getreidebauer, Rinderbauer, Weinbauer oder Gartenbaubetrieb, müssen infolge der Dürrekatastrophe große Einkommensverluste hinnehmen.

Diese Novelle ist sicherlich für alle davon betroffenen bäuerlichen Familien ein gewisser Lichtblick. Wir alle sollten uns bemühen, diesem Lichtblick nicht eine große Enttäuschung folgen zu lassen.

Hohes Haus! Um die Abgeltung von Dürreschäden durch den Katastrophenfonds zu ermöglichen, ist eine Änderung des Katastrophenfondsgesetzes 1986 notwendig. Wir haben eine Schadenssumme — es handelt sich dabei um eine Untergrenze, der Herr Staatssekretär hat das ja schon erwähnt — in der Höhe von 7 bis 8 Milliarden Schilling zu verzeichnen. Hinweisen möchte ich aber auch auf die Folgeschäden. Jeder Bauer weiß, daß infolge dieser enormen Dürre auch noch im kommenden Jahr mit großen Schäden zu rechnen sein wird.

Huber

Wenn sich die Regierungsparteien in letzter Minute entschlossen haben, sich weitgehend dem freiheitlichen Antrag anzuschließen, so kommt man in Versuchung zu sagen, schön langsam werden sie lernfähig. Dies ist bei diesem tüchtigen Oberlehrer — laut Bundeskanzler Vranitzky — wohl auch nicht verwunderlich.

So ist man bereit gewesen, mittels eines Abänderungsantrages die Schadensuntergrenze von 10 000 S auf 5 000 S zu senken, aber auch der Forstwirtschaft bezüglich der Jungkulturen ab Herbst des Jahres 1990 eine Möglichkeit der Schadensvergütung einzuräumen.

Dieses einigermaßen befriedigende Entgegenkommen ist wohl auch Ursache, daß wir dem Abänderungsantrag der Regierung zugestimmt haben.

Ungeachtet dessen brachte mein Kollege Schreiner einen Abänderungsantrag ein. Vor allem wird mit unserem Antrag sichergestellt, daß die Entschädigungen bis längstens 31. Jänner des Jahres 1993 auszuzahlen sind und in besonderen Härtefällen durch Änderung des § 5 der Auszahlungstermin entsprechend verkürzt wird.

Es ist vorgesehen, daß der Bund 60 Prozent der Schadenssumme übernimmt, also rund 800 Millionen Schilling, die Länder 40 Prozent, also rund 400 Millionen Schilling. Laut Aussage von Staatssekretär Ditz ist die Bedeckung durch den Katastrophenfonds gesichert, das hat er letztlich selbst heute im Plenum zum Ausdruck gebracht.

Staatssekretär Ditz hat in der Finanzausschußsitzung auch noch erwähnt, daß für andere Anliegen, für andere Katastrophenfälle, ebenfalls noch genügend Geld vorhanden ist.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Aus berechtigten Gründen sieht sich die FPÖ-Fraktion veranlaßt, heute einen Entschließungsantrag im Parlament einzubringen. So katastrophal die Dürre für die Bauern ist, so angenehm ist die Dürre für das Budget. Es besteht nämlich nahezu keine Notwendigkeit mehr, finanzielle Mittel für den Getreideexport bereitzustellen. Wir von der freiheitlichen Fraktion schlagen in diesem Entschließungsantrag bei der Getreideverbilligungsaktion nicht nur eine wesentlich größere Menge, nicht nur einen Satz von 75 Groschen pro Kilogramm, sondern von mindestens 2 S vor, denn es ist nicht zu vertreten, daß wir im Export beinahe 3 S zuschießen und den Bauern bei dieser Katastrophe nur 75 Groschen pro Kilogramm zustehen. Hier, glaube ich, muß mindestens eine Gleichstellung oder zumindest eine Annäherung Platz greifen.

Bei der Milch können wir nicht einmal mehr den Bedarf decken, aber immer noch wird der

allgemeine Absatzförderungsbeitrag und auch der außerordentliche Absatzförderungsbeitrag eingehoben.

Wir haben aber auch schon Milch- und Rahmimporte zu verzeichnen. Ich glaube, daß es mehr als höchste Zeit wäre, die Absatzförderungsbeiträge zumindest wesentlich zu reduzieren, wenn nicht überhaupt zu streichen. Die Saatgutabgabe wird weiterhin voll aufrechterhalten, die Düngemittelsteuer voll eingehoben, die Getreidepreissenkung, die so schmerzlich war, bleibt trotz der Mißernte voll aufrecht. Es tut mir leid, daß der Herr Landwirtschaftsminister nicht anwesend ist, denn ich hätte es ihm persönlich gesagt: Er ist eigentlich nicht ein Landwirtschaftsminister, sondern im wahrsten Sinne des Wortes ein Bauernbelastungsminister. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Als ich diese Forderungen heute im Finanzausschuß aufgestellt habe, hat der Abgeordnete Kaiser förmlich aufgeschrien. Ich habe Verständnis dafür, denn für ihn ist, wenn man diese Absatzförderungsbeiträge weiterhin aufrechterhält, dies ein Eldorado, das er sicherlich nicht missen will.

Kollege Schwarzböck! Ihre Schulmeisterei gegenüber der FPÖ in Sachen Agrarpolitik ist schon penetrant und unerträglich. Und wie so oft: Wenn Sie, Kollege Schwarzböck, geschwiegen hätten, wären Sie weise geblieben.

In Anbetracht dieser völlig falschen Agrarpolitik sieht sich die FPÖ-Fraktion veranlaßt, nachfolgenden Entschließungsantrag einzubringen:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Huber, Ing. Murer, Anna Elisabeth Aumayr, Mag. Schreiner, Dr. Haider betreffend überfällige Reparatur des österreichischen Agrarsystems zu 664 der Beilagen

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft wird aufgefordert, zwecks überfälliger Reparatur des österreichischen Agrarsystems unverzüglich folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Vorlage eines neuerlichen Agrarpaketes mit den Schwerpunkten

— Senkung des allgemeinen und zusätzlichen Absatzförderungsbeitrages bei Milch,

— Senkung der Verwertungsbeiträge bei Getreide für 1992 und Rückerstattung der bereits entrichteten Überbeträge an die Landwirte,

— Senkung der Düngemittelabgabe,

— Abschaffung der Saatgutabgabe,

— Stundung der Agrarinvestitionskredite,

Huber

— *Verbilligung des Futtergetreides um 2 S/kg zur Stabilisierung der Rinder- und Schweinebestände.*

2. Harte Verhandlungen mit dem Bundesminister für Finanzen hinsichtlich

— *Anhebung der Direktförderungen in der Land- und Forstwirtschaft auf das Niveau Bayerns,*

— *Herabsetzung der Einkommensteuer-Vorauszahlungen im bäuerlichen Wirtschaftsjahr 1992/93,*

— *ausreichende Finanzierung der Dürreschäden aus den Reservemitteln des Katastrophenfonds,*

— *Verankerung von EWR-Anpassungshilfen für die Landwirte im Agrarbudget 1993.*

3. Schaffung eines tauglichen Bewertungskatasters zur Messung der ökologischen Leistungen der Land- und Forstwirte mit Hilfe der Bundesanstalten und sonstiger relevanter Forschungsinstitutionen.

4. Detaillierter Bericht an den Nationalrat über die voraussichtlichen positiven und negativen Auswirkungen des EWR-Abkommens samt Agrarbriefwechsel auf Österreichs Land- und Forstwirte.“

Abschließend möchte ich noch folgendes feststellen: Man glaubt zu träumen, wenn man hört, daß man, so wie mein Vorredner Schwarzböck, von der ökologischen Notwendigkeit der Abgeltung spricht, aber unser diesbezüglicher Antrag nicht nur einmal, sondern schon zum drittenmal eingebracht wurde. Das ist eigentlich eine völlig verfehlte Politik, und es wundert mich nicht, wenn Ihnen die Bauern in Scharen davonlaufen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Der Novelle zum Katastrophenfondsgesetz 1986 wird die FPÖ ihre Zustimmung erteilen, weil wir sie für völlig richtig und gerechtfertigt erachten. — Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)* 20.28

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Der soeben eingebrachte Antrag ist ausreichend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Heindl. Ich erteile es ihr.

20.28

Abgeordnete Christine **Heindl** (Grüne): Meine Damen und Herren! Es ist verwunderlich, aber möglich, daß dann, wenn Katastrophen passieren, die politischen Allianzen funktionieren.

In diesem Fall ist es gelungen, im Interesse der Bauern Maßnahmen zu setzen, um zumindest im nachhinein Verbesserungen durchzuführen, um

mit Geld abzudecken, was vorher zerstört worden ist.

Da mein Kollege Achs aus dem Burgenland die Höhe der Schäden genannt hat, möchte ich diese Zahlenliste mit einigen Informationen noch etwas ergänzen.

Allein in diesem kleinsten Bundesland wurden bis heute 5 500 Anträge gestellt, und man kann sagen, die Beamten werden diese 5 500 Anträge schon kontrollieren und bearbeiten. Es gibt aber nur mehr 26 421 landwirtschaftliche Betriebe im Burgenland; also ein Fünftel der Betriebe hat bereits Anträge gestellt, um die Dürreschäden abgegolten zu bekommen. Nicht so tragisch.

Aber die Zahl der Vollerwerbsbetriebe beträgt lediglich 4 324. Ein Land, das nur 4 324 Vollerwerbsbetriebe im bäuerlichen Bereich hat — da kann doch irgend etwas nicht stimmen.

Die Frage ist, warum es soweit kommt. Warum sind die politischen Verantwortungsträger nur dann, wenn „von oben“ — zwar mitverursacht von den Menschen, aber nicht in diesem Ausmaß —, vorhersehbar für dieses Jahr 1992, eine Katastrophe eintritt, imstande, im nachhinein dieses Feuer der Katastrophe mit einem kleinen Geldsegen zu löschen?

Genau die gleichen Personengruppen sind auch nicht imstande, die Landwirtschaft vorausschauend zu verbessern und darauf zu schauen, daß sie wirklich zukunftsfruchtig ist und für unsere Zukunft arbeiten kann. Denn gerade jene Bauern, die heute betroffen sind, erhalten noch immer keine Unterstützung, wenn es heißt, sie sollen endlich abgehen von — ich würde sagen — Kleinigkeiten, wie etwa ständig Felder abbrennen zu müssen.

Wir haben — die Burgenländer wissen das — Naturschutzgesetze, laut denen das seit neuestem prinzipiell verboten ist. Wir haben aber auch Ausnahmen, sodaß es trotzdem gemacht wird. Da kümmern uns nicht die Auswirkungen auf die Ökologie. Es kümmert uns nicht, daß wieder ein Beitrag zur Entstehung des bodennahen Ozons geleistet wird. Das ist völlig egal. Den Bauern wird das als einziges Mittel angeboten, weil man nicht imstande ist, andere Vorschläge zu machen.

So könnte man die Liste fortsetzen, meine Damen und Herren. Kollege Achs! Sie haben Ihre Rede mit einem Dank an die Bundesregierung beendet. Dieser Dank sollte eigentlich eine Aufforderung sein, endlich zusammenzuarbeiten und vorausschauend eine ökologische Landwirtschaft zu planen und sich nicht nur dann, wenn Katastrophen passieren, an den Tisch zu setzen und miteinander zu arbeiten.

Christine Heindl

Und um diesen Punkt zu unterstützen, bringe ich jetzt den Entschließungsantrag der Grünen ein, der in diese zukunftsweisende Richtung geht:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wabl, Kolleginnen und Kollegen betreffend eine umfassende Ökologisierung der Landwirtschaft, eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Finanzausschusses über den Antrag 387/A der Abgeordneten Schwarzenberger, Wolf und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1986 geändert wird (Dürreschäden) (II-7302 der Beilagen)

Die konventionelle Landwirtschaft zerstört durch ihre Produktionsmethoden die eigene Existenzgrundlage, die Bodengesundheit und die Bodenfruchtbarkeit. Die Folgen sind unter anderem Zerstörung komplexer biologischer Systeme, die Vernichtung der Vielfalt der Pflanzen- und Tierwelt, steigende Schadstoffbelastungen in Boden, Grundwasser, Trinkwasser und Lebensmitteln, tierquälerische Haltungsformen und nicht zuletzt die Gefährdung bäuerlicher Existenzen.

Nachdem Ökologie nichts anderes als Langzeitökonomie ist, wird eine Ökonomie, welche im Widerspruch zur Ökologie steht, aufgrund dieses Widerspruches auf Dauer nicht konkurrenzfähig, aber vor allem nicht überlebensfähig sein. Im Interesse einer ökosozialen Landwirtschaft hat eine Anpassung an ökologische Erfordernisse im ganzen Agrarbereich unbedingte Priorität. Daher ist es notwendig, sämtliche Maßnahmen zur Lenkung und Förderung im Agrarbereich auf ihre ökologische Konsistenz hin zu prüfen.

Da es ohne grundlegenden Wandel in der Landwirtschaft keine Lösung der Agrarkrise geben wird, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag:

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß man diesem Entschließungsantrag, auch wenn er lang ist, doch zuhören sollte (Abg. Dr. Graff: Ich glaube nicht!), weil er grundlegende Forderungen enthält und in diesem Fall keine Auflistung von Abänderungsanträgen und Paragraphen.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf zur umfassenden Ökologisierung der Landwirtschaft vorzulegen, der folgende gesetzliche und verwaltungsmäßige Maßnahmen vorsieht:

Neudefinition des Begriffes „ordnungsgemäße Landwirtschaft“: Ordnungsgemäße Landwirtschaft ist die ökologische Landwirtschaft. Sämtliche Förderungen in der Landwirtschaft haben unter den ökologischen und sozialen Gesichtspunkten zu erfolgen.

Forschung, Bildung und Beratung

Das gesamte landwirtschaftliche Forschungs-, Bildungs- und Beratungswesen hat sich an ökologischen Erfordernissen zu orientieren, dies mit dem Ziel:

die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes wiederherzustellen, weiterzuentwickeln und die biologische Vielfalt zu wahren,

regenerationsfähige Güter der Natur nachhaltig, nicht vermehrbare sparsam zu nutzen,

das Verständnis für ökologische Zusammenhänge und Wechselwirkungen zu wecken und zu vertiefen.

Produktivitätsverbesserung

Maßnahmen zur Produktivitätsverbesserung haben darauf abzielen, bei möglichst großer Unabhängigkeit von Zukaufbetriebsmitteln die natürliche Leistungsfähigkeit von Sonne, Boden und Pflanze optimal zu nützen wie zum Beispiel

höchstmögliche Assimilationsleistung durch Nutzung des Sonnenlichtes mit Hilfe optimaler Bodenbedeckungen und Fruchtfolgen,

Stickstoffversorgung der Pflanze durch bestmögliche Nutzung des atmosphärischen Stickstoffes durch Anbau von stickstoffakkumulierenden Pflanzen,

Förderung der Bodengesundheit (Erosionsschutz) und der natürlichen Bodenfruchtbarkeit zur Schaffung optimaler Wachstumsbedingungen, sowie zur optimalen Ausnutzung der zugeführten Nährstoffe,

Förderung und Sicherung der Pflanzengesundheit durch standortgerechten Pflanzenbau und entsprechende Fruchtfolge,

Vermeidung von Auswaschungen von Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln ins Grundwasser durch standortgerechte Stickstoffdüngung und ökologisch vertretbare Pflanzenschutzmittel,

Erhaltung und Förderung einer artenreichen Flora und Fauna.

Flächengebundene und artgerechte Tierhaltung

Zur Sicherung einer optimalen Kreislaufwirtschaft und zur Vermeidung von Umweltbelastungen durch Tierkonzentrationen ist die Tierhaltung soweit als möglich an die Fläche zu binden. Soweit

Christine Heindl

Futter in bestimmtem Umfang zugekauft werden muß, ist die Kraftfuttermittelversorgung auf die inländische Produktion auszurichten.

Im Hinblick auf die Tiergesundheit, den Tiererschutz und die Qualität tierischer Erzeugnisse sind artgerechte Tierhaltung und ökologisch vertretbare Tierbestände mit allen Mitteln anzustreben. Auf die Erhaltung der genetischen Vielfalt im Nutztierbereich ist besonders Bedacht zu nehmen.

Technische Rationalisierung

Die technische Rationalisierung muß die Verringerung des Einsatzes fossiler Energie zum Ziele haben. Die Substitution von Produktionsmitteln, welche fossile Energieträger zur Voraussetzung haben, genießt unbedingte Priorität.

Landwirtschaftlicher Wasserbau

Landwirtschaftlicher Wasserbau muß mit der Erhaltung von Feuchtbiotopen vereinbar sein. Zu erhalten sind auch einzigartige Trockenbiotope, die unter anderem durch intensive Nutzung und Aufforstung gefährdet sind.

Forstliche Maßnahmen

Die Erhaltung des Ökosystems Wald steht im Vordergrund. Insbesondere ist auf die Vielfalt und Ausgewogenheit standortgerechter Pflanzen- und Wildtierbestände Bedacht zu nehmen. Die Reduzierung der Massentierhaltung von Wildtieren auf Waldflächen ist zu forcieren. Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsanierung müssen in verstärktem Ausmaß durchgeführt werden.

Erhaltung der Kulturlandschaft

Meliorationsmaßnahmen beziehungsweise agrarische Operationen haben sich an ökologischen Erfordernissen im Hinblick auf die Erhaltung einer artenreichen Flora und Fauna sowie an einer Landschaftsgestaltung mit hohem Erholungs- und Erlebniswert zu orientieren.

Strukturelle Förderungsmaßnahmen

Diese haben insbesondere die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe, die ökologisch produzieren wollen, und die Sicherung der Einkommen für ökologisch wirtschaftende bäuerliche Betriebe zu forcieren. Zum Ausgleich bestimmter wirtschaftlicher Nachteile einer kleinstrukturierten Landwirtschaft ist die überbetriebliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten in noch verstärktem Ausmaß zu fördern beziehungsweise durch Förderungsmaßnahmen zu begünstigen. Dies gilt in Zukunft in besonderer Weise auch für den Bereich der Weiterverarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln.

Empfehlungen für Förderungsschwerpunkte

Besondere Schwerpunkte müssen sein:

Grundlegende Ökologisierung der österreichischen Landwirtschaft,

Entwicklung neuer Vermarktungswege und -strategien für Agrarprodukte,

Qualitätsforschung im Lebensmittelbereich beziehungsweise Erforschung der Zusammenhänge zwischen agrarischen Produktionsmethoden und innerer Qualität von Lebensmitteln.

Marktordnungsausgaben

Exportförderungen und Ausgleichszahlungen werden aufgrund ökologischer und sozialer Aspekte neu gestaltet und ausgebaut.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, Sie stimmen diesem Entschließungsantrag zu, denn sonst sind Bauern weiterhin bereit, ihre Grundstücke zu verkaufen, weil sie sagen, daß sie davon nicht mehr leben können. Sonst wird auch das wahr, was Kollege Schwarzböck in seiner Rede gesagt hat, nämlich die Apokalypse, die er gemalt hat.

Wenn Kollege Schwarzböck mit der Forderung, mit dem Ansinnen, auf Ökologisierung der Landwirtschaft, das er gestellt hat, so alleine bleibt wie bis jetzt noch der Abgeordnete Höchtl — er ist leider wieder hinausgegangen — im Zusammenhang mit dem gesetzlichen Mindestlohn — wir haben das heute in der Fragestunde miterlebt —, dann wird unser Land keine Zukunft haben. Und wenn Sie das nicht wollen, meine Damen und Herren, dann setzen Sie diesen Schritt, daß Maßnahmen in die richtige Richtung gesetzt werden, und stimmen Sie dem Entschließungsantrag zu! — Danke. (Beifall bei den Grünen. — Abg. Schwarzenberger: Schwacher Applaus!) 20.41

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Der Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Auer. Ich erteile es ihm.

20.41

Abgeordneter Auer (ÖVP): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sommer 1992 ist Geschichte — wenn man einen Blick auf den Kalender macht, weiß man, daß seit einigen Tagen der Herbst ins Land gezogen ist —, und dieser Sommer wird unterschiedlich in Erinnerung bleiben: Vielen Bevölkerungsgruppen unseres Landes, die die Chance hatten, Urlaub zu machen, der Tourismuswirtschaft, der Gastwirtschaft wird er in positiver Erinnerung bleiben, er wird aber einer wesentlichen Bevölkerungsgruppe sehr negativ in Erinnerung bleiben, nämlich der Landwirtschaft. So ist es einmal im Leben, daß Dinge durchaus von zwei Seiten zu sehen sind.

Auer

Eines ist vielleicht trotz der bedrückenden Situation für die Bauern positiv festzuhalten: Das Verständnis der Allgemeinheit für die Problematik dieser Dürrekatastrophe mit ihren so schrecklichen, zum Teil massiven Auswirkungen auf die österreichische Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren! Vielleicht ein paar Worte zum Kollegen Huber. Ich habe es befremdend gefunden, daß man sozusagen höhnend den Kollegen Schwarzenberger zitiert, und ich habe es auch besonders bemerkenswert gefunden, daß man meint, auf die Belehrungen des Kollegen Schwarzböck könne man seitens der FPÖ verzichten. (*Abg. Huber: Er sollte keine Lippenbekenntnisse bringen!*) Wenn man sich heute vom Tonband die Rede von dir und die Rede unserer Kollegen anhören würde, dann bräuchte niemand zu fragen, wer hier höhnisch, wer belehrend war. Das war eindeutig der Redner der Freiheitlichen Partei, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Um in der Diktion Ihres Klubobmannes Haider zu bleiben, der gestern zu einem anderen Punkt gemeint hatte, diese Vorschläge seien wirtschaftlich entbehrlich, für die Bauern bedenklich und finanziell unverantwortlich: Genauso kann man Ihren Beitrag heute einstufen, meine Damen und Herren! Ich greife nur einen Punkt heraus. Sie meinen, man sollte Verwertungsbeiträge zurückzahlen. Da möchte ich doch einmal daran erinnern, daß jener, der viel Getreide abgeliefert, hohe Verwertungsbeiträge bezahlt und daher viel zurückbekommt, und jener, der geschädigt ist, nicht in der Lage ist, abzuliefern, und daher null bekommt. Einem derartigen Vorschlag kann ich nur ein müdes Lächeln entgegensetzen, meine Damen und Herren! Das sind doch Dinge, auf die man wirklich verzichten kann.

Wenn dann der Kollege Schreiner noch meint, aufgrund des FPÖ-Antrages wäre die Schadensgrenze von 10 000 S auf 5 000 S heruntergesetzt worden (*Abg. Huber: Das habe ich gesagt!*) — nein, auch der Kollege Schreiner, sonst müssen wir das Protokoll zitieren —, obwohl man weiß, daß der Antrag der Regierungsparteien bereits vorher fixiert war, bevor euer Antrag in den Finanzausschuß gekommen ist, bevor der Finanzausschuß zusammengetreten ist — dann auch hier ein müdes Lächeln.

Und dann, meine Damen und Herren, zitiert man hier auch noch den Entwurf des Gesetzes. Bisher habe ich gewußt, daß die freiheitliche Agrarpolitik nicht sehr viel taugt, aber daß man nicht einmal einen Gesetzesantrag lesen kann, ist bedauerlich. Man meint heute, hier festhalten zu müssen, daß aufgrund der freiheitlichen Vorschläge auch für Jungpflanzen, für Forstpflanzenkulturen entschädigt würde. Ich würde bitten, sich von einem Experten (*Abg. Mag.*

Schreiner: Murer, das geht dich an!) noch einmal den ursprünglichen Antrag vorlesen zu lassen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Positiv ist, um nur einige Stichworte festzuhalten: die rasche Hilfe, die wirksame Unterstützung durch die gesamte Bundesregierung, positiv ist die Herabsetzung der Schadensuntergrenze auf 5 000 S. Ich freue mich auch, daß der Katastrophenfonds, jenes Instrumentarium, das auf eine Initiative der ÖVP im Jahre 1966 zurückgeht, heute in der Lage ist, derartige Schäden abzugelten. Ich erinnere an die großen Hochwasserkatastrophen, die es damals in der Steiermark, in Osttirol und so weiter gab. Meine Damen und Herren! Das ist eine wichtige Einrichtung, und wir müssen versuchen, diese auch in Zukunft entsprechend zu dotieren.

Der Schaden betrifft aber nicht nur die Landwirtschaft, meine Damen und Herren, sondern vor allem auch nachgelagerte Bereiche. Denn wenn die Bauern sehr dramatische Einbußen erleiden müssen — wen trifft es denn dann auch bitte? — Die Landmaschinenindustrie, die Verwertungsbereiche, also indirekt auch Gewerbe, Arbeitnehmer und so weiter. Und daher ist es sehr positiv, daß hier so rasch geholfen wurde.

Ich möchte gar nicht näher aufzählen, welche Aktionen gestartet wurden, aber hier ein besonderer Dank unserer bäuerlichen Vertretung, dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Fischler, aber auch, wie gesagt, der gesamten Bundesregierung. Mit der Butterverbilligung, der Grünbracheverwertung, der Stundung von AIK-Rückzahlungen, ja in extremen Härtefällen selbst Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen, mit der Ankurbelung des Rinderexportes, und — vielleicht auch bemerkenswert — einer Selbsthilfeaktion von Bauern, die eine Rindfleischaktion wieder ins Leben gerufen haben (*Abg. Ing. Murer: Bauer, friß das Rindfleisch selber!*), wurde in jeder Gemeinde Oberösterreichs, aber auch in anderen Bundesländern versucht, ein bißchen mitzuhelfen, die Probleme zu mildern, die Probleme zu lösen.

Meine Damen und Herren! Es ist ganz klar, daß diese Trockenheit, daß diese Dürre auch noch massive Auswirkungen auf die Trinkwassersituation haben wird. Diese werden wir erst zu spüren bekommen. In diesem Zusammenhang möchte ich ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen.

Zunehmend kann man Presseartikeln entnehmen, daß man versucht, aus Grundwasserseen, aus Grundwasserspeichern große Zentralräume mit Trinkwasser zu versorgen. Das ist durchaus notwendig und positiv. Es kann jedoch nicht sein, daß sich Zentralräume diese Wasserversorgung aus ländlichen Gebieten besorgen und das in die-

Auer

sen ländlichen Gemeinden zu massiven Beschränkungen für Schutz- und Schongebiete führt, so daß in diesen Gemeinden keine Betriebe, keine Betriebsgebiete errichtet werden können, der normale Hausbesitzer bei jeder kleinsten baulichen Veränderung eine wasserrechtliche Bewilligung braucht, daher auch Planunterlagen beistellen und zusätzliche Kosten bestreiten muß, es kann auch nicht sein, daß durch dramatische Bewirtschaftungseinschränkungen die Landwirtschaft Schaden erleidet und derartige Beschränkungen dazu führen, daß in vielen Gemeinden keine Betriebsentwicklung, keine Weiterentwicklung mehr möglich ist.

Wenn sich die Ballungszentren das Trinkwasser — das ist durchaus notwendig, und wir haben dafür zu sorgen, daß der Schutz des Grundwassers erste Priorität hat — aus jenen Gegenden holen, weil es auf dem eigenen Gebiet nicht mehr möglich ist aufgrund der Betriebsstandorte, aufgrund der großen Ansiedlung anderer Bereiche, aufgrund von Straßenbauten, der verdichteten Ballungsräume und so weiter, dann kann es keinen Zweifel geben, daß es für diesen Schutz des Grundwassers einen gewissen Ausgleich für die benachteiligten Regionen, aus denen man sich das Trinkwasser besorgt, geben muß. *(Beifall bei der ÖVP und Beifall der Abg. Anna Elisabeth Aumayr.)*

Meine Damen und Herren! Es wäre zu überlegen, ob nicht eine Art Wasserschutzabgabe eingeführt werden könnte — vielleicht auf 1 000 Liter Trinkwasser 50 Groschen —, die man aufteilt, so daß 50 Prozent dieses Geldes — da könnte durchaus fixiert werden, daß das für Umweltschutzbereiche verwendet werden muß — die Gemeinden zur Verfügung hätten als Ausgleich für entgangene Gewerbesteuer, Lohnsummensteuer und so weiter, die in anderen Städten selbstverständlich eingenommen werden, und die anderen 50 Prozent jenen zugute kommen, die aufgrund der Beschränkungen Wirtschafterschwernisse zur Kenntnis nehmen müssen. Auch diesen Aspekt wollte ich heute einbringen, meine Damen und Herren.

Ansonsten ist die Novellierung des Katastrophenschutzgesetzes ein Beispiel, wie rasch und wirksam geholfen werden kann, wie rasch und wirksam eine Bundesregierung agieren kann, und ich freue mich besonders, daß trotz durchaus heftiger Kritik heute ein einstimmiger Beschluß möglich ist. *(Beifall bei der ÖVP.) 20.50*

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Buder. Ich erteile es ihr.

20.50

Abgeordnete Hannelore **Buder** (SPÖ): Frau Präsidentin! Den Herrn Staatssekretär sehe ich

momentan nicht. *(Abg. Schwarzenberger: Er hört Sie!)* Meine sehr geehrten Damen und Herren! In einem Lied heißt es: „Wann wird's mal wieder richtig Sommer?“ Ja, der heurige Sommer, das war so ein Sommer, den man sich oft in verregneten Sommern gewünscht hat. Doch leider brachte dieser Sommer mit seiner äußerst stabilen Wetterlage und den hohen Temperaturen österreichweit große Schäden in der Landwirtschaft.

Für die von den Dürreschäden betroffenen Landwirte, die sich in einer äußerst kritischen und zum Teil existenzbedrohenden Situation befinden, ist natürlich Hilfe notwendig. Schon der Herr Staatssekretär meinte, wer schnell hilft, hilft doppelt, gibt doppelt, und es ist daher gut so, und es war auch keine Frage, daß die Regierungsparteien die erste Gelegenheit ergriffen haben, hier im Parlament das Katastrophenfondsgesetz zu novellieren.

Wer schnell gibt, gibt doppelt, daher hätte ich doch erwartet, daß die Landwirtschaftskammern sofort den Bauern die Schadenssummen auszahlen, sobald der Prozentsatz der Schadensvergütung feststand. *(Abg. Schwarzenberger: Das geht nicht über die Landwirtschaftskammer, sondern über die Landesregierung!)* Wir haben doch beim heurigen Landwirtschaftsgesetz beschlossen, daß über 700 Millionen Schilling an und über die Landwirtschaftskammern gehen. Dazu kommen ja auch noch die Agrarmittel aus den Bundesländern. *(Abg. Schwarzenberger: Der Zinsertrag!)* Ja, und in den Budgets der Kammern tauchen auch oft ganz beträchtliche Zinserträge auf, und daher glaube ich, daß offenbar beträchtliche Mittel auf der hohen Kante liegen, die eigentlich den Bauern gehören. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Für uns Sozialdemokraten kommt das Anliegen der wirtschaftlich Schwachen immer zuerst. Die auf Initiative des Herrn Bundeskanzlers erfolgte Herabsetzung der Summe, ab der ein Schaden berücksichtigt werden kann, auf 5 000 S, ist daher, meine ich, voll zu unterstützen.

Meine Damen und Herren! Auch in meinem Bundesland, der Steiermark, das von der Dürrekatastrophe besonders in der West- und in der Oststeiermark sehr stark betroffen ist, gab es in den Bezirken Radkersburg, Feldbach und Leibnitz und auch in Fürstenfeld, wo in Monokulturen vor allem Mais angebaut wird, Ernteeinbußen von 40 bis 50 Prozent, ja zum Teil sogar bis 80 Prozent. Aber natürlich wurden auch Obstbäume, Weinstöcke, Hollunderplantagen, aber auch Gemüsekulturen von der katastrophalen Dürre schwer in Mitleidenschaft gezogen.

In der Steiermark wurde inzwischen mit der Schadenserhebung begonnen, und es lagen mit

Hannelore Buder

1. 9. 1992 Anträge in der Höhe von 1,3 Milliarden Schilling vor. Man nimmt an, daß die Dürreschäden allein in der Steiermark 1,5 Milliarden Schilling betragen werden. In der Steiermark war als erster Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner bei den geschädigten Bauern, und er war es auch, der sofort die Initiativen ergriff. Es wurden 60 Millionen Schilling für die Viehexporte lockergemacht.

Aufgrund unserer heutigen Novellierung wird es auch in Zukunft möglich sein, Dürreschäden in der Landwirtschaft in einem bestimmten Prozentsatz auszugleichen. Wir sollten aber, glaube ich, die Gelegenheit benützen, ein wenig den Hintergrund auszuleuchten. Da ist zuerst die Frage, ob die heurige Hitzewelle nur ein Jahrhundertereignis war. Es mehren sich die Stimmen aus der Wissenschaft, daß wir vor einer Klimaveränderung stehen. Sie vollzieht sich sehr langsam, aber sie ist kein Naturereignis. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist diese Klimaveränderung eine Folge des Treibhauseffektes, und daher tragen auch wir Mitverantwortung.

Manche Grünlandbauern, die auf Fachleute gehört haben, die widerstandsfähige Futterpflanzen empfohlen haben, haben Gott sei Dank trotz der extremen Hitze gute Erträge erzielt. Schließlich weisen andere Fachleute auch darauf hin, daß Schäden auch bei dieser langen Hitze nicht so hoch gewesen wären, wenn die landwirtschaftliche Bewirtschaftung eine nachhaltigere wäre. Aber leider ist unsere agrarische Produktion immer auf Höchstserträge ausgerichtet. Die Landwirtschaft wurde seit Jahrzehnten mit hohem finanziellen Aufwand und mit viel, viel Arbeit der Bauern für die Produktion hergerichtet und maschinengerecht gestaltet.

Man sollte daher die Dürrekatastrophe als Mahnung der Natur betrachten, daß wir unsere Agrarpolitik kritisch überdenken sollten. Mit dem Reformpaket im Juni haben wir die Grundlage zu einer Änderung gelegt. Wir müssen jetzt sehr kritisch beobachten, wie in der Praxis diese Möglichkeit genutzt wird.

Ich möchte aber noch ein steirisches Problem hier vorbringen. Für die Weinbauern wurde eine Dürreaktion außerhalb des Katastrophenfonds vereinbart. Mit der Notleseaktion sollte gleichzeitig das Überangebot an Trauben verringert werden. Unsere steirischen Weinbauern haben in harter Arbeit und mit viel Können und Einsatz eine Weinproduktion aufgebaut, die keine Absatzprobleme kennt. Und das alles trotz der historischen Kleinstruktur, die es in den steirischen Weinbaugebieten gibt.

Natürlich gibt es auch bei den steirischen Weinbauern Dürreschäden. Sie sind aber nicht so hoch, daß die von der Notleseaktion vorgeschrie-

bene Totalvernichtung notwendig ist. (*Abg. Mag. Schreiner: O ja, Frau Kollegin, sonst wird der Weinstock kaputt! Das versteht sie nicht!*) Andererseits haben viele Bauern zuwenig Trauben, um die Menge Wein zu produzieren, die sie mühelos verkaufen könnten. Den steirischen Qualitätswein wollen sie natürlich verkaufen. Aber die sogenannte Nachbarschaftshilfe, wo der Weinbauer von seinen oft nur traubenproduzierenden Nachbarn Trauben zukaft, wird nun von der novellierten Gewerbeordnung behindert oder verhindert. Für viele steirische Weinbaubetriebe kann aber bei Ernteaussfällen durch Hagel, Frost oder Dürre die Zukaufsbeschränkung von höchstens 2 000 Kilo Trauben je Hektar existenzvernichtend sein.

Ich meine, daß der Zukauf von Weintrauben, wenn er nicht mehr als 25 Prozent des Umsatzes des Betriebes beträgt, für die steirischen Weinbauern in ihren Kleinstrukturen möglich sein sollte. Natürlich müßten diese Trauben aus der Steiermark stammen. Sie sind qualitativ hochwertig und erzielen auch einen guten Preis. Somit wäre, meine ich, allen geholfen: denen, die sich nur auf die Traubenproduktion beschränken und meist nebenerwerbs- und kleinstrukturiert sind, und den steirischen Weinproduzenten.

Ich hoffe, daß auch mit Hilfe der Abgeordneten vom Bauernbund und mit Unterstützung des Herrn Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft bei den Verhandlungen zur Gewerberechtsnovelle 1992 die Zukaufsregelung erneut diskutiert wird und daß ein Weg gefunden wird, der die tüchtigen steirischen Weinbauern in ihrer Erwerbsfreiheit nicht behindert. — Danke. (*Beifall bei der SPÖ sowie Beifall und Bravoruf des Abg. Fischl.*) 20.59

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Murer. Ich erteile es ihm.

20.59

Abgeordneter Ing. **Murer** (FPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Staatssekretär! An ihrer Stelle — nicht an meiner — würde ich die Debatte sofort beenden, denn als ich Staatssekretär war und die Tschernobyl-Problematik über Österreich hereingebrochen ist, haben wir es salopper gelöst, als Sie das in wochen- und monatelangen Diskussionen bis heute zuwege gebracht haben.

Meine Damen und Herren! Damals war das noch viel schwieriger zu lösen. Da haben Sie sich nicht geschämt und haben eine hundertprozentige Abgeltung gefordert. Ho-ruck-Aktionen in 48 Stunden haben Sie von Minister Haiden damals gefordert. Aber wir haben es salopp gelöst. (*Abg. Auer: Nein, schlampig!*) Wir haben die Bauern entsprechend entschädigt. Sie waren zu-

Ing. Murer

frieden. Auch der Kaiser und die Milchwirtschaft sind zu ihrem Geld gekommen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Gott sei Dank hat sich das nicht wiederholt. Aber Tschernobyl war genauso eine Naturkatastrophe wie das, was wir jetzt erleben und erlebt haben. Deshalb sollte man mit Wahrhaftigkeit hier ans Rednerpult treten. Gerade ihr Schwarzen solltet ehrlicher sein. *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Das sagt der Murer!)* Seid gottgläubig, seid ehrlich, Freunde, sagt den Bauern endlich die Wahrheit. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Denn, meine Damen und Herren, letztendlich ist sicher nicht die ÖVP schuld daran, daß es nicht geregnet hat. Da hilft euer ganzes Beten nicht, auch dann, wenn ihr es tun würdet. Ihr tut es aber eh nicht, weil ihr es schon lange verlernt habt, auch wenn ihr euch christlich-demokratisch schimpft. *(Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Auer! Daß das Grundwasser zurückgeht, wenn es nicht regnet, das ist logisch. Das können Sie da zelebrieren, aber das wissen wir auch. *(Abg. Auer: Neue Erkenntnis!)* Auch der Wasserpfennig würde nicht helfen, wenn der Regen ausbleibt, obwohl man darüber ja einmal nachdenken könnte. Aber wofür ich Sie doch verantwortlich machen möchte, meine Damen und Herren: daß Sie dem roten Regierungskarussell ein schwarzer Hilfsmotor waren, daß Tausende Bauern, die schwer geschädigt sind, nicht in den Genuß einer Entschädigung kommen. Dafür werden wir Sie verantwortlich machen! *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Schwarzenberger: Das heißt, Murer stimmt dem Gesetz nicht zu!)*

Meine Damen und Herren! Meine Herren Bauernpräsidenten! Weil Sie sich — zwar nach langer Dauer — gemeinsam mit dem Finanzminister entschieden haben, endlich Mittel nach dem Katastrophenfondsgesetz zur Verfügung zu stellen — lange gebraucht hat es; aber das ist nicht verwunderlich, bei der Koalition dauert alles ein bißchen länger *(Abg. Dr. Neisser: Beim Murer kriegen sie das Geld schon drei Tage früher!)*; vor allem dann, wenn es um schwierige Geldbesorgungen in Katastrophenzeiten geht —, und weil heute die ersten Tranchen an geschädigte Bauern überwiesen werden und weil wir es für richtig halten, daß das aus Katastrophenfondsmitteln kommt, werden wir die Zustimmung geben.

Wir werden Sie aber natürlich gleich mit einem Entschließungsantrag belasten, der Sie fürchterlich treffen wird, denn Sie werden nicht darum herumkommen, entsprechende Realitäten, die wir Ihnen aufzeigen werden, zu berücksichtigen.

Die Begutachtung beziehungsweise eine grobe Schätzung der Schäden ist ja im Landwirtschaftsministerium schon lange bekannt. Unlängst ha-

ben die Bauern gesagt: Hoffentlich machen die nicht wieder ein Schurkenstück! Da habe ich gesagt: Das glaube ich nicht, das werden sie sich nicht getrauen! — Aber es gibt eine Begleitmaßnahme, die uns nicht gefällt. Sie haben nämlich schon im August genau gewußt, meine Damen und Herren — da ist das aus dem Landwirtschaftsministerium bei uns angekommen, man hat nämlich vom 20. bis 28. August 1992 grobe Erhebungen und Schätzungen durchgeführt —, daß zum Beispiel bei Trockenschäden bei Mais, wenn man einen Schädigungsgrad von 25 Prozent annimmt — Sie haben es sowieso mit 30 Prozent gemacht, weil Sie anscheinend zuwenig Geld in der Kassa haben —, etwa 35 bis 40 Prozent der Bauern nicht in die Entschädigung hineinfallen. Das ist eigentlich schade — bei einem Schaden von 714 Millionen fallen 40 Prozent da nicht hinein.

Weiters haben Sie bereits im August gewußt, daß bei Körnermais bei einem Schädigungsgrad von 25 Prozent etwa 34 bis 40 Prozent der Betroffenen herausfallen, das heißt, trotz schwerer Schäden kein Geld bekommen. Das ist bei einem Betrag von 1 300 Millionen, den Sie selbst im Ministerium geschätzt haben, eine schöne Summe, die Sie sich da ersparen. *(Abg. Ing. Kowald: Wo? Wo?) Ruhig!*

Meine Damen und Herren! Bei den Trockenschäden im Grünland sind es bei einem Schädigungsgrad von etwa 25 Prozent und einer Summe von 4 700 Millionen — lieber Kowald, du wirst es nicht wissen, denn dir gibt man das Papierl nicht, weil du es wieder verschwinden läßt und nicht die Wahrheit sagst *(lebhaftes Zwischenrufe bei der ÖVP)* — 41 Prozent der Bauern, die man herausfallen läßt aus diesen Entschädigungen. — Und so könnte man dieses Register, welches uns das Landwirtschaftsministerium heute zugespielt hat, fortsetzen. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Na gut, jetzt können wir uns einigen, und ich muß eigentlich sagen, Kollege Ditz ist wenigstens anständig und sagt die Wahrheit. Ditz hat sich hingestellt und hat gesagt: Meine Damen und Herren! Nur die Schwerstbetroffenen werden entschädigt, aber diejenigen, die eigentlich so mittelschwer oder leichter geschädigt sind — was für die Geschädigten schwer genug ist —, bekommen nichts. — Danke, Herr Staatssekretär! Wenigstens ein ehrlicher Bursch in der schwarzen Riege! Die Roten werden lachen, denn sie brauchen das Geld nicht zur Verfügung zu stellen.

Aber was schäbig ist, meine Damen und Herren: daß Sie ans Rednerpult treten und mit allem argumentieren; gerade daß Sie nicht noch mit dem lieben Gott argumentiert haben. *(Abg. Schwarzenberger: Mit dem habt ihr argumentiert!)* Aber die Wahrheit haben Sie nicht gesagt, weil Sie zu feige sind, die bittere Notwendig-

Ing. Murer

keit zu erkennen, in solch einer Krisensituation den Bauern ehrlich zu sagen: Meine lieben Freunde, die Hälfte bekommt nichts! Findet euch damit ab, wir haben nicht mehr Geld, es geht eben nicht besser! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Okay, daran sind Sie selber schuld, das ist Ihre Art, und jetzt haben Sie sich ein Fuchseisen gebaut, in das Sie selber hineingegangen sind. Und das wird weh genug tun, dann nämlich, wenn Sie die Mittel verteilen müssen. Der eine bekommt etwas, der andere bekommt nichts, und alle werden den Präsidenten in der Kammer fragen: Warum ich nicht und du schon? — Na, auf diese Bauerndebatten sind wir schon neugierig!

Herr Kollege Schwarzböck! Sie sind ja auch Präsident, und anscheinend der höchste — zunächst noch. Ich glaube, Sie waren es doch, der oft genug darauf hingewiesen hat — ich habe mir das auch aufgeschrieben —, wie hoch diese Dürreschäden sind. Sie selber, Herr Präsident Schwarzböck, haben gemeint, daß gerade die Situation der EG, die Situation der Dürre und diese Geldknappheit eigentlich jene Dinge sind, welche die Bauern so resignieren lassen, Sie haben festgestellt, daß Schäden von weit über 10 Milliarden zu erwarten sind und vieles mehr. Und so verwundert es mich, daß Sie zugestimmt haben bei der Ausknobelung dieser Belastungsgrenze von 30 Prozent, die Sie hier einziehen. Das ist ja eigentlich die wirkliche Schurkerei, die Ihnen da eingefallen ist! Und dem kann ich meine Zustimmung nicht geben! *(Abg. Schwarzenberger: Frau Präsidentin! Wir verlangen einen Ordnungsruf! Oder haben Sie nicht den Mut, weil Sie vom Haider gerügt werden? — Weitere lebhaftes Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich werde aber insgesamt dem Gesetz die Zustimmung geben, weil die Bauern in einer ersten Tranche Geld bekommen und weil das Katastrophenfondsgesetz es ermöglicht, die Auszahlungen vorzunehmen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Bitte sagen Sie den Bauern von vornherein ehrlich, wer etwas bekommt und wer nicht! Und unter diesen Gesichtspunkten werden wir auch die Diskussionen in der Öffentlichkeit führen. *(Beifall bei der FPÖ. — Anhaltende Zwischenrufe.)* 21.07

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Gatterer. Ich erteile es ihr. *(Abg. Schwarzböck: Das ist unerhört! Wenn „Schurkerei“ keinen Ordnungsruf mehr nach sich zieht, dann können wir zusperren!)* — Ich werde mir das Protokoll geben lassen und nachher darüber befinden. *(Ruf bei der ÖVP: Aber heute noch!)*

21.07

Abgeordnete Edeltraud **Gatterer** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Staatssekretär! Ich werde versuchen, bei meiner Wortwahl keine solchen Entgleisungen zuzulassen wie Kollege Murer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich muß sagen, ich bin an und für sich sehr enttäuscht, denn alle Fraktionen haben sich dazu bekannt, daß den Bauern in dieser Situation geholfen werden muß. Ich stehe hier als Nichtbäuerin, und ich will damit symbolisieren, daß im heurigen Jahr beziehungsweise nach dem heurigen Sommer die Bauern die Solidarität von uns allen brauchen. Und deswegen, glaube ich, ist es von Ihnen, Herr Kollege Murer, wirklich sehr unfair, wenn Sie die Solidarität, die alle Abgeordneten im Parlament mit diesem Katastrophenfondsgesetz, mit dem Ausgleich der Dürreschäden für die Bauern geleistet haben, schlechtmachen.

Auch zur Frau Kollegin Heindl möchte ich sagen: Ich glaube, wir alle können sehr froh sein, daß wir in einem Land leben, in dem wir noch Geld haben, wenn es Katastrophen gibt. Sie hat gesagt, ihr tue es sehr leid, daß erst jetzt das Geld flüssiggemacht wird, wo eine Katastrophe da ist. Es wäre sehr traurig, hätten wir ein Land, in dem für große Katastrophenfälle kein Geld mehr da wäre.

Die Landwirtschaft ist für uns alle — und das muß uns im Zusammenhang mit dieser Dürrekatastrophe bewußt werden — unsere Lebensgrundlage. Sie ist unser Lebensnerv, und deswegen ist es so wichtig, daß wir schauen, daß dieser Lebensnerv funktioniert. Die Gesellschaft hat angesichts der heurigen Katastrophe die Pflicht, zu beweisen, was ihr die Bauern und die bäuerliche Arbeit und die bäuerlichen Leistungen wirklich wert sind.

Als Kärntnerin möchte ich ganz kurz die Situation in Kärnten schildern: Kärnten ist ja eines der am stärksten betroffenen Bundesländer. Von dem geschätzten Schaden von 8 Milliarden Schilling, der durch die Dürre entstanden ist, entfallen auf unser Bundesland ungefähr 1,2 Milliarden. Davon kommen zirka 300 Millionen auf den verzeichneten Ernteausfall bei Ackerfrüchten. Es ist sehr schade, daß gerade der Alternativenbau in Kärnten sehr gelitten hat, denn es waren viele Bauern, die sich heuer erstmals dazu bereit erklärt hatten, in den Alternativenbau zu wechseln. Bei Soja zum Beispiel gibt es Ausfälle von bis zu 100 Prozent. Es ist schade, daß es gerade die alternativen Produkte so stark getroffen hat, und es ist wichtig, daß es hier eine Entschädigung gibt.

Natürlich entstanden auch enorme Schäden im Grünland. Hier gibt es Schätzungen von Schäden in der Höhe von 900 Millionen Schilling. Es gab

Edeltraud Gatterer

vor allem keinen zweiten und dritten Schnitt. Diese sind zur Gänze ausgefallen. Sie alle, vor allem die Bauernvertreter, wissen, daß es infolge der extremen Futtermittelknappheit natürlich auch im Fleischbereich zu großen Schwierigkeiten und zu einem enormen Preisdruck kommen wird.

In Kärnten ist die Situation deswegen besonders problematisch, weil es auch schon 1988 in Kärnten eine Dürrekatastrophe gegeben hat. Es war durch den damaligen Bundesminister für Landwirtschaft, Dipl.-Ing. Riegler, möglich, den Kärntnern zu helfen, und natürlich ist auch das Ausmaß der jetzigen Dürrekatastrophe nicht allein zu bewältigen.

Ich muß aber an dieser Stelle sagen, daß sehr viele Agrarreferenten und auch der Kärntner Landeshauptmann Dr. Zernatto sehr schnell tätig geworden sind, um eben durch einen Beitrag des Landes von 40 Prozent die Aktion wirklich möglich zu machen. Man muß hier, glaube ich, den Landespolitikern den Dank aussprechen, natürlich aber auch Bundesminister Dr. Fischler und auch dem Finanzexperten, Staatssekretär Ditz.

Ich glaube, wir sollten eine gute Aktion, die gemeinsam von uns allen initiiert worden ist, nicht schlechtmachen, sondern auch als Parlamentarier wirklich einmal beweisen — und mit dieser Aktion haben wir es bewiesen —, daß wir schnell und bewußt helfen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*
21.12

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Aumayr. Ich erteile es ihr. *(Abg. Ing. Schwärzler — zur Abg. Anna Elisabeth Aumayr —: Haben Sie außer Zeitungsberichten zum Vorlesen auch etwas Eigenes?)*

21.12

Abgeordnete Anna Elisabeth **Aumayr** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Zu den ständig sinkenden Preisen und zu den laufend steigenden Produktionskosten für die Bauern ist jetzt noch die Dürre gekommen. Ich bin mir aber nicht ganz sicher, welches Übel für die Bauern größer ist: diese Regierung oder die Dürrekatastrophe? Ständig sinkende Getreidepreise, ausgehandelt von der Sozialpartnerschaft, bringen zwar die Bauern um *(Abg. Dietachmayr: Löwin-gerbühne!)*, den Konsumenten aber — und da wundert es mich, daß sich von den Sozialisten niemand zu Wort meldet — bringen sie gar nichts, denn mit schöner Regelmäßigkeit werden seit zwei Jahren die Getreidepreise gesenkt und zwei Monate später die Brotpreise und der Semmelpreis erhöht. *(Abg. Hofmann: Das sind die Bäcker!)* Ah, das sind die Bäcker! — Dazu schweigt die Arbeiterkammer.

Katastrophale Rinderpreise bringen zwar die Bauern um, aber den Konsumenten bringen sie nichts. Oder haben Sie etwas von einer Fleisch- oder Wurstpreissenkung gehört? *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Begründet wird diese Preissenkung ständig mit dem Überschuß, den die Bauern angeblich erzeugen. *(Abg. Ing. Schwärzler: Welche? — Abg. Schwarzenberger: Welche?)* Es wird nicht gesprochen von den Importen und davon, daß der Überschuß . . . Bitte, Herr Kollege, wir haben ein Agraraußenhandelsdefizit von 18 Milliarden Schilling. *(Abg. Ing. Schwärzler: Kaffee! Orangen! Bananen!)* Aber heuer, bedingt durch die Dürrekatastrophe, gibt es Gott sei Dank keine Überschüsse. Die Milchknappheit ist bereits jetzt ein Thema. Butter wird im Dezember Mangelware sein — so wie voriges Jahr —, aber wahrscheinlich freuen sich die Importeure auf das gute Geschäft, wenn sie wieder Butter oder Milch importieren können.

Beim Mais hat es angeblich nie Überschüsse gegeben, trotzdem mußten die Bauern den Export finanzieren, die Saatgutabgabe und die Düngemittelabgabe bezahlen.

Den Überschuß bei Getreide — es dürfte heuer ungefähr die Hälfte der im Vorjahr zum Export freigegebenen Tonnagen sein — lassen wir, glaube ich, besser im Land und geben ihn den Viehbauern, gleichen damit die Futterknappheit aus und ersparen uns die Exportstützungen. *(Abg. Schwarzenberger: Sie hat keine Ahnung!)*

Die Forderungen in unserem Entschließungsantrag, und zwar die Senkung des allgemeinen zusätzlichen Absatzförderungsbeitrages für Milch, die Senkung des Verwertungsbeitrages für Getreide, die Senkung der Düngemittelabgabe, die Abschaffung der Saatgutabgabe und die Verbilligung des Futtergetreides, sind also wirklich gerechtfertigt. Kein Mensch sieht ein, warum wir einen Export finanzieren sollen, der nicht stattfindet beziehungsweise überhaupt nicht stattfinden muß. *(Abg. Ing. Schwärzler: Jetzt geben Sie aber zu, daß Sie keine Ahnung vom Gesamtzusammenhang haben! Geben Sie das zu!)*

Es ist schon klar, daß der Protest gegen die Forderungen in unserem Antrag von beiden Regierungsparteien kommen wird. *(Abg. Ing. Schwärzler: Nehmen Sie Stellung und machen Sie keine Vorlesung! Ich bitte darum!)* Der Gewerkschaftsbund, die Arbeiterkammer und die Bundeswirtschaftskammer waren noch nie Freunde der Bauern. Ich erwarte aber vor allem von den Bauernvertretern der ÖVP, falls es diese überhaupt noch gibt, daß sie auf seiten der Bauern stehen und nicht zulassen werden, daß der Finanzminister seine Budgetlöcher mit zu Unrecht eingehobenen Bauerngeldern stopft. Bewei-

Anna Elisabeth Aumayr

sen Sie endlich, daß Sie nicht Leibeigene von Raiffeisen sind, sondern Bauernvertreter! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Lage der österreichischen Bauern ist so dramatisch wie noch nie. Eine Pro-Hektar-Verschuldung von 25 000 S haben wir bereits erreicht. *(Abg. Schuster: Heuer haben wir weniger!)* Die Verschuldung der Bauern kommt vor allem Raiffeisen sehr zugute. Die Bauern sind bei den Banken gerngesehene Kunden. Es besteht größte Sicherheit durch den Grundbesitz für die Banken, aber nicht für die Bauern.

Daß aber die schlechte Einkommenslage der Bauern auch für die Gesamtwirtschaft große Nachteile mit sich bringt, das wird verschwiegen. Die Landmaschinenindustrie geht bereits den Bach hinunter. Wenn der ländliche Raum verarmt, wird er entvölkert. *(Abg. Ing. Schwarzer: Haben Sie den Widerspruch bemerkt bei dem, was Sie jetzt gesagt haben? Haben Sie schon etwas vom Maschinenring gehört?)*

Bei der heutigen Tourismusdebatte war vor allem von gesunder Umwelt, von schön gepflegter Landschaft die Rede. Aber ohne bäuerliche Familienbetriebe, ohne den Fortbestand der Bauern wird es keinen Tourismus mehr geben. In leeren Dörfern und auf verwahrlosten Feldern hört sich der Tourismus auf. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Stippl: Sie wollen ihn eh umbringen!)*

Nun zu den 30 Prozent Selbstbehalt. Herr Kollege Schwarzenberger! Sie müssen Ihren Bauern in Salzburg sagen *(Abg. Ing. Schwarzer: Was denn?)*, daß sie für die Trockenschäden bei Silomais keinen Groschen bekommen werden. *(Abg. Dipl.-Ing. Kaiser: Weil sie keinen Schaden haben!)* O ja, sie haben Schäden bis zu 25 Prozent, mit den 30 Prozent haben Sie sich aus der Verantwortung gestohlen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Kollege Schwarzenberger! Sie müssen den Bauern in Salzburg erklären — auf 70 Prozent der Fläche haben sie Schäden von bis über 25 Prozent —, daß 70 Prozent der Schäden nicht abgegolten werden. *(Zwischenruf des Abg. Schwarzenberger.)* Sie müssen den Bauern erklären, daß es bei Körnermais auch keine Abgeltung für die Schäden gibt.

Die Frau Kollegin Gatterer hat von den Schäden in Kärnten gesprochen, von den Milliarden-schäden in Kärnten. 45 Prozent der Schäden bei Grünland in Kärnten werden nicht abgegolten. *(Abg. Ing. Schwarzer: Das stimmt doch nicht!)* Haben Sie die 30 Prozent Selbstbehalt beschlossen oder nicht? *(Abg. Schwarzenberger: Haben Sie zugestimmt oder nicht?)* Nein, wir haben einen Abänderungsantrag ... *(Abg. Schwarzenberger: Ich werde genau darauf achten, ob die Frau Aumayr dem Gesetz zustimmt*

oder nicht, denn dann hat sie das auch beschlossen! — Weitere Zwischenrufe.)

Wir haben einen Abänderungsantrag eingebracht, und wir werden ganz genau beobachten, ob Sie mit unserem Antrag mitgehen, denn ein 30prozentiger Selbstbehalt bei Milliarden-schäden ist eigentlich schlicht und einfach unverantwortlich. Sie haben das verschwiegen. Sie haben weder Zahlen im Ausschuß genannt ... *(Abg. Schwarzenberger: Und da stimmen Sie noch mit!)* Wissen Sie, ob ich ...

Präsident: Also ich nehme an, in der ÖVP sind lauter Kavalier, die jetzt Frau Abgeordnete Aumayr sprechen lassen. *(Heiterkeit. — Abg. Schwarzenberger: Zu Kavalieren gehören auch Damen!)*

Abgeordnete Anna Elisabeth Aumayr *(fortsetzend):* Die gibt es nicht, Herr Präsident, aber ich kenne sie schon!

Ich ersuche Sie ein letztes Mal — sollte es noch Bauernvertreter in dieser Partei geben *(Abg. Mag. Schweitzer: Gibt es ja keine mehr! Lauter Kammervertreter!)* —: Stimmen Sie unseren Anträgen zu! Wenn nicht, Herr Kollege Freund und Herr Kollege Auer: Sie werden wieder lesen, Sie werden wieder hören von uns, wie wir die Bauern informieren. — Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*
21.20

Präsident: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Kaiser. Ich erteile es ihm. *(Abg. Hildegard Schorn: Erkläre ihr das mit den 30 Prozent!)*

21.20

Abgeordneter Dipl.-Ing. Kaiser (ÖVP): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fürchte, mein Beitrag wird nicht ganz so heiter sein wie der vorangegangene. *(Abg. Mag. Schweitzer: Warum nicht?)* Es wäre verlockend, einiges dazu zu sagen, aber ich möchte es unterlassen.

Die Dürre ist an sich traurig genug, und ich freue mich, daß es so rasch zu einer Lösung kommt, damit jene, die davon am stärksten betroffen sind, auch eine entsprechende Entschädigung erhalten. Ich möchte sagen, daß neben der Dürreaktion im Wege des Katastrophenfonds-gesetzes auch andere Maßnahmen gesetzt wurden, um den betroffenen Bauern zu helfen.

Als wir zum Beispiel gesehen haben, daß im Waldviertel und im Mühlviertel durch die fehlenden Niederschläge die Wiesen ausgetrocknet sind, die Heuernten halbiert waren, der zweite Schnitt ausgeblieben ist und so weiter, haben wir sofort eingegriffen, und der Landwirtschaftsminister hat uns, nämlich der Vieh- und Fleischkommission, nach Rücksprache mit dem Finanzministerium

Dipl.-Ing. Kaiser

zusätzliche Geldmittel in Aussicht gestellt, um rasch helfen zu können.

Wir haben die Rinderexporte zweimal angehoben, insgesamt um 19 000 Stück, damit auch die Mengen bewältigt werden können. Wir haben darüber hinaus eine weitere Dürreausschreibung gemacht im Ausmaß von 15 000 Stück, und 5 000 Stück haben wir noch in Reserve, sodaß wir heuer dem Rechnung tragen und zu einem Rekordexport von 385 000 Stück kommen werden, wenn diese letzte Ausschreibung zum Tragen gekommen ist.

Ganz wichtig erscheint mir auch die Futtergetreideverbilligungsaktion, die zunächst 100 000 Tonnen umfaßt, weil damit die Bauern in die Lage versetzt werden, keine Notverkäufe zu machen, sondern die Tiere fertig zu füttern.

Bemerkenswert erscheint mir die Haltung der Freiheitlichen schon, vor allem auch jene des Herrn Abgeordneten Huber, die er schon im Ausschuß vertreten hat. Ich habe versucht, ihn schon im Ausschuß aufzuklären. Das ist mir offensichtlich nicht gelungen. Ich halte nichts davon, wenn die Getreidebauern mit dem Verwertungsbeitrag und der Düngemittelabgabe, und zwar in einem Gebiet wie bei mir zu Hause, wo man pro Hektar 5 000 kg hat und nicht 12 000 wie bei Ihnen (*Zwischenruf des Abg. Huber*), wenn also die Bauern mit dem Verwertungsbeitrag und der Düngemittelabgabe, die sie zahlen, anderen Bauern die Dürreschäden ersetzen. Das kann ja nicht der Zweck der Übung sein, daß sich die Bauern das selber bezahlen, sondern das muß von außen kommen.

Frau Kollegin Aumayr hat gemeint, man könnte jetzt den Verwertungsbeitrag senken. Bitte, die Ernte ist erledigt, die Verwertungsbeiträge sind draußen, die sind bezahlt. Und diese wollen Sie jetzt in den Topf hineinwerfen (*Abg. Anna Elisabeth Aumayr: Sicher!*), um einen Bauern für den anderen bezahlen zu lassen. Das ist keine Solidarität, wie ich sie mir vorstelle. (*Abg. Mag. Schweitzer: Das ist keine sehr schlüssige Argumentation!*)

Ich meine also, daß der Entwurf, der heute hier beschlossen wird, wie ich hoffe, der richtige Weg ist, wo nicht ein Bauer für den anderen bezahlt, sondern die Gemeinschaft für jene, die Opfer dieser Entwicklung geworden sind.

Ein Hinweis noch: Wir haben Schäden nicht nur beim Vieh — dort können sie nicht direkt ersetzt werden, weil eben erst der Schaden eintreten muß —, sondern wir haben auch enorme Schäden im Bereich des Pflanzenbaus. Als Abgeordneter aus dem Weinviertel, aus dem Marchfeld, freue ich mich, daß diese Gebiete im Bereich Pflanzenbau auch eine entsprechende Berück-

sichtigung finden. Unsere Zuckerrüben schauen fürchterlich aus. Man erkennt oft gar nicht, daß es sich um Rüben handelt. Der Mais ist manchmal gar nicht erntewürdig, so gering sind die Erträge. Bei Erbse und Sonnenblume und vor allem bei der Hoffnungsalternative Sojabohne haben wir unsere größten Probleme. Ich meine, daß dort der Ersatz dieser Schäden zu einem bestimmten Prozentsatz eine äußerst positive Sache ist.

Und zuletzt: Auch die Notleseaktion scheint mir eine wichtige Maßnahme zu sein. Sie wird in einigen Gebieten ganz groß angenommen, in anderen Gebieten sind die Weinbauern etwas vorsichtig. Aber da kommt noch eines dazu, wofür ich auch danken möchte: die Traubensaftaktion und die Traubendicksaftaktion. Diese Maßnahmen bringen auch für die Weinbauern einen einigermaßen positiven Aspekt. (*Beifall bei der ÖVP.*) 21.25

Präsident: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Hildegard Schorn. Ich erteile ihr das Wort.

21.25

Abgeordnete Hildegard Schorn (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Hohes Haus! Wie schon mehrmals festgestellt wurde, liegt heuer ein Jahrhundertssommer hinter uns, und noch selten war das Sprichwort „Was des einen Freud, ist des anderen Leid“ so zutreffend wie für diese Hitzewelle. Während Fremdenverkehrsbetriebe Umsatzsteigerungen verzeichneten und sich Millionen von Urlaubern über die langanhaltende Schönwetterperiode freuten, standen viele Bauern vor einer Katastrophe.

Die Schadenskommissionen sind derzeit im ganzen Land unterwegs, und ich darf Ihnen versichern, daß sowohl von den Bauern als auch von den Mitgliedern der Kommission großes Verantwortungsbewußtsein an den Tag gelegt wird. Die Bauern wissen sehr genau zu unterscheiden, ob es sich bei bestimmten Kulturen um einen Dürreschaden handelt oder ob den Mindererträgen normale Ertragsschwankungen zugrunde liegen.

Ich möchte nicht verabsäumen, allen Verantwortlichen für die rasche und unbürokratische Schadensabwicklung zu danken. In diesem Zusammenhang darf ich auch mit Freude darauf verweisen, daß Landeshauptmannstellvertreter Dr. Pröll eine Soforthilfe für Niederösterreich gestartet hat. Sobald die Schadenshöhe feststeht, wird das Land Niederösterreich 20 Prozent davon als Soforthilfe für die Bauern überweisen.

Was mich besonders freut, ist aber die Tatsache, daß sich der überwiegende Teil der Bevölkerung mit uns Bauern solidarisch erklärt hat und auch von dieser Seite rasche Hilfe für uns Bauern gefordert wurde.

Hildegard Schorn

Damit erhebt sich aber die Frage: Was sind die Bauern der Gesellschaft in Zukunft wert?, denn laut Meteorologen — Präsident Schwarzböck hat auch schon darauf hingewiesen — ist ja nicht auszuschließen, daß uns eine Klimaänderung bevorsteht. Wird man, um eine flächendeckende Bewirtschaftung zu erhalten, bereit sein, die bestehenden Nachteile in der Landwirtschaft in Form von Direktzahlungen auszugleichen? Die Natur ist der wichtigste Partner des Bauern. Sie hat aber heuer ihre Grenzen gezeigt, und mit Fleiß und gutem Willen allein können die Bauern dies nicht ausgleichen.

Herr Kollege Wabl ist leider nicht da, aber Frau Dr. Petrovic wird es ihm sicherlich ausrichten. Er hat gemeint, manche Politiker würden mit dem Hubschrauber in die Schadensgebiete eingeflogen, er sei mit dem Radl gefahren. Sicher sieht man vom Radl aus nicht so gut wie vom Hubschrauber aus, wie die tatsächlichen Schäden, zum Beispiel in Niederösterreich, sind. Er hat gemeint, die Bauern würden nicht standortgerecht wirtschaften, aber wenn er mit dem Hubschrauber geflogen wäre, hätte er gesehen, daß sowohl auf den Schwarzerdeböden von Hollabrunn als auch auf den Schotterböden des Industrieviertels, des Steinfeldes, die Erträge gleich schlecht waren und die Schadenshöhe fast gleich hoch war. Denn wenn acht Wochen kein Tropfen Regen fällt, das hält keine Kulturart aus. (*Abg. Dr. Neisser: Der Wabl hat nur die Radwege besichtigt!*) Und wenn es nicht bald regnet, sind auch die Wintersaaten gefährdet, und dann haben die Bauern leider auch im nächsten Jahr Mindererträge zu erwarten.

Noch ein Wort an die freiheitlichen Kollegen, weil ich höre, was sie bei den Bauern verbreiten. Ich ersuche Sie dringend: Machen Sie die Bauern nicht zum Spielball Ihrer tagespolitischen Auseinandersetzungen! Versprechen Sie den Bauern nicht das Blaue vom „freiheitlichen“ Himmel, wenn Sie keine konkreten Vorschläge zur Finanzierung haben! (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) Machen Sie den Bauern kein X für ein U vor, und machen Sie auch keine unseriösen Versprechungen, die Sie nicht einhalten können, Herr Kollege Schreiner! Die Bauern wissen sehr genau, wer es ernst mit ihnen meint und wer nur Effekthascherei betreibt.

Und wenn Kollege Huber, den ich persönlich sehr schätze, gemeint hat (*Abg. Schwarzenberger: Huber, paß auf!*), die Bauern würden uns in Scharen davonlaufen, dann muß ich sagen: Ich bin sicher, daß sie nach der Rede des Kollegen Murer nicht zur Freiheitlichen Partei laufen werden. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Stippel: Aber es gibt ja Beispiele im Hohen Haus, Frau Kollegin!*)

Sehr geehrter Herr — Gott sei Dank! — Exstaatssekretär Murer! Ich möchte dich fragen — ich hoffe, du kannst mir das heute beantworten —, ob du in deiner Ära Schadensabgeltungen an die Bauern in Höhe von 100 Prozent ausgezahlt hast, und wenn ja, würde ich gerne wissen, in welchem Jahr. (*Abg. Dkfm. Holger Bauer: 80 Prozent bei Tschernobyl!*)

Wenn Österreich weiterhin ein grünes Land bleiben soll und der Fremdenverkehr seine Basis erhalten will, dürfen die Bauern nicht länger von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung ausgeschlossen bleiben. Und was es heißt, wenn die Bauern ihre Kaufkraft verlieren, beginnen ja einige Industriezweige bereits zu spüren. Wo die Bauern aufgrund mangelnder Existenzsicherung weichen müssen, dort verodet das Land. Und um das zu verhindern, brauchen wir Bauern das Verständnis und die Hilfe der gesamten Bevölkerung, Frau Kollegin Aumayr. (*Beifall bei der ÖVP.*)
21.30

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Abgeordneter Niederwieser zu Wort gemeldet. — Redezeit: 3 Minuten.

21.30

Abgeordneter DDr. **Niederwieser** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Frau Abgeordnete Aumayr hat in ihrer Rede erklärt, die Brotpreise gehen hinauf, und die Arbeiterkammer schweigt dazu.

Ich darf hier nur als Beispiel zwei Artikel vom Juni des heurigen Jahres zitieren. Überschrift: „AK-Kritik an zu hohen Brotpreisen“ oder beim zweiten Artikel: „Der Brotpreis muß im Juli herunter. Die Arbeiterkammer will den Bäckern ganz genau auf die Finger schauen.“ — Also Ihre Behauptung ist tatsächlich unrichtig. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Anna Elisabeth Aumayr: Warum stimmen Sie in der Sozialpartnerschaft dafür?*) 21.31

Präsident: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Auer gemeldet.

21.31

Abgeordneter **Auer** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Murer hat behauptet, daß zu seiner Zeit, als er Staatssekretär war, die Erledigung des Katastrophenfondsgesetzes salopp, rasch und prompt erfolgt ist.

Ich habe hier das Amtliche Protokoll. Darin ist festgehalten — und ich berichtige ihn daher —, daß es langsam, zögernd und unwillig vor sich gegangen ist. Am 26. April 1986 war Tschernobyl, dann hat man mühselig einen Unterausschuß eingesetzt, und erst am 2. Juli hat man sich bereit gefunden, die Novelle zum Katastrophenfondsgesetz

Auer

setz und zum Strahlenschutzgesetz hier behandeln zu lassen. Außerdem ist man sehr rasch — und das ist zusätzlich negativ festzuhalten — zur Stelle gewesen, schikanöse Grenzwerte festzulegen. Und schließlich hat bei diesem Tagesordnungspunkt Altstaatssekretär Murer geschwiegen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Abg. Dr. Neisser: Das war salopp!)* 21.32

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Freund. Ich erteile ihm das Wort.

21.32

Abgeordneter Freund (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Schwere Schäden gab es heuer für die österreichischen Bauern durch die Trockenheit des heurigen Jahres. Für Tausende Bauern ist diese Situation existenzbedrohend. Nach der gewaltigen Sturmkatastrophe vor zwei Jahren, die ebenfalls Milliarden Schäden hervorgerufen hat — wir leiden ja heute noch darunter —, kam eben diese schwere Dürrekatastrophe im heurigen Jahr über uns. Schwere Schäden im Ackerbau, im Grünland, im Weinbau und auch in unseren Wäldern sind zu verzeichnen. Durch den Käferbefall im Wald und auch durch den Ausfall der neugepflanzten Jungpflanzen, von denen ganze Flächen absterben, ist die Situation noch schwieriger und dramatischer geworden.

Von seiten der Bauern ist keine Vorsorge möglich, um dieser Situation zu entinnen. Die Einkommenssituation auf der anderen Seite wird für uns Bauern immer schwieriger, obwohl Minister Fischler und auch der Bauernbund sich sehr dagegenstemmen.

Herr Kollege Huber hat hier behauptet, es gäbe Milchimporte. *(Abg. Huber: Ja!)* Er hat davon gesprochen, daß Fett zuwenig wird, daß Milch zuwenig wird und daß deshalb Importe anstehen. Ich möchte dazu sagen: Wenn die ÖVP Ihrem Antrag nach dem Milchuntersuchungsausschuß stattgegeben hätte, in dem Sie verlangt haben, daß wir die Kontingente um 20 Prozent zurücknehmen, dann müßten wir längst schon Milch importieren, und das ginge auf Kosten unserer Bauern und unserer Milchproduzenten. Und dagegen wehrt sich die ÖVP. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Huber: Es wird aber importiert? — Abg. Schwarzenberger: Nein, das stimmt nicht! Das ist die Unwahrheit, Huber!)*

Die ÖVP hat in dieser Situation gesagt, daß wir einen freiwilligen Lieferverzicht machen, und deshalb war es möglich, auf der einen Seite bessere Milchpreise für die Bauern zu bekommen und auf der anderen Seite in der Milcherzeugung einzusparen.

Ich bin auch dafür, daß wir genügend Milch im Inland erzeugen können. Dazu brauchen wir geeignete Rahmenbedingungen, dann brauchen wir nicht zu importieren. *(Abg. Huber: Wird aber!)*

Herr Kollege Murer hat davon gesprochen, daß viele Bauern keine Entschädigung bekommen werden. Wie die Situation damals ausgesehen hat, hat mein Kollege Auer bereits berichtet. Daraus geht hervor, daß man Ihren Worten überhaupt nicht glauben darf. Entgegen Ihrer Behauptung ist es damals weit bürokratischer zugegangen und hat man damals weit mehr verzögert als heute. Bei dieser heutigen Beschlußfassung stellt sich heraus, daß die Bundesregierung sehr rasch reagiert hat.

Übrigens möchte ich dazu sagen, daß die Freiheitliche Partei im Ausschuß sehr wohl dem Antrag der Regierungsparteien zugestimmt und dort überhaupt nicht davon gesprochen hat, daß etwas nach ihren Definitionen nicht richtig wäre. *(Zwischenruf des Abg. Huber. — Abg. Mag. Schreiner: Bleiben Sie bei der Wahrheit!)*

Ich möchte weiters etwas zu Ihren Vorstellungen sagen — Klubobmann Haider hat in Wels davon gesprochen, und auch Sie haben im Ausschuß davon gesprochen —, daß Dürreschäden aus den Verwertungsbeiträgen abgegolten werden sollen. Wissen Sie, wieviel Geld das wäre? — Das wäre knapp 1 Milliarde Schilling, die dafür verwendet werden könnte. Diese Milliarde ginge uns aber dann sicherlich wieder beim Getreideexport ab, weil einfach nach wie vor an die 500 000 Tonnen zu exportieren sind. Außerdem wäre es ein großes Unrecht an den Bauern gewesen, wenn die Bauern sich die Schäden aus dieser Dürrekatastrophe selbst zu finanzieren gehabt hätten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube feststellen zu dürfen, daß diese Politik von den Bauern abgelehnt wird. Mit den Bauern muß seriös umgegangen werden, und deshalb ist die Vorgangsweise der Bundesregierung sehr zu begrüßen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Schwere Preisrückschläge gab es schon vor dieser Dürrekatastrophe auf dem Rindermarkt — diese Katastrophe hat das natürlich verstärkt —, ebenso auf dem Getreidesektor und auf dem Holzmarkt. Der allgemeine Einkommensrückgang ist ja im Grünen Bericht 1991 nachzulesen. Während die Produktionskosten steigen, werden die Marktpreise leider immer billiger. Viele Bauern müssen auch in dieser Situation ihr Vieh frühzeitig auf den Markt bringen, weil es nicht durch den Winter zu füttern ist. Durch die Aufnahme von Dürreschäden in das Katastrophenfondsgesetz kann aber hier eben geholfen werden.

Wichtig, glaube ich, war auch die Herabsetzung der ursprünglich geplanten Untergrenze von

Freund

10 000 S auf 5 000 S, weil damit auch die Kleinbauern und die Nebenerwerbsbauern in den Genuss einer Entschädigung kommen. Hier hat sich die ÖVP sehr dafür eingesetzt, daß dies möglich wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich danke von dieser Stelle aus auch den Bezirksbauernkammern, den Gemeinden und den Ortsbauernschaften, die mit der Schadensermittlung betraut sind, denn es ist wahrlich keine leichte Aufgabe, die hier zu bewältigen ist. Aber ich glaube, gerade in dieser Situation ist einfach Solidarität gefragt. *(Abg. Dr. Antoni: Zum Schluß kommend...!)*

Geschätzte Damen und Herren! Was sind nun die Ursachen dieser Wetterkapriolen? Vor einigen Jahren die Sturmkatastrophe, voriges Jahr Hochwasser, jetzt Dürre. — Schlägt sich hier wirklich der Treibhauseffekt nieder? Viele Experten behaupten dies. Nicht nur die Bauern, sondern die gesamte Gesellschaft wird erinnert und ermahnt. Frau Kollegin Schorn hat schon darauf hingewiesen, daß die Natur der wichtigste Partner der Bauern ist, und das darf nie vergessen werden. Davon hängen die Ernährungssicherung und die Gestaltung und Pflege unserer schönen Landschaft ab.

Ich fordere deshalb auch von der Gesamtpolitik, daß mittel- und langfristig die von der Agrarpolitik seit Jahren geforderten energiepolitischen Maßnahmen umgesetzt werden. Die Nutzung der Biomasse als Energiequelle muß vorangetrieben und als vorrangiges Ziel in der Agrar- und in der Energiepolitik gesehen werden, weil dies ein entscheidender Beitrag zur Lösung der globalen Umweltprobleme ist. Es geht um die Vermeidung größerer Katastrophen in der Zukunft und auch um die Erhaltung unserer bäuerlichen Familienbetriebe. — Danke. *(Beifall bei der ÖVP.) 21.40*

Präsident: Zum Wort gelangt als nächster Herr Abgeordneter Vonwald. Ich erteile es ihm.

21.40

Abgeordneter **Vonwald** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Hohes Haus! Es ist mir schon bewußt, daß ich Ihnen als letzter Redner nicht mehr allzuviel Neues sagen kann, aber warum ich mich trotzdem zu Wort melde, ist, weil ich aus einem Gebiet komme, das, glaube ich, am schwersten betroffen ist. Es ist reines Grünlandgebiet, das Gebiet Traisental, Gölsental und Pielachtal. Dort sind Schäden entstanden, die wirklich katastrophal sind. *(Abg. Elmecker: Wieviel habt ihr denn drainagiert vorher?)* Bitte schön, ich darf doch auf diesen Einwand eingehen. Ich wollte das eigentlich nicht. Aber dieser Vorwurf, die Drainagierung wäre schuld, daß es in unserem Gebiet nicht regnet — nun, ich glaube, er ist es wirklich nicht wert, daß man darauf eingeht. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Elmek-*

ker: Dadurch hat sich der Grundwasserspiegel gesenkt! Das ist eine Tatsache!)

Tatsache ist, daß es in unserem Gebiet durchschnittlich mehr als 50 Prozent an Trockenschäden gibt, daß die Bauern weniger als die Hälfte an Ernte einbringen. Und ich möchte Sie wirklich einladen, einmal darüber nachzudenken — ich weiß es, und es freut mich, daß man das Verständnis findet —, was es bedeutet, wenn Sie in einem Jahr den gleichen Aufwand haben, wenn Sie den gleichen Fleiß an den Tag legen, wenn Sie also gleich viel arbeiten das ganze Jahr, aber dann nur die Hälfte von dem erhalten, was Sie normalerweise im Lohnsackerl beziehungsweise auf dem Konto haben. Ich glaube, es begreift jeder, daß die Bauern da Hilfe brauchen.

Ich möchte daher meine Wortmeldung zum Anlaß nehmen, allen zu danken, jedem einzelnen hier herinnen. Ich war überrascht, ich war wirklich überrascht, daß die Bauern so viel Zustimmung finden. Ich war aber zum Teil — und auch das muß ich sagen — entsetzt über Wortmeldungen aus dem bäuerlichen Bereich. Mir ist die Situation viel zu ernst, um sie ins Lächerliche herabzuziehen. Ich möchte aber auch der Presse und den übrigen Medien danken, die sich mit dem nötigen Ernst der Sache angenommen und damit letztlich das Feld aufbereitet haben.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß es unter Umständen eine klimatische Veränderung geben kann. Ich möchte jetzt nicht so pessimistisch sein und gleich eine Zukunftskatastrophe auf uns zukommen sehen. Aber ich glaube, daß wir doch die Zeichen ernst nehmen sollen. Es ist uns bewußt, daß die Bauern die ersten wären, die geschädigt würden. Aber es geht letztlich auch um die Gesundheit der gesamten Bevölkerung. Wir sollten schon darüber nachdenken, wie wir wieder natürliche Kreisläufe schließen. Ich glaube, wir sollten nachdenken über unseren Energieverbrauch.

Ich möchte abschließend wirklich noch einmal allen herzlich für das Verständnis danken. An die Freiheitliche Partei aber doch noch ein Wort: Ich war schon, muß ich sagen, entsetzt, daß gerade die bäuerlichen Vertreter diese Situation wahrgenommen haben, um parteipolitisches Kleingeld daraus zu schlagen. *(Abg. Mag. Schreiner: Wieso? Zugestimmt haben wir im Ausschuß!)* Sie haben hier einen Abgeordneten Murer gehört. Also das kann doch wirklich nicht der Sinn des Wirkens der bäuerlichen Abgeordneten sein! — Danke. *(Beifall bei der ÖVP.) 21.44*

Präsident: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Kowald. Ich erteile es ihm.

Ing. Kowald

21.44

Abgeordneter Ing. **Kowald** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Das Katastrophenfondsgesetz wurde das erstemal im Jahre 1966 beschlossen. Warum? — 1965/66 gab es die großen Hochwasserkatastrophen in Kärnten, Osttirol und in der Steiermark. Weise Männer und die damalige Regierung wußten um den Schaden, und deshalb wurde aus Steuermitteln — Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, Einkommensteuer und Kapitalertragsteuer — der Topf des Katastrophenfonds gefüllt. Er dient nicht nur zur Abgeltung von Schäden im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, also für die geschädigten Bauern, sondern für alle Bereiche der Wirtschaft bei Elementarschäden.

Das Paradoxe: Im Jahr 1966 war es für zuviel Wasser, im Jahr 1986 für die Katastrophe von Tschernobyl — wir erinnern uns zurück an den sogenannten Wonnemonat Mai, als hier im Hohen Hause beantragt wurde, das Katastrophenfondsgesetz zu ändern — und jetzt, 1992, für die Dürrekatastrophe.

Meine geschätzten Damen und Herren! Diese Hilfestellungen sollen nicht als Almosen den Geschädigten gegenüber angesehen werden, sondern es ist eine Selbstverständlichkeit, daß jenen Menschen geholfen werden muß, denen Hilfe gebührt. Gerade der Bauernschaft, der Land- und Forstwirtschaft als Kulturträger und auch als Wahrer der Ernährungsgrundlage und einer gesunden Umwelt muß geholfen werden. Es haben aber viele — leider Gottes zu viele — hier mit Aussagen über die Land- und Forstwirtschaft manchen Teil unseres Berufsstandes in ein schiefes Licht gebracht.

Ich möchte auch die Aktivitäten der Weinbauern in unserem Grenzland in der Steiermark, in meiner Heimat, hervorheben. Wir wissen alle wohl, daß in vielen Bundesländern große Schäden durch die heurige Dürrekatastrophe aufgetreten sind, aber gerade wir im steirischen Grenzland wissen auch, daß das, was jetzt anschließend hier beschlossen werden wird, nur eine Hilfe zur Abdeckung der großen Schäden sein kann, um nicht die Existenz der bäuerlichen beziehungsweise der ländlichen Bevölkerung für die Zukunft zu gefährden.

Ich habe hier noch einen Artikel aus einer heutigen Zeitung: „Sintflutartige Regen und schwere Unwetter in Teilen Europas“. Wünschen wir uns nicht, daß nach dieser Dürrekatastrophe wieder die Katastrophe der Hochwässer in unserem Land Einzug hält! Hoffen wir, mit diesem Gesetz auch die Zukunft der Bauern zu sichern! (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) 21.48

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Debatte ist geschlossen.

Das Wort erhält der Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Dkfm. DDr. **König** (*Schlußwort*): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Schnelligkeit der Beschlußfassung dieses Gesetzes wird in das Buch der Rekorde des österreichischen Nationalrates eingehen. Es haben sich alle Fraktionen um das Zustandekommen dieses raschen Beschlusses bemüht, und es ist dies sicher Ausdruck der Solidarität dieses Hauses mit einer hart getroffenen Berufsgruppe.

Als Berichterstatter freut es mich, daß dieser Gesetzentwurf die ungeteilte Zustimmung aller Fraktionen finden wird. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ sowie Beifall des Abg. Schöll.*)

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir gelangen nunmehr zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 664 der Beilagen.

Die Abgeordneten Mag. Schreiner und Genossen haben einen Streichungsantrag eingebracht, der sich auf § 4 Ziffer 7 erster Satz bezieht.

Ich werde also zunächst über den von diesem Streichungsantrag der Abgeordneten Mag. Schreiner und Genossen betroffenen Teil und sodann über die restlichen Teile des Gesetzentwurfes samt Titel und Eingang abstimmen lassen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag der Abgeordneten Mag. Schreiner und Genossen auf Streichung des letzten Halbsatzes in § 4 Ziffer 7 erster Satz zustimmen, um ein Zeichen. — Das ist die Minderheit. Damit abgelehnt.

Ich lasse sogleich über den letzten Halbsatz in § 4 Ziffer 7 erster Satz in der Fassung des Ausschußberichtes abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die dem ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen der Bejahung. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir können nunmehr über die restlichen Teile des Gesetzentwurfes samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschußberichtes abstimmen, und ich ersuche jene Mitglieder des Hohen Hauses, die sich dafür aussprechen, um ein diesbezügliches Zeichen. — Das ist einstimmig beschlossen.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich darf jene Damen und Herren, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen bitten. —

Präsident

Der Gesetzentwurf ist in dritter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir gelangen als nächstes zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Wabl und Genossen betreffend eine umfassende Ökologisierung der Landwirtschaft.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag Wabl zustimmen, um ein Zeichen. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir gelangen weiters zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing. Murer und Genossen betreffend überfällige Reparatur der österreichischen Agrarsysteme.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Entschließungsantrag Ing. Murer eintreten, um

ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich darf bekanntgeben, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 3507/J bis 3517/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für Mittwoch, den 14. Oktober 1992, 10 Uhr ein.

In dieser Sitzung findet jedenfalls eine Fragestunde statt.

Weitere Sitzungen sind für Donnerstag, den 15., und Freitag, den 16. Oktober, vorgesehen.

Diese Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 52 Minuten

Druckfehlerberichtigung

9. Sitzung, 16. 1. 1991

Auf S. 567 linke Spalte soll vor dem 5. Absatz die Überschrift statt „Einwendungen gegen die

Tagesordnung gemäß § 50 (1) GO“ richtig „Einwendungen gegen die Tagesordnung gemäß § 50 (4) GO“ lauten.